Donnerstag, 12. Januar 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 10 - 2.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 85 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Rentabilitätskrise: Die Zahl der Arbeitsplätze ist in den siebziger und frühen achtziger Jahren in der Privatwirtschaft zurückgegangen. Neue Stellen seien nur in den „staatlich administrierten" Bereichen entstanden, stellen die Wirtschaftsforschungsinstitute fest. Ursache: vor allem der Investitionsmangel aufgrund des Renditeverfalls.

„Schnüffel-Flugzeuge": Frankreichs Ex-Präsident Giscard d'Estaing hat gestern abend im Fernsehen jede Verantwortung für die Schnüffel-Flugzeugaffäre zurückgewiesen und Präsident Mitterrand beschuldigt, durch Lügen an die Macht gekommen zu sein und mit Lügen zu regieren.

„Fall Kießling": Der Anwalt des *entlassenen Generals Kießling* wird über die Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden informiert, entschied Verteidigungsminister Wörner. Das deutet darauf hin, daß Kießlings Antrag auf ein disziplinargerichtliches Verfahren stattgegeben werden dürfte. (S.1 und 6)

Vertretung im Vatikan? Polen erwägt die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zum Vatikan. Das beiderseitige Verhältnis habe sich günstig entwickelt, sagt Vize-Außenminister Wiejacz. (S. 4)

C-Waffen: Mit Skepsis wurde von NATO-Kreisen in Brüssel Moskaus Vorschlag für ein Verbot chemischer Waffen in Europa aufgenommen. Möglicherweise handele es sich um ein Propaganda-Manöver.

Schlüter bleibt: Der dänische Ministerpräsident will nach dem Wahlerfolg der bürgerlichen Koalition wieder eine Vier-Parteien-Regierung bilden und dieselbe Wirtschaftspolitik fortsetzen, deren Ablehnung durch das Parlament zu vorgezogenen Wahlen geführt hatte. Schlüter gewann elf Mandate hinzu, verfehlte aber die absolute Mehrheit.

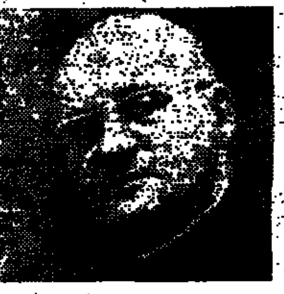
Neue SS 20: Seit ihrem Auszug aus den Genfer INF- und START-Verhandlungen haben die Sowjets nach Erkenntnissen der NATO neun neue SS-20-Systeme in Ostsibirien stationiert. (S. 4)

Mittelamerika-Empfehlungen: US-Präsident Ronald Reagan hat den Bericht der Kissinger-Kommission zu Mittelamerika „*beeindruckend" genannt und* zugesagt, größere Anstrengungen zur Lösung der Krise zu machen. Der Bericht war ihm gestern offiziell übergeben worden.

General in Haft: Der ehemalige argentinische Präsident General Bignone ist wegen seiner angeblichen Verantwortung für das „Verschwinden" zweier Soldaten 1976 verhaftet worden.

Heute: Frankreichs Verteidigungsminister Hernu besucht Berlin. – CDU-Präsidium berät in Bonn über wirtschaftspolitisches Konzept. – Klausurtagung der Bonner CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth. – Forschungsminister Riesenhuber informiert über Ergebnisse der ersten Spacelab-Mission.

ZITAT DES TAGES



„Wir müssen zu der Einsicht kommen, daß die heutigen ideologischen Auseinandersetzungen mit der zweiten Welt, die kommunistisch geleitet wird, nicht mit politischen, geschweige denn mit militärischen Mitteln bestanden werden können. Hier müssen *wir die geistigen und geistlichen Kräfte* einsetzen, die wir besitzen, die wir aber brachliegen lassen."

Der Limburger Weihbischof Walther Kampe FOTO: KNA

WIRTSCHAFT

RWE: Das größte deutsche Ener*gieversorgungsunternehmen* beurteilt die Entwicklung im laufenden Geschäftsjahr optimistisch und plant erneut eine Dividende von acht DM pro 50-DM-Aktie. (S. 8)

Innerdeutscher Handel: Die Nettoverbindlichkeiten der „DDR" *beliefen sich zur Jahresmitte 1983* auf 4,7 Milliarden DM.

US-Autoindustrie: General Motors faßt seine Pkw-Bereiche zu zwei eigenständigen Gruppen zusammen, von denen eine vorwiegend für Kleinwagen zuständig sein soll.

Datenverarbeitung: IBM-Deutschland erzielte 1983 erstmals einen Jahresumsatz von mehr als zehn Milliarden DM.

Olefin: Hoechst will seine Lieferverträge mit Caltex über 1985 hinaus nicht verlängern.

Japan: Das reale Wirtschaftswachstum wird im Fiskaljahr 1984 (1. April) etwa vier Prozent betragen, schätzen führende Finanzinstitute.

Rohstoffpreise: Nach einem Anstieg von acht Prozent 1983 rechnet die Bank of America für dieses Jahr mit einer weiteren Erhöhung um fünf Prozent.

Börse: Trotz hoher Umsätze bildete sich am Aktienmarkt keine einheitliche Tendenz. Auch der Rentenmarkt blieb uneinheitlich. WELT-Aktienindex 154,5 (154,9). Dollarmittelkurs 2,8258 (2,8235) Mark. Goldpreis pro Feinunze 367,75 (371,25) Dollar.

KULTUR

Flucht: Die tschechoslowakische Schriftstellerin Iva Prochazka ist in den Westen geflohen. Da ihre Flucht den CSSR-Behörden aber erst am Dienstag – zehn Tage später – durch eine „Report"-Sendung bekannt wurde, fand noch am Samstag die Uraufführung ihres Stücks „Das allerletzte Leben" in Cheb (Eger) statt. (S. 13)

Dürer in Berlin: Eine Sammlung von 121 Zeichnungen Albrecht Dürers ist seit gestern im Kupferstichkabinett der Museen Preußischer Kulturbesitz zu sehen.

SPORT

Olympia: Erst 51 von etwa 85 Athleten sind vom Nationalen Olympischen Komitee für Deutschland für die Winterspiele in Sarajevo nominiert worden. (S. 12)

Eiskunstlauf: Manuela Ruben aus Mannheim liegt bei den Europameisterschaften nach Pflicht und Kurzkür auf Platz drei. Sie hat eine Medaille fast sicher. (S. 12)

AUS ALLER WELT

Herstatt-Prozeß: Nachdem der frühere Bankier Iwan Herstatt gestern wegen Erkrankung auch zu seinem zweiten Prozeß in Köln nicht erschienen ist, erwägt die Wirtschaftsstrafkammer, ihn notfalls per Vorführungsbefehl holen zu lassen. (S. 14)

Flugzeugunglück: Beim Absturz einer bulgarischen Verkehrsmaschine in Sofia kamen 50 Menschen ums Leben. Das Flugzeug kam aus Ost-Berlin.

Wetter: Stark bewölkt, Regen oder Schneeregen. 0 bis 4 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Institute: Strukturwandel durch mehr Marktwirtschaft

Zurückhaltende Lohnpolitik empfohlen / Skepsis über kürzere Arbeitszeit

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Nicht durch mehr, sondern durch weniger staatliche Eingriffe kann die deutsche Wirtschaft die Anpassung an die veränderten internationalen Rahmenbedingungen meistern. Diese Einschätzung zieht sich, wenn auch mit unterschiedlichen Nuancen, durch jeden der fünf Strukturberichte, die jetzt von den wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten vorgelegt worden sind.

Danach hat es seit 1960 zwar erhebliche Veränderungen in der deutschen Volkswirtschaft gegeben, der Strukturwandel muß jedoch weitergehen, wenn die internationale Wettbewerbsfähigkeit, die vor allem wegen eines technologischen Nachhol*bedarfs in Teilbereichen als bedroht* angesehen wird, gesichert werden soll. Das Münchner Ifo-Institut erwartet für die nächsten Jahre keine bessere Angebotspalette der deutschen Firmen.

Die Gutachter votieren, was vom Bundeswirtschaftsministerium in einer ersten Stellungnahme besonders herausgestrichen wird, für Wachstum, Strukturwandel und marktwirtschaftliche Steuerung. Erhaltungssubventionen werden einhellig abgelehnt.

Ein Plädoyer für eine Investitionslenkung findet sich in den Gutachten nicht. Allerdings fordert das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin vom Staat den Einsatz investitionswirksamer Mittel, Subventionen eingeschlossen. Dabei wird an eine zielgerichtete Umschichtung der Subventionen gedacht.

Entindustrialisierung: *„Die strukturelle* Entwicklung der deutschen Wirtschaft in den siebziger und frühen achtziger Jahren ist durch einen Prozeß der Entindustrialisierung, also eine Rückbildung des gewerblichen, überwiegend privatwirtschaftlich organisierten Teils der Volkswirtschaft, gezeichnet", schreibt beispielhaft das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI). Von 1970 bis 1982 sind danach in den Branchen des verarbeitenden Gewerbes, vorwiegend also in der Industrie, knapp 1,7 Millionen Arbeitsplätze verlorengegangen, vorwiegend in jenen Sektoren, die besonders *stark in den internationalen* Wettbewerb eingebunden sind. Hinzu kamen Arbeitsplatzverluste im Bergbau, im Baugewerbe und in der Landwirtschaft. „Neue Arbeitsplätze entstanden im wesentlichen nur in den staatlich administrierten, der Effizienzkontrolle durch die Marktsteuerung weitgehend entzogenen Bereichen", betont das RWI.

Ursachen: Die Gründe für diese Entwicklung lassen sich nicht auf einen Nenner bringen. So steckt die deutsche Wirtschaft nach Ansicht des Kieler Instituts seit Anfang der siebziger Jahre in einer Rentabilitätskrise. Mit dem Renditeverfall hat sich die private Investitionstätigkeit verlangsamt. Nach Berechnungen des Berliner Instituts waren allein für die Deckung der Investitionsnachfrage binnen zweier Jahre 720 000 Personen weniger erforderlich als 1980. Zusätzlich hat danach die Nachfrage des Staates die Beschäftigungsprobleme verschärft.

Daneben verweisen die Institute auf wachsende staatliche Regulierungen, auf die teilweise Freigabe der Wechselkurse und auf die zweimalige Verteuerung des Rohöls. Dazu kommen der Lohnkostendruck, die Starrheit der Löhne nach unten und ihre zu geringe Differenzierung nach Branchen und Qualifikation. Überdies wurde zuviel Sachkapital für konsumtive Zwecke verwendet.

Verlust an Wettbewerbsfähigkeit: Deutsche Unternehmen bieten auf ausländischen Märkten hauptsächlich Investitionsgüter an. Nach Angaben des Berliner Instituts ist der Anteil deutscher Produzenten am gesamten Investitionsgütermarkt zwischen 1970 und 1982 um fünf Prozentpunkte auf 16 Prozent gestiegen. Bisher ist die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nach dem Urteil dieser Wissenschaftler gut gewesen. Sorge bereitet jedoch die Zukunft. Wichtige – gerade auch zukunftsorientierte – Branchen mußten Marktanteilsverluste und sinkende Exportanteile hinnehmen.

Forschung und Entwicklung: In Deutschland wird zwar die Forschung und Entwicklung nach Angaben des Münchner Instituts durchaus auf wachsende Technologiefelder orientiert, doch scheut das deutsche Forschungsmanagement offenbar die Risiken, die in der Bearbeitung völlig neuer Themen liegt. In der Regel

● Fortsetzung Seite 6

DER KOMMENTAR

Plus und Minus

HANS-JÜRGEN MAHNKE

Auch nach der Lektüre dessen, was die fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute in ihren Strukturberichten zusammengetragen haben, besteht für die deutsche Wirtschaft kein Grund, in Sack und Asche zu gehen – selbst wenn sich hier und da der Eindruck aufdrängt. Die Gutachter haben eine *ganze Latte* von Schwachstellen herausgearbeitet, zum Beispiel die bedrohte Wettbewerbsfähigkeit aufgrund eines teilweisen Technologierückstandes, die Investitionsschwäche oder den Abbau von Arbeitsplätzen. Aber sie haben auch einiges gefunden, das beruhigend wirkt, sogar hoffnungsvoll stimmt.

Dazu zählt vor allem der Umstand, daß sich diejenigen Bereiche am besten behaupten und auch die besten Zukunftschancen haben, in denen die staatlichen Eingriffe gering waren, in denen also der Marktmechanismus das Geschehen prägte. Das ist nicht ohne politische Pikanterie. Vor sechs Jahren hatte bei dem Beschluß, eine Strukturberichterstattung einzuführen, die in der SPD weitverbreitete Absicht Pate gestanden, die Investitionslenkung auszubauen. Für das Verlangen nach noch mehr Dirigismus läßt sich aus diesem Gutachten jedoch kein Honig saugen, auch nicht für eine Wachstums- und Technologiefeindlichkeit oder eine Ablehnung jeder Veränderung. Auf den Tischen liegen Plädoyers *für Wachstum und* Strukturwandel, vor allem jedoch für mehr Marktwirtschaft und mehr Flexibilität.

Aber dies bedeutet keinesfalls, daß die angesprochenen Unternehmer, Gewerkschafter oder Politiker die *Hände* in den Schoß legen können, weil es konjunkturell läuft. Sie müssen umdenken. Von den Unternehmern wird mehr Mut erwartet in neue Bereiche vorzustoßen. Die Gewerkschaften sollten der Umverteilung und Lohnnivellierung abschwören. Und die staatlichen Instanzen sollten den Spielraum für Eigeninitiativen ausweiten, indem sie sich aus der Wirtschaft zurückziehen. Im freien Wettbewerb hat sich die deutsche Wirtschaft stets recht gut behauptet. Und eben dies ist die Botschaft, die allein schon diese Gutachten rechtfertigt.

Zhao nennt Taiwan „Haupthindernis"

Thema soll während des USA-Besuchs aber nicht weiter öffentlich erörtert werden

DW./rtr, **Washington/Peking**

Chinas Ministerpräsident Zhao Zyang hat bei seinem Besuch in Washington die Haltung der US-Regierung zu Taiwan als „das Haupthindernis" für bessere Beziehungen zwischen den USA und der Volksrepublik China bezeichnet. Zugleich kamen US-Präsident Ronald Reagan und der chinesische Premier nach amtlichen Angaben überein, die Austragung ihrer Gegensätze in der Taiwan-Frage auf Gespräche hinter verschlossenen Türen zu beschränken.

In der ersten 70minütigen Begegnung mit Reagan hatte Zhao, wie die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua gestern berichtete, erklärt, sein Land sei nicht bereit, einem anderen Land die Zusicherung zu geben, daß es sich zur Lösung des Taiwan-Problems ausschließlich friedlicher Mittel bedienen werde. Die chinesische Führung spricht zwar schon seit Jahren nicht mehr von der „Befreiung" Taiwans und hat an ihre Stelle den Begriff „Wiedervereinigung" gesetzt, doch interpretieren politische Beobachter die Worte Zhaos so, daß Peking auch nicht bereit ist, einen formellen Gewaltverzicht zu erklären.

Nach Angaben amerikanischer Regierungsvertreter ist die entschiedene Betonung, die Zhao auf die Taiwan-Differenzen gelegt habe, nicht überraschend gekommen. Reagan habe Zhao geantwortet, daß die USA zu ihren Verpflichtungen gegenüber „alten Freunden" wie Taiwan stünden.

SEITE 5:
Wille zur Partnerschaft

Beide Seiten beschrieben ihre Gespräche als „offen" und „sehr nützlich". Die „Erschütterungen und Unsicherheiten", denen die Beziehungen in den fünf Jahren seit Anbahnung der Normalisierung ausgesetzt gewesen seien, seien den „Interessen der beiden Völker und dem Weltfrieden" nicht förderlich gewesen, sagte Zhao. Reagan erklärte, die USA und die Volksrepublik stünden „auf gemeinsamem Boden" beim Streben nach Frieden und dem Widerstand gegen sowjetischen Expansionismus.

DW. **Bonn**

Mit heftigen Angriffen gegen Peking haben Moskauer Zeitungen auf den USA-Besuch des chinesischen Premiers reagiert. Sowohl die „Prawda" als auch die „Iswestija" beschuldigten China einer „Reaktivierung" seiner engen politischen Beziehungen zu den USA. Die Kritik der sowjetischen Presse an Peking war im Dezember 1983 aufgeflammt, nachdem Moskau Peking eine prowestliche Haltung in der Frage der Abrüstung vorgeworfen hatte.

Reagan schlägt Viererkonferenz über Korea vor

DW. **Washington/Tokio**

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan hat eine Viererkonferenz *zur Stabilisierung der Lage in* Korea unter Einschluß der Volksrepublik China vorgeschlagen. Reagan antwortete damit bei einem Essen zu Ehren des sich in Washington aufhaltenden chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang auf einen zuvor bekanntgewordenen Vorschlag Nordkoreas für eine Dreierkonferenz, an der Südkorea und die USA beteiligt werden sollten.

Seoul hat sich in einer ersten Stellungnahme kritisch über den Vorschlag Pjöngjangs geäußert. Im Anschluß an Beratungen über den Vorstoß Nordkoreas sagte der Minister für Wiedervereinigungsfragen, Son *Jae Shik, es gebe keine aufrichtige* Grundlage für die Aufnahme eines Dialogs mit dem Norden.

Das nordkoreanische Konferenzangebot war über Radio Pjöngjang bekanntgemacht worden und sowohl an die USA als auch an die von Pjöngjang nicht anerkannte Regierung Südkoreas adressiert. Die Dreierkonferenz solle entweder in Panmunjon oder an einem anderen Ort gemeinsamer Übereinkunft stattfinden. Als Verhandlungspunkte nannte Pjöngjang die Unterzeichnung eines Friedensvertrages zwischen Nordkorea und den USA, den Abzug der US-Truppen aus Südkorea, die Unter*zeichnung eines Nicht-Angriffs-Pak*tes beider koreanischer Staaten sowie die Einberufung einer gesamtkoreanischen Konferenz mit dem Ziel der Wiedervereinigung.

Seite 2: Fernöstliche Fiktion

Hussein sucht Abstimmung mit der PLO

DW. **Amman**

König Hussein von Jordanien hat seine Entschlossenheit bekräftigt, *den Dialog mit* der *PLO fortzusetzen.* Bei der Ernennung von Ahmed Obeidat, der zuvor Innenminister war, zum neuen Premierminister bezeichnete der Monarch die PLO als einzige und legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes.

In der Ernennungsurkunde Obeidats heißt es, die „expansionistische" Politik Israels betreffe vor allem Jordanien und die Palästinenser, deshalb müsse man mit der PLO eine gemeinsame Formel für politisches Handeln finden. Neuer Außenminister ist Taher al Masri, der aus dem israelisch besetzten Gebiet stammt.

Durch die Umbesetzung des Kabi*netts unterstreicht Hussein seine* Entschlossenheit, in Abstimmung mit der PLO eine Konzeption durchzusetzen, die Jordanien die Vorherrschaft über die Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten sichern soll. Zu diesem Zweck möchte Hussein auch eine neue Abgeordnetenkammer in Amman einberufen, deren Mitglieder zur Hälfte aus Palästinensern in den aus Israel besetzten Gebieten bestehen soll. Jerusalem sieht in den Plänen Husseins ein Unterlaufen der im Friedensvertrag von Camp David ausgehandelten Autonomielösung für die Bewohner der besetzten Gebiete.

*Die starke Stellung des neuen Mini*sterpräsidenten in Amman wird unter anderem dadurch unterstrichen, daß Obeidat auch zum Verteidigungsminister ernannt wurde.

Seite 5: Schwäche Arafats nutzen

Schlüter verfehlte stabile Mehrheit

Dänemarks bürgerliche Koalition verbesserte bei den Wahlen ihre Position

DW./gtm, **Kopenhagen**

Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen in Dänemark konnte der konservative Ministerpräsident Poul Schlüter seine bürgerliche Vier-Parteien-Regierung zwar stärken, verfehlte aber knapp eine stabile Mehrheit im Folketing. Die Mitte-Rechts-Koalition ist somit weiterhin nicht nur auf die Unterstützung der Radikal-Liberalen, sondern auch der rechtsgerichteten Fortschrittspartei angewiesen, die mit den Sozialdemokraten Schlüters Sparbudget abgelehnt und den 17. Urnengang seit Kriegsende ausgelöst hatten.

Die vier Regierungsparteien konnten die Zahl ihrer Mandate um elf auf 76 der insgesamt 179 Sitze des Parlaments erhöhen. Für Schlüter bedeutet der Wahlausgang einen persönlichen Triumph: Seine Konservative Volkspartei konnte sich von 26 auf 42 Mandate verbessern. Dies dürfte vor allem auf Kosten der Fortschrittspartei des Steuerrebellen Mogens Glistrup gegangen sein, die von 16 auf sechs Sitze schrumpfte.

Stärkste Partei blieben die Sozialdemokraten des früheren Ministerpräsidenten Anker Jörgensen. Mit dem Rückgang um zwei auf jetzt 57

SEITE 2:
Unruhige Zeiten

Mandate hielt sich ihr Verlust in Grenzen.

Die Wahlbeteiligung betrug 88,4 Prozent. Verschiedene Splitterparteien, wie die Kommunistische Partei, die Marxisten-Leninisten, die Stalinisten und die Steuerpartei, konnten nur null bis 1,5 Prozent der Stimmen erringen. Sie kamen damit nicht über die Zwei-Prozent-Hürde und werden im neuen Parlament nicht vertreten sein.

Politische Beobachter bezeichneten das Wahlergebnis als starken Vertrauensbeweis für Schlüter. Dieser wollte Königin Margrethe nach eigenen Angaben noch am Mittwoch seinen Entschluß mitteilen, im Amt zu bleiben. Insgesamt werden im neuen Parlament wieder neun Parteien vertreten sein. Die Konservativen erzielten ihre größten Zugewinne in ländlichen Gebieten. Die Sozialdemokraten behaupteten ihre Stellung in den Städten, wo sich Dänemarks hohe Arbeitslosenquote von 10,7 Prozent am stärksten bemerkbar macht.

Sowohl Schlüter als auch Jörgensen hatten vor den Wahlen versichert, daß sie versuchen wollten, ein politisches Chaos zu vermeiden. Das Zünglein an der Waage dürfte künftig die Radikale Venstre-Partei spielen, die den Wirtschaftskurs Schlüters mittrug. Sie gewann einen Sitz hinzu und hat nun zehn Mandate.

Rogers weist Apels Vorwürfe zurück

NATO-Oberbefehlshaber wollte Stelle eines deutschen Stellvertreters nicht streichen

C. GRAF BROCKDORFF, **Brüssel**

NATO-Oberbefehlshaber General Bernard Rogers hat den Vorwurf des ehemaligen Verteidigungsministers Hans Apel (SPD) zurückgewiesen, er, Rogers, habe die Streichung der Stelle seines deutschen Stellvertreters betrieben. Durch einen Sprecher ließ Rogers erklären, er habe niemals versucht, den Stellvertreterposten streichen zu lassen. Apel hatte seinen Vorwurf im Zusammenhang mit der Entlassung des Vier-Sterne-Generals Günter Kießling erhoben.

Der Sprecher von Rogers sagte weiter, Apel habe die Dinge offenbar verwechselt. Bei der vom NATO-Rat angeordneten Reorganisation des alliierten Oberkommandos SHAPE habe Rogers die Streichung der Stellen von zwei stellvertretenden Stabschefs vorgeschlagen, Dienstposten, die erheblich unter dem Posten eines stellvertretenden Oberbefehlshabers angesiedelt sind. Der NATO-Rat habe sich diesem Vorschlag jedoch nicht angeschlossen.

In informierten Kreisen wurde daran erinnert, daß Rogers im September hocherfreut auf die Mitteilung der Bundesregierung reagierte, sie beabsichtige – den jetzt vorzeitig in

SEITE 6:
Kripo-Berichte

Pension geschickten –, General Günter Kießling am 1. April 1984 durch den jetzigen Generalleutnant Hans-Joachim Mack zu ersetzen. Rogers, der Mack seit Jahren dienstlich genau kennt, übermittelte diesem spontan eine Einladung zum Abendessen. Daraus gehe hervor, daß ihm sehr wohl an einem deutschen Stellvertreter gelegen sei, allerdings einen, der dem hohen Standard entspreche, der bei SHAPE von Generalen erwartet werde. Rogers wisse, daß Mack diesen Erwartungen entspreche.

Die Ernennung Kießlings zum Vier-Sterne-General und seine Nominierung als Stellvertreter von Rogers wurde zum 1. April 1982 von Apel veranlaßt. Darin sieht man in informierten Kreisen auch den Grund für den Angriff Apels auf Rogers. Offenbar habe Apel davon ablenken wollen, daß er den General mit Billigung des damaligen Bundeskanzlers Schmidt auf diesen Posten gebracht habe. In diesem Zusammenhang wurde auch darauf hingewiesen, daß unter den SPD-Verteidigungsministern Parteierwägungen die Personalpolitik der Bundeswehr nachhaltig beeinflußt hätten. Es habe sich herausgestellt, daß Kießling auf den

■ Fortsetzung Seite 6



UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Moskauer Purzelbäume

Von Bernt Conrad

Die sowjetischen Medien haben es nicht leicht. Einerseits sind sie gehalten, den „prinzipiellen" Friedens- und Verhandlungswillen ihrer Parteioberen zu betonen. Andererseits dürfen sie nicht nachlassen, die negativen Folgen der westlichen Nachrüstung mit dunklen Farben an die Wand zu malen.

Dabei unterliegen die Autoren einem für sie unangenehmen Erklärungszwang: Bis Dezember hatten sie vorausgesagt, die Stationierung von Pershing-2-Raketen und Marschflugkörpern in Westeuropa würde eine akute Kriegsgefahr heraufbeschwören. Nun hat die Stationierung tatsächlich begonnen – aber das Leben geht weiter, von Krieg ist keine Rede.

Dieses Dilemma führt zu widersprüchlichen Aussagen, oft sogar zu rhetorischen Purzelbäumen. Besonderen Anstoß erregt in Moskau Helmut Kohl, der laut Auslandsagentur Nowosti „durch Fernsehlächeln und einen gespielten Optimismus" vergessen machen will, „daß er sozusagen mit eigenen Händen in den Boden der Bundesrepublik eine Sprengladung vergraben" habe, die das ganze Land in die Luft jagen könnte.

Das ist blumiger Unsinn, der die vieltausendfachen Sprengladungen im Boden der Sowjetunion geflissentlich außer acht läßt. Ebenso grotesk wirkt die Behauptung Radio Moskaus, vor der Bundestagswahl im letzten Jahr habe die CDU/CSU-FDP-Koalition überhaupt nicht von Raketen gesprochen. „Das kam erst später, erst dann, als die Wahlstimmen ausgezählt waren."

So kurz kann kein Gedächtnis sein, daß es sich nicht daran erinnerte, wie eindringlich Kohl und sein Koalitionspartner Hans-Dietrich Genscher schon vor der Wahl – auch gegenüber den Sowjets – auf die Notwendigkeit der Nachrüstung für den Fall einer Nichteinigung in Genf hingewiesen haben.

Daraus resultiert die Berechenbarkeit der Bonner Politik, und es zeugt von geradezu galoppierender Sprachverwirrung, wenn der Moskauer Rundfunk eben diese Berechenbarkeit unter Hinweis auf den Beginn der Raketenstationierung in Frage stellt. Demnach wäre der unehrlich, der zu seinem Wort steht – nach dem ungeschriebenen Leitmotiv sowjetischer Dialektik, „daß nicht sein kann, was nicht sein darf".

Prälat am Potomac

Von Thomas Kielinger

Ist der Himmel eingestürzt? Hat der Präsident das Wohl des Landes aufs Spiel gesetzt? Betrachtet man die wütende Reaktion aus amerikanischen Kirchenkreisen, dann liegen solche Vermutungen nahe. Aber was hat Ronald Reagan wirklich verbrochen? Er hat diplomatische Beziehungen zum Heiligen Stuhl, zum Vatikan also, aufgenommen, „der Regierung eines unabhängigen Stadt-Staates, der als solcher von 107 anderen Ländern anerkannt wird", wie das State Department vorsichtshalber angemerkt hat.

Die Erklärung mag die Experten des State Department befriedigen, für viele Amerikaner bleibt das Ganze eine Herausforderung. Für sie ist der erste Zusatz ihrer Verfassung, der die „Errichtung einer Religion" untersagt, ein hohes Gut. Staat und Kirche gelten in diesem Land als unvereinbar – wie Feuer und Wasser.

Keine staatliche Schule, in der vor Weihnachten Lieder religiösen Inhalts gesungen werden dürfen. „Jingle Bells" – ja. „Zu Bethlehem geboren" – um Himmelswillen, nein. Der reinste Verfassungsbruch. Um nichts wird inbrünstiger gestritten als um die Frage, ob in den öffentlichen Schulen vor Unterrichtsbeginn gebetet werden darf. Es darf nicht, bisher jedenfalls. Ronald Reagan will das ändern. Er hat es aber noch nicht geschafft.

Und nun ein amerikanischer Botschafter beim Vatikan und ein römischer Kardinal im Weißen Haus: Baptisten, Methodisten, jüdisch-kirchliche Kreise, Episkopalier, Fundamentalisten aller Couleur laufen Sturm. Die Verfassung sei mißhandelt, eine Religion – der Katholizismus – in Amerika errichtet worden... Selbst die katholische Bischofskonferenz hält sich zurück. Man möchte nicht erneut zum Objekt der Diskriminierung werden. Und unbedingt glücklich über einen offiziell installierten päpstlichen Prälaten, der einer aufsässigen US-Kirche mehr auf die Finger schauen kann, ist man auch nicht.

Dennoch hat Ronald Reagan mit sicherem Instinkt das Richtige getan. Die Mehrheit der Amerikaner teilt längst den universellen Respekt für den Papst und seine moralisch-politische Autorität.

Fernöstliche Fiktion

Von Manfred Neuber

Der Amerika-Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten Zhao bringt Bewegung in die fernöstlichen Tabuzonen von Korea bis Taiwan. Seit Peking und Washington ungezwungen miteinander umgehen, bewirkt dies auch eine Entkrampfung der gestörten Verhältnisse im Umfeld des Reiches der Mitte.

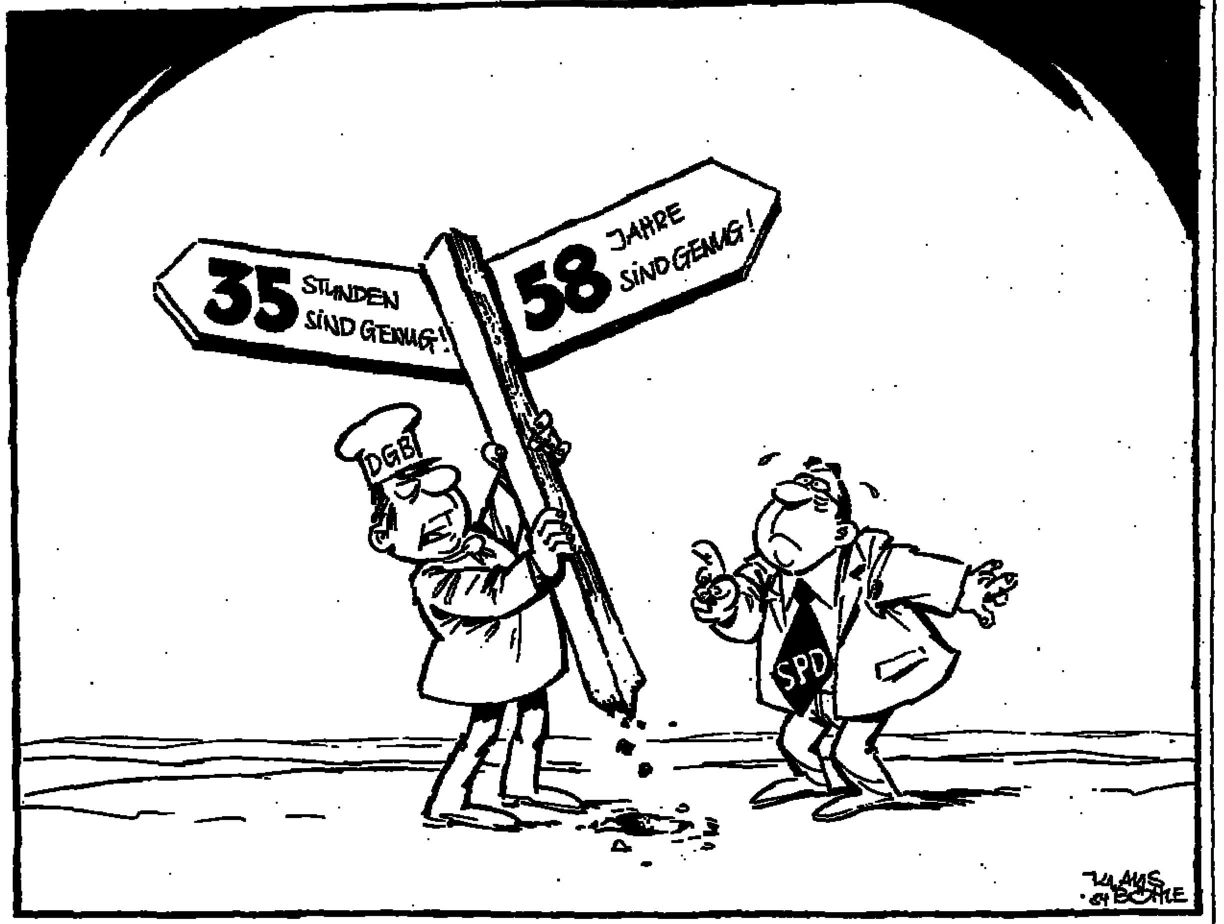
Wenn Kommunisten von Wiedervereinigung reden, ist erhöhte Wachsamkeit geboten. Vietnam hat gezeigt, daß es auf die Unterjochung des vorher freien Teils hinausläuft. Das Orwell-Regime in Pjöngjang plant nichts anderes, wenn es die Überwindung der Teilung Koreas vorschlägt. Eine freie Entscheidung über die Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung hätte keine Chance.

An dem Vorstoß Nordkoreas fällt zweierlei auf: das zeitliche Zusammentreffen mit dem Zhao-Besuch in den USA, was auf einen Wink aus Peking schließen lassen könnte, und die Einbeziehung Südkoreas in Verhandlungen über die waffenstarrende Halbinsel. Pjöngjang ging bisher von der Forderung aus, über Seoul hinweg mit den Amerikanern zu verhandeln.

Diese Fiktion rührt vom Waffenstillstand nach dem Korea-Krieg 1953 her, der zwischen China und Nordkorea auf der einen Seite und den USA im Namen der UNO-Streitmacht auf der anderen geschlossen wurde. Südkorea trat nicht als Signatar auf; seine Regierung fordert jedoch seit Jahrzehnten Verhandlungen mit Nordkorea über menschliche Erleichterungen in der brutal gespaltenen Nation.

Indem Pjöngjang nun Dreier-Gespräche mit Washington und Seoul über den US-Abzug, einen Nichtangriffspakt und das Ziel der Wiedervereinigung vorschlägt, mußte der „Große geliebte Führer" Kim Il Sung über den Schatten seines Alleinvertretungsanspruchs springen. Es ist nicht auszuschließen, daß es sich um Vorwehen des Machtkampfes um seine Nachfolge handelt. US-Präsident Reagan setzte gleich eins drauf und brachte China als Vierten ins Spiel.

Übrigens: Genau am Vorabend des Anschlags auf die Führung Südkoreas beim Staatsbesuch in Birma, den Nordkoreaner im Oktober verübten, lockte Pjöngjang mit zweiseitigen Gesprächen...



„Jetzt wissen wir, wo's langgeht!" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Lieber Franz, was dann?

Von Günther Bading

Die Front wankt schon, ehe der Kampf noch richtig begonnen hat. Da glaubten die Gewerkschafter, voran die IG Metall, mit der Forderung nach der 35-Stunden-Woche endlich das große Thema entdeckt zu haben, mit dem alles wieder gut zu machen sei, was man in den vergangenen mageren Jahren an Unbill hatte erleben müssen: Die Mitglieder würden für eine solche Forderung ebenso zu motivieren sein wie vor Jahren für den freien Samstag beim Kampf um die Fünf-Tage-Woche; ja, man könnte sogar hoffen, den durch Arbeitslosigkeit und Unzufriedenheit mit mageren Tarifergebnissen verstärkten Mitgliederschwund zu stoppen; Erfolgserlebnisse stünden ins Haus, glaubten die Funktionäre, als sie das Zeichen der strahlenden (warum allerdings halb verdeckten?) Sonne mit dem Slogan „35-Stunden-Woche" ersannen. Nicht zuletzt glaubten sie, auch mit den Genossen der – Einheitsgewerkschaft hin oder her – immer noch bevorzugten SPD ließe sich der enge Schulterschluß wieder herstellen, der in den Zeiten der sozialdemokratisch geführten Regierungen verloren gegangen war, als sozialistische Wunschträume wie Glas an der Betonmauer der Realität zerschellten.

So weit die Ausgangslage am gewerkschaftlichen Sandkasten. Und nun die für die Funktionäre grausame Wirklichkeit: Nichts von den Tagträumen ist wahr geworden. Die Mitgliederzahlen gehen nach wie vor zurück (man spricht davon, daß die IG Metall per Saldo im vergangenen Jahr 120 000 Beitragszahler verloren habe), die Ausgaben für die erhoffte Generalmobilmachung gewerkschaftlichen Engagements – geschätzt auf bisher drei bis vier Millionen Mark für Poster, Plakate, Anstecker und öffentliche Werbeflächen – scheinen nach Silvester-Art in buntem Sprühregen zerplatzt zu sein. Und nun noch Peter Glotz.

Der SPD-General hat mit seiner Aufkündigung des engen Schulterschlusses mit den auf Arbeitszeitverkürzung erpichten Gewerkschaftern den wohl als genial gedachten Feldzugsplan des IG-Metall-Vizegenerals Franz Steinkühler von hinten aufgerollt. Dachte der Metaller noch an eine dem Schlieffen-Plan gleiche, weit ausholende einzige Stoßbewegung durch die erstarrten Stellungen der Arbeitgeber, die jedem Verlangen nach Veränderung der Arbeitszeit angeblich nichts als die veraltete Waffe des unbegründeten „Nein" entgegenzusetzen hätten, so zog es der Parteigeneral vor, die Front zu begradigen, kleinere Stellungen nicht zu vernachlässigen, den Stoß in Richtung Arbeitszeitverkürzung nicht konzentriert auf die Wochenstunden sondern ganz allgemein zu führen. Man müsse die Unterschiede der Branchen und Wirtschaftszweige nicht außer acht lassen, begründete Glotz sein Ausscheren aus der von der IG Metall so sorgfältig geschmiedeten Phalanx der Wochenarbeitszeitkrieger, zu der inzwischen nicht nur die Mehrzahl der 17 Einzelgewerkschaften, sondern offenkundig auch die DGB-Führung und – bisher – Teile der SPD gehörten.

Volkswirtschaftlich hat Peter Glotz völlig recht. Das aber ist es nicht allein. Glotz ist ein erfahrener Wahlkämpfer. Er weiß, daß ein politisch so befrachteter Tarifkonflikt wie der um die kürzere Wochenarbeitszeit letztlich auch politische Sieger und Verlierer haben wird. Und er nimmt jene Umfragen ernster als die Gewerkschafter, aus denen der Mangel an Begeisterung für das 35-Stunden-Ziel überdeutlich abzulesen ist. Geht der Stoß gegen die neue Regierung, die ja nicht zufällig von Gewerkschaftern und SPD dem Arbeitgeberlager „zugeordnet" wird, ins Leere, dann wird nicht das Bild des Kanzlers angekratzt, sondern sein Wort von der „törichten" Forderung nach fünf Stunden weniger Arbeit pro Woche für denselben Lohn erweist sich im Nachhinein als prophetisch, als wahr – als Wort des Siegers. Die SPD ist ohnehin auf der Verliererstraße, seit sie sich mit ihrem Sprung auf das Trittbrett der Friedensbewegung und der Grünen verkalkuliert hat. Der



Hat die Front begradigt: SPD-General Glotz FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

Versuch, das Thema Umweltschutz für sie zu besetzen, scheiterte nicht zuletzt am vehementen Vorstoß der CSU in dieses Feld. Glotz will sich nicht auch noch mit dem Kampf um die „falsche" Arbeitszeit isolieren.

Die „Fünfunddreißiger" bei den Gewerkschaftern scharen sich um die IG Metall. Das heißt aber nicht automatisch, daß diese größte deutsche Einzelgewerkschaft mit noch immer rund zweieinhalb Millionen Mitgliedern auch konkret um die Fünf-Stunden-Kürzung kämpfen – sprich: streiken – wird. Da gibt es auch noch jene kleine, auf Grundsatzkämpfe gegen die Arbeitgeber geradezu versessene IG Druck und Papier. Und diese hat sich auf dem letzten Gewerkschaftstag etwas beschert, was jetzt Früchte tragen könnte: Sie braucht keine Urabstimmung mehr für einen Arbeitskampf; die IG Metall aber kommt darum nicht herum. Da wäre es schon denkbar, daß die IG Metall in DGB-Solidarität der IG Druck mit Millionenbeträgen „aushilft", wenn man selber im Kampf gegen die 40 Stunden Arbeit pro Woche nicht weiterkommt oder bei einer Urabstimmung am Unwillen der eigenen Basis scheitert.

Daß dieser Unwillen vorhanden ist, bezweifelt niemand mehr im DGB. Man soll Umfragen nicht überbewerten. Trends allerdings vermögen sie aufzuzeigen. Und was Emnid nun in mehrmonatiger Beobachtung zutage gefördert hat, muß jenen noch vernünftig gebliebenen Funktionären in den Fünfunddreißiger-Gewerkschaften eigentlich die Ohren klingen lassen. Da hat es eine totale Umkehr gegeben. Je mehr für die 35-Stunden-Woche getrommelt worden ist, um so mehr haben sich die Arbeitnehmer gegen diese Forderung und – konkret befragt – für mehr Lohn ausgesprochen. Verständlich, denn in den vergangenen drei Jahren wurden die Realeinkommen nur knapp gehalten. Man stelle sich vor: Die IG Metall setzt eine Urabstimmung an für die 35-Stunden-Woche und am selben Tage legen die Arbeitgeber ein „sattes" Angebot für Lohnanhebungen vor. Großzügig oder „satt", wie die Gewerkschaftsbasis sagen würde, weil es mit unserer Wirtschaft (bei 40 Wochenstunden) wieder aufwärts geht und ein wenig zusätzliche Kaufkraft den Aufschwung nur noch beschleunigen würde. Lieber Franz, was dann?

IM GESPRÄCH Abdul Ghassemlu

Gentleman und Rebell

Von Günther Deschner

Im Dauerkrieg zwischen Iran und Irak spielen die nach Millionen zählenden Minderheiten der Kurden plötzlich wieder eine wichtige Rolle. Unterstützt Teheran die aufrührerischen Kurden Iraks, finden umgekehrt deren iranische Stammesgenossen Hilfe aus Bagdad. Zunehmende Bedeutung gewinnt dabei der jetzt 52jährige Historiker, Volkswirt und Philologe Dr. Abdul Rahman Ghassemlu, der als Generalsekretär der „Demokratisch-Kurdischen Partei" (DKP) über die schlagkräftigste Organisation der Kurden in ihrem Kampf gegen Khomeinis Zentralismus verfügt.

Zwischen Paris und Bagdad und den unruhigen Kurdenprovinzen Irans hin- und herpendelnd, tritt der vielseitige Ghassemlu mal im exklusiven Maß-, mal im Kampfanzug auf, mit Kaffiyeh und Pistole im Halfter. Im Gegensatz zu anderen Kurdenführern ist er durch und durch ein Produkt kommunistischer Schulung – ohne sich jedoch den Weisungen und Zielen kommunistischer Auftraggeber kritiklos zu verschreiben.

Als Mitglied der 1983 wieder einmal verbotenen Tudeh-Partei bekam der im aserbeidschanischen Rezaiyeh geborene Ghassemlu nach dem Abitur ein Stipendium der Tschechoslowakei und studierte in Prag Volkswirtschaft. Ende der 50er Jahre kehrte er nach Iran zurück und wurde unter der Gerichtsbarkeit des Schah zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Nach seiner Haftentlassung ging er erneut nach Prag, promovierte und bekam eine Dozentur für Volkswirtschaft. In dieser Zeit freundete er sich mit dem Reformkurs Dubceks an und verließ die Tschechoslowakei aus Protest nach dem Einmarsch der Sowjetarmee.

In dem mit Teheran verfeindeten Bagdad fand er freundliche Aufnahme; er wurde dort sogar Beamter. Aus



Unterwegs für die Sache der Kurden: Abdul Rahman Ghassemlu FOTO: DPA

der Tudeh-Partei trat er wegen Differenzen über die Niederschlagung des Prager Reformkommunismus aus und gleichzeitig in die DKP ein, deren Generalsekretär er 1973 wurde.

1976 ging er erneut ins europäische Exil, diesmal an die Pariser Sorbonne, wo er eine Dozentur für kurdische Sprache und Literatur erhielt. Von dort kehrte er kurz vor Ausbruch der islamischen Revolution heimlich nach Teheran zurück und mischte in Khomeinis Aufstand heftig mit – in der schnell enttäuschten Hoffnung auf Lohn für die kurdische Sache.

Ghassemlu ist wegen seiner umfassenden Bildung und seiner Sprachkenntnisse (sieben Sprachen fließend) geradezu prädestiniert, die kurdischen Anliegen gegenüber ausländischen Diplomaten und Journalisten zu vertreten, und er versteht es auch, Gäste zu hofieren.

Kontakte zu Irak weiß er am entschiedensten zu nutzen. Beziehungen zur Sowjetunion werden von ihm höflich dementiert, gelten aber allen Beobachtern als wahrscheinlich.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

WESTFALENPOST

Das in Hagen herausgegebene Blatt befaßt sich mit der SPD-Position gegenüber der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung:

Was der SPD-Bundesgeschäftsführer zu diesem vielschichtigen Thema geäußert hat, ist ein vorsichtiges Jonglieren zwischen allen Möglichkeiten. Politisch bedeutsam ist jedoch die Tatsache, daß sich Peter Glotz mitnichten für das Modell der IG Metall ausgesprochen hat. Er erkennt den Gewerkschaftsvorschlag als bedeutsam an, ist aber offenbar nicht bereit, den Entweder-Oder-Standpunkt der Erben Eugen Loderers abzusegnen.

Neue Zürcher Zeitung

Hier heißt es zur Entlassung des Generals Kießling:

Aufgrund der bisherigen Informationslage ist nicht einzusehen, weshalb Verteidigungsminister Wörner den Viersternegeneral mit einem derartigen Knalleffekt entlassen mußte, nachdem bekannt geworden ist, daß Kießling ohnehin für Ende März um seine vorzeitige Pensionierung ersucht hatte, womit sich sein Rückzug in aller Stille und ohne Aufsehen vollzogen hätte... Die Frage drängt sich auf, ob da entweder die Sicherheitsmechanismen lange Zeit nich funktioniert haben oder aber die für den General belastenden Umstände erst allerjüngsten Datums sind.

LES ECHOS

Die Pariser Wirtschaftszeitung stellt fest, daß die Regierung jetzt für ihre Verstaatlichungs-Politik bezahlen müsse:

Wenn die Linke klug oder einfach nur vorsichtig gewesen wäre, hätte sie sich aus der industriellen Debatte herausgehalten. Nachdem sie das Land in einer schwierigen Phase zu verwalten hat, wäre sie in der Schiedsrichterrolle geblieben, die die Verfassung der V. Republik der Regierung gibt, um im unausweichlichen Moment den ehrlichen Makler zwischen den unvermeidlich entgegengesetzten Interessen zu spielen. Statt dessen hat sie Industrie, Banken und Dienstleistungen verstaatlicht. Ohne auch nur zu merken, daß sie damit selbst handelnde Person wird, hat sie die Kontrolle über die meisten Wirtschaftsbereiche übernommen. Sie erbte damit aber auch die bis dahin angehäuften Defizite, wie auch die mit der industriellen Modernisierung verbundenen Unruhen. Womit sie jetzt in der nicht beneidenswerten Lage eines Arbeitgebers ist, der massenweise entlassen muß, um seinen Betrieb zu retten. Jetzt wird sie die Folgen ihrer Blindheit von gestern erfahren, nämlich gewalttätige Konflikte, Fabrikbesetzungen, politische Unruhen, endlose Verhandlungen, Trennung von den Gewerkschaften und Bruch der politischen Solidarität.

The Daily Telegraph

Die in London erscheinende Zeitung schreibt über das Verhältnis USA – China:

Die chinesische Führung neigt dazu, den Rest der Welt zu belehren, doch wird es in Washington einfach sein, Gemeinsamkeiten über die sowjetische Besetzung Afghanistans, die Sowjet-Unterstützung für Vietnam sowie die Stationierung von 110 SS-20-Raketen östlich des Urals zu finden, ganz zu schweigen von den 48 sowjetischen Divisionen an der chinesischen Grenze. Jede Erwärmung der Beziehungen zwischen Washington und Peking aber irritiert Moskau. Und das Tauwetter beginnt jetzt zu einer Zeit wachsender Spannungen zwischen den beiden kommunistischen Giganten.

Jetzt muß Schlüter mit unruhigen Zeiten rechnen

Die Wahlen zum Folketing haben der Koalition nur einen knappen Zuwachs beschert / Von Reiner Gatermann

Der Optimismus der dänischen Politiker scheint unerschütterlich. Obwohl die Parlamentswahl am Dienstag die Lösung keines der schwerwiegenden Probleme erleichtert hat, zeigten sich mit Ausnahme der Fortschrittspartei die übrigen acht der bisher im Folketing (Parlament) vertretenen Parteien mit dem Wahlausgang zufrieden. Sogar Erhard Jakobsen, Führer der Centrumsdemokraten, wollte die Halbierung seiner Fraktion nicht als Niederlage aufgefaßt wissen.

Am Mittwoch um 11 Uhr begab sich der Vorsitzende der Konservativen Volkspartei, Poul Schlüter, zu Königin Margarethe, um ihr mitzuteilen, daß er weiterhin mit Hilfe seiner Mitte-Rechts-Koalition, zu der neben den Konservativen die liberale Venstrepartei, die Christliche Volkspartei und die Centrumsdemokraten gehören, die politischen Geschicke Dänemarks lenken wird. Das sogenannte vierblättrige Regierungskleeblatt verbesserte zwar seine Position um 11 auf 76 Mandate und kann wahrscheinlich auch noch mit zwei Stimmen von den Färöer und mit einer von Grönland rechnen, es ist jedoch weiterhin auf die Unterstützung der sozialliberalen Radikale Venstrepartei wie der Fortschrittspartei angewiesen. Somit hat sich an der bisherigen Konstellation nichts geändert. Eigentlich hatte die Koalition darauf gehofft, künftig wenigstens auf die Stimmen der unberechenbaren Fortschrittspartei verzichten zu können. In dieser Erwartung war sie in den letzten Wochen von den Meinungsforschern unterstützt worden, aber die Wähler entschieden mal wieder anders.

Sie mögen dafür verschiedene Gründe gehabt haben. Vor allem wuchs bei ihnen wohl die Einsicht, daß die erfolgreiche Regierungspolitik nicht allein das Werk Poul Schlüters gewesen ist, sondern von vier Parteien getragen wurde und zum Beispiel die Liberalen mit dem Außen-, Finanz- und Wirtschaftsressort drei wichtige Posten besetzten. In früheren Umfragen wurde lediglich den Konservativen ein Mandatsgewinn prophezeit, und dieser sollte zudem zu einer Verdoppelung der Fraktionsstärke führen. Der Meinungsumschwung wurde erst wenige Tage vor der Abstimmung spürbar.

Auf der Verliererstraße innerhalb der Koalition blieben die Centrumsdemokraten, deren Vorsitzender Erhard Jakobsen, ein 1973 abgesprungener Sozialdemokrat, den Fortbestand des Schlüter-Kabinetts höher einstuft als die Erhaltung seiner Fraktionsstärke. Als Trost konnte er von seinen erfolgreichen Partnern die Versicherung entgegennehmen, daß man seine Verluste sehr bedaure, die Partei aber auch künftig im Kabinett willkommen sei.

Das Schlüter-Kabinett ist am 15. Dezember über seinen Haushaltsentwurf für 1984 gestolpert. Die Parteien, die ihn damals zu Fall brachten, neben den Sozialdemokraten und den übrigen beiden Linksparteien auch die Fortschrittspartei, verfügen auch im neuen Folketing über eine Mehrheit. So gut wie die Koalition in der Wirtschafts- und Finanzpolitik mit den Sozialliberalen zusammenarbeiten konnte, so konträr waren und sind ihre Auffassungen vor allem in der Frage des NATO-Doppelbeschlusses. Außenminister Uffe Ellemann-Jensen hofft zwar, daß die Stationierung der Pershing-2-Raketen und der Marschflugkörper in Westeuropa nun ein abgeschlossenes Kapitel sei und die künftigen Bestrebungen auf die Wiederherstellung des Ost-West-Dialoges konzentriert werden sollten. Dabei vergißt er allerdings, daß das Parlament bereits im Herbst über die Bereitstellung weiterer Finanzmittel für die NATO entscheiden muß und hier die Radikale Venstrepartei bisher ebenfalls die Regierung im Stich gelassen hat. Ihr Vorsitzender, Niels Helveg Petersen, betonte in der Wahlnacht, daß man weiterhin die bürgerliche Koalition stützen werde und nicht daran interessiert sei, die 1982 aufgekündigte Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten wiederaufzunehmen. Petersen scheint sich in seiner Position zwischen den politischen Blöcken wohlzufühlen.

Falls sich bestätigen sollte, daß Mogens Glistrup, Gründer der Fortschrittspartei, wiedergewählt worden ist, müßte er aus der Haft entlassen werden, bis das Parlament erneut über seinen Ausschluß entscheidet. Die Tatsache, daß seine Fraktion diesmal um zehn auf sechs Mandate dezimiert wurde, begründet der streitbare Protestpolitiker, der wegen schwerer Steuervergehen verurteilt wurde, folgendermaßen: Die Partei sei selbst schuld, sie habe sich allzu sehr von Schlüter einfangen lassen.

Im Wahlkampf waren auf Grund der Ergebnisse der Meinungsumfragen die meisten Politiker davon ausgegangen, daß nach dem 10. Januar zumindest für den Rest dieses Jahres politische Arbeitsruhe einkehren wird. Dies ist nach diesem Ergebnis nicht mehr gegeben. Dänemark bleibt sich selbst treu. Immerhin ist es zwanzig Jahre her, daß eine Regierung eine volle vierjährige Mandatsperiode durchhielt. Das zweite Kabinett Schlüter dürfte kaum in der Lage sein, mit dieser Tradition zu brechen.

Wer bleifrei Auto fährt, soll weniger bezahlen

Mit finanziellen Anreizen will Innenminister Zimmermann den Kauf von umweltfreundlicheren Autos attraktiver machen. Für die Autoindustrie wäre eine Umstellung lösbar, aber noch immer fehlen die exakten Abgaswerte, die erreicht werden müssen.

Von HEINZ HORRMANN

Die bedächtigen Schwaben waren diesmal auch die schnellsten im Lande. Audi stellte die ersten Katalysatoren-Autos für den deutschen Markt in Neckarsulm vor und in Plochingen wurde ohne viel Aufhebens die erste Tankstelle für bleifreies Benzin eröffnet, noch wenige Tage bevor *Bundesinnenminister* Friedrich Zimmermann in München eine umweltfreundliche Zapfstation freigab.

Nachdem der erste Ärger über den, so die Autoindustrie, „viel zu kurzen Zeitraum bis zur Umstellung" (1986 sollen alle neuen Fahrzeuge bleifrei fahren und deutlich weniger Schadstoffe verursachen als bisher) bei der Automobilindustrie und den Mineralölunternehmen abgeklungen war, setzte in den Entwicklungsabteilungen emsige Forschungstätigkeit ein.

Die mit dem Kabinettsbeschluß angekündigte, aber noch nicht exakt bestimmten Werte, lassen sich nach dem jetzigen Stand der Technik nur mit kostenintensiven Katalysatoren realisieren. Das immer wieder hervorgehobene bleifreie Benzin hat freilich für sich allein keinen Wert. *Die „grünen" Tankstellen, die hier* und da eröffnet werden, verbreiten höchstens Signalwirkung. Bleifreies Benzin allein – das ist wichtig zu wissen – verbessert nicht die Luftwerte und rettet mit Sicherheit keinem einzigen Baum das Leben. Was beispielsweise viele technisch uninformierte Politiker nicht begreifen, ist die Tatsache, daß bleifreies Benzin nur Mittel zum Zweck ist. Es hält allein die teuren Katalysatoren am Leben. Verbleiter Kraftstoff würde nämlich die wabenförmigen, mit Platin beschichteten keramischen Trägerkörper des Filters sofort zerstören. Die Bleibelastung spielt so gut wie keine Rolle mehr, seitdem die Bundesregierung mit dem Benzinbleigesetz *bereits 1976 die weltweit geringste* Belastung erreicht hat.

Nach einem Spitzengespräch am Dienstag lobte Umweltschutzminister Zimmermann die Kooperationsbereitschaft der Automobilindustrie und der Mineralölwirtschaft. Beide Branchen hätten bereits erhebliche Anstrengungen unternommen, der umweltpolitischen Zielsetzung der Bundesregierung zur Verminderung *der Schadstoffemission zu entsprechen.* Die Vertreter der Mineralölunternehmen hätten erklärt, daß die Lieferung von bleifreiem Normalbenzin zum 1. Januar 1986 keine Probleme mache. Auch bleifreies Superbenzin von 96 Oktan könne bereitgestellt werden.

Problematisch allerdings wird der deutsche Vorstoß im EG-Umfeld. Das betonten die Verbandsvertreter nachdrücklich. Italien und Frankreich lehnen Katalysatoren-Technik zumindest für die nächsten Jahre grundlegend ab.

Damit die deutsche Automobilindustrie nicht unübersehbaren wirtschaftlichen Schaden erleidet, will Zimmermann einer schubweisen Umstellung zustimmen: „Bei einer Jahrhundertentscheidung kommt es jetzt nicht auf ein paar Monate an." *Um den Autofahrern den Kauf von* umweltfreundlichen Autos ab 1986 schmackhafter zu machen, soll ein finanzieller Ausgleich für die 1300 bis 1400 DM teurere Katalysatorentechnik erreicht werden. Der Minister sprach von einem Bündel von Erleichterungen in den Bereichen Mineralöl-, Mehrwert- und Kfz-Steuern. Eine genaue Abstimmung werde bei den Chefgesprächen zwischen Zimmermann und Finanzminister Gerhard Stoltenberg erfolgen. Um die Förderung für den Haushalt kostenneutral zu gestalten, soll dafür das Fahren mit herkömmlichen Fahrzeugen teurer werden.

Wer natürlich glaubt, mit einem Ausgleich der höheren Herstellungskosten auch bereits den Preis für „saubere Autos" voll bezahlt zu haben, liegt falsch. Die Automobilunternehmen geben als kalkulierten Sprit-Mehrverbrauch neun bis 15 Prozent an. Erste Vergleiche mit deutschen Fahrzeugen und den für den US-Markt (mit Katalysatoren) ausgerüsteten Typen zeigen unterschiedliche Werte. Die Meßresultate pendeln zwischen plus 7 und plus 16 *Prozent. Außerdem muß jeder Halter* die Kosten für die Überwachung des Abgasverhaltens seines Autos selber tragen.

Ohne die sorgfältige jährliche Kontrolle und die Überprüfung durch den TÜV würde mit der ganzen aufwendigen Aktion nichts erreicht. Ford-Techniker haben bei Tests in Amerika festgestellt, daß auf die ganze Laufzeit eines unkontrollierten Fahrzeugs gerechnet die Abgaswerte schlechter sind als bei einem mager eingestellten deutschen Auto ohne Katalysator. Die amerikanische Umweltschutzbehörde erkennt in dem Katalysatorensystem noch erheblich größere Schwierigkeiten, wenn es nicht genau überwacht wird. 20 bis 25 Prozent sämtlicher mit Katalysatoren ausgerüsteter Fahrzeuge werden nämlich an den US-Tankstellen mit *verbleitem und dort billigerem* Benzin betankt, wodurch der teure Filter zerstört wird. 10 Prozent aller amerikanischen Autofahrer ließen sich den Katalysator von vornherein ausbauen.

Diese Problematik liegt bei einer uneinheitlichen Einführung in Europa ebenfalls auf dem Tisch. Betankt der deutsche Urlauber beispielsweise sein abgasfreundliches Fahrzeug in *Italien oder Frankreich mit bleihaltigem* Benzin, weil es kein anderes gibt, zerstört er unweigerlich seinen teuren Filter und verursacht fortan im Leerlauf und bei Staus aufgrund der Motoreinstellung mehr Abgase als mit einem Motor heutiger Bauart.

Im weltweit anerkannten Porsche-Versuchszentrum Weissach, wo die Motoren wie in Le Mans auf der Start- und Zielgerade dröhnen, wo Diagramme und Werte über Monitore huschen, beklagt der Vorstandschef Peter W. Schutz die bisher noch nicht festgelegten exakten Werte: „Für die neue Motorengeneration ist es jetzt höchste Zeit. Die Regierung muß sich zur Verantwortung bekennen und endlich exakte Werte angeben, die wir erreichen sollen. Außerdem muß das Meßverfahren vorgegeben werden, wonach beurteilt wird. Die Ausführung ist dann Sache der Techniker. Alles ist machbar, aber jetzt zählt jeder Tag."

Auf diese Probleme angesprochen sagte der Innenminister zu, daß die Abgasnorm in ca. drei Monaten bekanntgegeben werde. Das sei allerdings nicht Sache der Regierung, sondern des damit beauftragten Fachausschusses.

Ob alle Bemühungen freilich dem deutschen Wald helfen und den sauren Regen zukünftig verhindern, bleibt ungewiß. Beweise für Ursache und Wirkung fehlen noch immer.



Seit zwei Monaten gibt es in München bleifreies Benzin. Premierengäste waren Innenminister Zimmermann und Oberbürgermeister Kiesl. FOTO: DPA


Zu Gast beim Präsidenten-Paar: Antonie Linke aus Bremen war eine der 39 geladenen „Bürger" FOTO: DPA

Bürger und Prominente zum Stelldichein beim Präsidenten

Gustav Heinemann begründete 1970 die Tradition, verdiente Bürger neben der Prominenz zu einem Neujahrsempfang zu laden. Bundespräsident Carstens führte gestern diese Tradition fort, zum letzten Mal in seiner Amtszeit.

Von PETER PHILIPPS

Die ersten kleinen Schweißperlen zeigten sich vor lauter Auf*regung schon nach wenigen* Minuten in dem einen oder anderen Nacken. 39 Bewohner der Bundesrepublik Deutschland, protokollarisch als „Bürger" eingeordnet, warteten in der Villa Hammerschmidt auf ihren großen Moment:

Von den Mitarbeitern des Bundespräsidialamtes war gestern morgen pünktlich um 9 Uhr das Defilee eröffnet worden. Nach den Honoratioren der Bundeshauptstadt, den Vertretern der Presse, der Bundeswehr, Kirchen, kommunaler Verbände und der Verbände freier Berufe erschien um 9.41 Uhr mit Annemarie Ammon die erste „schlichte Bürgerin". Ein Protokollbeamter in der Funktion des Majör Domus sagte sie laut und vernehmlich an: „Ehrenamtliche Helferin des Deutschen Roten Kreuzes bei Großveranstaltungen. Betreut zur Weihnachtszeit über 100 einsame Bürger im Rahmen der Aktion Kieler Weihnachtsbaum."

Persönliche Worte im Minuten-Takt

Auch alle anderen der folgenden 27 deutschen Bürger hatten sich im kulturellen oder sozialen Umfeld verdient gemacht und deshalb die Einladung nach Bonn erhalten. Der eine hatte unter Einsatz seines Lebens einen Ertrinkenden gerettet, eine andere Lebensmittel- und Medikamenten-Transporte nach Polen organisiert. Ein bayerischer „Heimatgeschichten-Erzähler", der sich um die „Verbreitung des Altbaierischen verdient gemacht hat" gehörte ebenso zu den vom Präsidialamt Auserwählten wie ein Kreisbrandmeister der Freiwilligen Feuerwehr.

Man sah Karl Carstens die Mühe an, die er sich gab, mit jedem der im Minuten-Takt vorgelassenen Bürger ein persönliches Wort zu wechseln, Routine so weit wie möglich zu vermeiden. Doch selbst ein nicht so Norddeutsch-Unterkühlter wie er, ein bajuwarisches Temperament zum Beispiel, würde da immer wieder an Grenzen stoßen. Was kann man auch einen Biologen fragen, der eingeladen wurde, weil er Mitglied einer Bürgerinitiative ist, die „eine Patenschaft über einen verschmutzten Bach übernommen *hat*"? Der Präsident behalf sich mit dem Interesse, „Wie lang er denn ist?", der Bach, der sich inzwischen wieder regeneriert hat.

Aber es gab auch die Bürger, deren Schicksal Carstens und seine neben ihm am Schreibtisch im Arbeitszimmer ausharrende Ehefrau Veronika offenkundig persönlich anrührte. So Karl Serwe, der seine an multipler Sklerose erkrankte Ehefrau seit 20 Jahre in „vorbildlicher Weise pflegt" und auch die bei Ausbruch der Krankheit erst ein, vier und sechs Jahre alten Kinder selbst großgezogen hat. Vor allem auch Frau Carstens, die sich in den vergangenen Jahren als Schirmherrin der Deutschen Multiple-Sklerose-Gesellschaft außerordentlich stark engagiert hat, fühlte sich hier angesprochen.

Mit einem fröhlichen und ungezwungenen „Prost Neujahr" an den Präsidenten seines Gastlandes eröffnete der Italiener Giovanni Acorsini die unmittelbar anschließende Neujahrscour der Gastarbeiter. Elf Ausländer – einer davon, weil er sich verspätet hatte, drückte später zwischen Generalanwalt Lenz vom Europäischen Gerichtshof und Wilhelm Knabe, dem Abgesandten der Grünen, Carstens die Hand – waren ebenfalls eingeladen worden.

„Guten Tag, Herr Präsident!" „Guten Tag, Herr Präsident." Mit dieser gegenseitigen Begrüßung mit Theodor Berchem, dem neugewählten Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz, befand sich der Bundespräsident auf besonders vertrautem Parkett, im Gespräch mit Vertretern der Wissenschaft, der Wirtschaft und Gewerkschaften sowie den Abgesandten der obersten Gerichte. Den Abschluß des letzten Neujahrsempfangs in der Amtszeit von Karl Carstens bildeten dann die Politiker: Franz Josef Strauß als amtierender Präsident des Bundesrates an der Spitze der Länder-Bevollmächtigten, Bundeskanzler Helmut Kohl mit seinem Kabinett sowie das Präsidium des Bundestages und die Fraktionsvorsitzenden der Etablierten, Alfred Dregger, Hans-Jochen Vogel, Wolfgang Mischnick.

Der Oppositionsführer hielt Distanz zu Dregger

Justizminister Engelhard hatte seine Pfeifentasche unter den Arm geklemmt, zwei leibhaftig albernde Minister (Blüm und Warnke) wurden von ihrem Chef Kohl freundschaftlich zur Ordnung gerufen – man war wieder unter sich. Dazu gehörten auch die kleinen Feinheiten: Oppositionsführer Vogel hielt betonte Distanz beim Hereinkommen zu Dregger und Mischnick, Barzel machte betont Platz, denn „wir müssen den Vogel doch auch fotografieren lassen". Der Bundespräsident, der das Defilee mittendrin für zwei Minuten hatte stoppen lassen, um sich mit einer eilends auf einem Silbertablett hereingereichten Tasse Tee zu stärken, entspannte sich spürbar.

Die eingeladenen Bürger erlebten ähnliches an sich selbst. Auch ihre Anspannung fiel im anschließenden „inoffiziellen Teil" von ihnen ab. Selbstbewußt nutzten sie die Gelegenheit, die ihnen sonst höchstens vom Fernsehschirm bekannten sogenannten „Prominenten" direkt anzusprechen. Das Ambiente der Villa Hammerschmidt beflügelte sie.

Nur Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner wurde von der rauhen Wirklichkeit schnell wieder eingeholt – in Gestalt seines Kanzlers. Ohne auf surrende Fernsehkameras und neugierige Fotografen Rücksicht zu nehmen, zog Kohl seinen Ressortchef in eine Ecke, redete sehr ernst und bestimmt auf ihn ein und verließ dann schnell das Fest. Der Schatten des vorzeitig entlassenen Generals Kießling reichte bis in das Präsidenten-Palais.

Kleine Klippen vor großer Konferenz

300 Delegierte aus 35 Staaten werden am 17. Januar zur Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE) nach Stockholm kommen, wo wahrscheinlich drei Jahre lang getagt wird. Eine Menge Probleme für die Stadtverwaltung – darunter typisch Schwedisches.

Von R. GATERMANN

Eine der kritischen Fragen der Organisatoren lautet: „Soll am Konferenzort, wo bis Frühjahr 1983 noch der schwedische Reichstag tagte, bevor er in sein Stammhaus zurückkehrte, Alkohol ausgeschenkt werden und zu welchem Preis? Eine Ausschenkkonzession ist in Stockholm fast so schwierig zu bekommen wie der Nobel-Preis. Nachdem das heikle Problem mehrere Behörden passiert hatte, fand man das Ei des Kolumbus. Da es sich bei der Konferenz um eine „geschlossene Gesellschaft" handele, könne man etwas großzügiger sein.

Obwohl der Tagungsort, das Theater- und Kulturhaus, den Status eines exterritorialen Gebietes haben wird, konnten sich die Schweden nicht dazu durchringen, dort – wie bei den KSZE-Treffen in Helsinki und Madrid – den zoll- und steuerfreien Verkauf geistiger Getränke zulassen.

Mit einer nicht minder ernsten Angelegenheit hatte sich das Stadtparlament der Hauptstadt zu befassen. Die beiden Abgeordneten Agneta Dreber und Elisabeth Söderström befürchten, mit den Diplomaten würde auch die internationale Garde des ältesten Gewerbes nach Stockholm kommen, und forderten deswegen die Verstärkung des Sozialamtes mit einer Sondereinheit. Als Begründung führten die Antragsteller an: „Die meisten Konferenzteilnehmer sind Männer, und viele kommen aus Ländern, in denen man eine andere Einstellung zur Frau und zur Gleichheit der Geschlechter hat." Die Chefin des Sozialamtes versuchte zu beruhigen: „Wir haben eine ständige Bereitschaft gegen die Straßenprostitution. Sollte es jedoch Probleme geben, werden wir unseren Einsatz verstärken."

Nun befindet sich der von den Behörden mit allen Mitteln unterdrückte Stockholmer Ministrich genau vor einem der Eingänge zum Konferenzgebäude, und feste Herbergen gibt es für dieses Gewerbe sowieso nicht. *Dafür sorgt schon der schwedische* Kuppelei-Paragraph.

Die Stockholmer freuen sich nicht nur über die Ehre, die ihnen mit der Gastgeberrolle zuteil wird, sondern auch auf Geld. Um hier ganz sicherzugehen, daß es auch kommt, haben die Stadtväter gleich so voll zugelangt, daß es den EG-Ländern zunächst die Sprache verschlug und sie sich dann zu einem Protest *entschlossen. Die Stadt Stockholm* verlangt eine Jahresmiete von umgerechnet rund neun Millionen Mark. Madrid begnügte sich mit einem Drittel. Auch die angebotenen Arbeitsräume liegen in einer Preisklasse, daß sich einige Länder nach billigeren Alternativen umsahen.

Diese Angelegenheit ist der Reichstagsabgeordneten Gunnel Jonnaeng peinlich. Ihr schwant Böses: Mit solchen *Preisforderungen könnte* Stockholm schnell von der Liste internationaler Konferenzorte verschwinden.

Sowjetunion stationiert weitere SS-20

AP, Brüssel

Die Sowjetunion hat seit ihrem *Auszug aus den Genfer Gesprächen* über Mittelstreckenwaffen (INF) und zur Begrenzung der strategischen Langstreckenwaffen (START) neun neue SS-20-Raketen in Ostsibirien stationiert, verlautete am Mittwoch aus NATO-Kreisen in Brüssel. Die Existenz der neuen Atomraketen sei durch Aufklärungssatelliten belegt worden.

Damit ist die Anzahl der in der gesamten Sowjetunion stationierten Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite von 5000 Kilometern – nach diesen Angaben – auf insgesamt 378 gestiegen, die Zahl der Gefechtsköpfe wird mit 1134 angegeben. Die neun neuen Raketen, die nicht auf Westeuropa gerichtet sind, seien alle nach dem 23. November aufgestellt worden, dem Tag, an dem die Sowjetunion die INF-Verhandlungen verlassen hat.

Hamm-Brücher contra Genscher

hey. Bonn

Die FDP-Abgeordnete Hildegard Hamm-Brücher hat die wiederholten Forderungen ihres Parteivorsitzenden Hans-Dietrich Genscher nach einer Leistungselite und Veränderungen in der Bildungspolitik kritisiert. Im DGB-Organ „Welt der Arbeit" warf sie Genscher vor, „pointiert eine Position des bildungspolitischen Ellbogen-Liberalismus bezogen" zu haben. Sie erwarte, daß die künftige Richtung in der FDP-Bildungspolitik auf dem Parteitag Anfang Juni festgelegt werde.

Frau Hamm-Brücher bemängelte, daß bei den Koalitionsverhandlungen über diesen Bereich „nichts vereinbart" worden sei. Sie bezweifelte, daß Genschers Vorschlag zur Gründung von Elite-Universitäten in der FDP mehrheitsfähig sei und protestierte aus Gründen der Chancengleichheit gegen BAföG-Kürzungen und -Umschichtungen. Mit den meisten Bildungspolitikern der FDP versuche sie, diesen Kahlschlag rückgängig zu machen. Wer wie Genscher die erreichte Öffnung des Bildungssystems „durch künstlisch aufgepfropfte, beinahe ständestaatliche Bildungseinrichtungen wieder in Frage stellt, der wird auf Granit beißen".

Parteisprecher Schmülling sagte dazu, die Argumentation Frau Hamm-Brüchers werde „schon allein dadurch ad absurdum geführt", daß Genscher ausdrücklich die von ihm geforderte „Leistungselite" als „Gegenteil von Geld-, Erb- und Standeseliten" bezeichnet habe.

Arbeitgeber müssen mehr erstatten

Rei. Bonn

Scheidet künftig ein Arbeitnehmer mit 59 Jahren aus einem Betrieb aus, um erst ein Jahr lang Arbeitslosengeld und anschließend Rente zu beziehen, muß der Arbeitgeber mehr erstatten als bislang, nämlich etwa 50 000 statt bisher 25 000 Mark pro Arbeitnehmer. Dadurch sollen Arbeitnehmer und Betriebe *gedrängt werden, statt* der 59er-Regelung (Rente mit 60 nach einem Jahr Arbeitlosigkeit) die Vorruhestandsregelung (Ausscheiden mit 59 bei 70 Prozent der Nettobezüge bis 63) in Anspruch zu nehmen. Bislang mußten Arbeitgeber nur das bezogene Arbeitslosengeld erstatten, künftig sollen sie die Rentenzahlungen erstatten. Ausgenommen sind jedoch:

– Betriebe mit nicht mehr als 20 Mitarbeitern. Wer nicht mehr als 40 oder 60 Mitarbeiter hat, *zahlt nur* ein bzw. zwei Drittel des Betrages.

– Betriebe, die öffentliche Gelder erhalten zur Wiederherstellung ihrer *Ertragsfähigkeit*;

– Betriebe, die sich in nachhaltigen Schwierigkeiten befinden und die ihr Personal in zwei Jahren um mehr als 15 Prozent abgebaut haben.

Die Erstattungspflicht gilt für Arbeitnehmer, die in zwölf Jahren zehn Jahre bei einem Arbeitgeber beschäftigt waren. *Vereinbarungen zwischen* Betrieb und Mitarbeiter über die 59er-Regelung gelten nur noch, wenn sie vor dem 11. Januar geschlossen wurden.

Kardinal Höffner rügt Liederbuch

AP/dpa, Bonn

In scharfer Form hat der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Joseph Höffner, Kritik gegen das Song-Buch „zwei" angemeldet, das die Bundesstelle der Katholischen Jungen Gemeinden (KJG) ihren Mitgliedern anbietet. Es enthalte Texte, „die in einem Liederbuch für die katholische Jugend untragbar sind".

Der ehemalige Sprecher der Deutschen Bischofskonferenz, Oskar Neisinger, hatte das Liederbuch vor wenigen Tagen wegen seiner angeblich linken Ideologie, beispielsweise drastischer Schilderung der angeblich trostlosen Zustände in der Bundesrepublik und des Eintretens für Homosexualität und Sodomie, scharf kritisiert. Die Bundesleitung der KJG hat die Kritik zurückgewiesen, weil sie im wesentlichen Lieder für Freiheit und Menschenrechte beträfe (vgl. WELT v. 7./8. Januar).

SPD-Fraktion brachte Schnoor Niederlage bei

Mehrheit verweigerte Gesetzentwurf die Zustimmung

WILM HERLYN, *Düsseldorf*

Betretene Gesichter machten gestern einige sozialdemokratische Landtagsabgeordnete im Düsseldorfer Parlament. Denn sie hatten – zum Teil auch ungewollt – ihrem eigenen Innenminister Herbert Schnoor am Abend zuvor eine Abstimmungsniederlage erteilt. Bei den Haushaltsberatungen in der SPD-Fraktion verweigerte eine Mehrheit den von Schnoor vorgelegten Entwurf zum Gemeindefinanzierungsgesetz, das zusammen mit dem Haushalt im kommenden Monat vom Parlament verabschiedet werden soll.

Einer der Kernpunkte des Entwurfs war die Absicht Schnoors, die Finanzzuweisungen des Landes stärker an den Bedürfnissen der Kommunen auszurichten, insbesondere die steuerschwächeren Gemeinden besser auszustatten als die steuerstärkeren Gemeinden. Diese Linie liegt durchaus in der Absicht der SPD, im Jahr der Kommunalwahl – am 30. September – die mit der Finanzpolitik der Landesregierung ohnehin höchst unzufriedenen Gemeinden zu beruhigen.

Zum einen forderte der Städtetag, im Etat 1984 für die Städte mehr Geld einzuplanen als im Entwurf vorgesehen ist und verlangt eine Anhebung des Verbundsatzes – dem Anteil der Kommunen an den allgemeinen Steuern – von 25,5 Prozent um einen Prozentpunktanzuheben.

Und zum anderen drückt sich bei den Kommunen die Enttäuschung auch darin aus, daß einige Städte fest entschlossen sind, vor dem Verfassungsgericht in Münster gegen das Land zu klagen. Unter der Federführung der SPD-geführten Stadt Wuppertal hatten sich eine Reihe von Kommunen zusammengeschlossen, um gegen den ihrer Meinung nach ungerechten Finanzausgleich des Landes vorzugehen. Dazu gehören neben Wuppertal auch Solingen, Bielefeld, Bonn, Krefeld, Mülheim, Neuss, Siegen, Witten, Düren, Herford, Iserlohn, Lüdenscheid und Marl – also auch Städte mit sozialdemokratischen Mehrheiten.

Dies schwierige Gebiet der Haushaltspolitik nun schien mancher Sozialdemokrat in der ganztägigen Klausur seiner Fraktion überhaupt nicht zu verstehen oder verstehen zu wollen. Die meisten aber von ihnen sind ohnehin Kommunalpolitiker und in der Zwangslage, für die Belange ihrer Gemeinde gegen die eigene Landesregierung votieren zu müssen. Immer deutlicher wurde nach der Abstimmung, daß weniger Unverständnis als vielmehr Lokalpatriotismus das Verhalten vieler Abgeordneter bestimmt hatte. Die Finanzexperten Heinz Schleußer und Ernst Wilczok sehen das Ergebnis des „Abstimmungs-Durcheinanders" mit Schrecken: Denn nun könnte der Mehrheitsbeschluß nicht mehr repariert werden und den steuerschwachen Gemeinden nicht die Mittel gegeben werden, wie sie der Innenminister eigentlich beabsichtigt hätte. Wilczok: „Ein völlig absurder Vorgang, daß sich einem die Haare sträuben."

Schnoor selbst versuchte diesen Eindruck zu mildern und erklärte, es sei lediglich beschlossen worden, die Schlüsselzuweisungen nicht in dem Maße für finanzschwache Kommunen zu erhöhen, wie er es sich gewünscht hätte.

Er rechnete gestern gegenüber der WELT vor, daß finanzschwache Gemeinden wie Duisburg immer noch 44,8 Millionen Mark mehr bekommen sollen als 1983. Dafür müßten finanzstärkere Gemeinden „in vertretbarem Maße" zurückstehen: Etwa Essen und Köln, die zusammen 70 Millionen Mark weniger erhalten werden.

Breit: Streik ist das letzte Mittel

DW. Bonn

Der DGB-Vorsitzende Ernst Breit hat in der „Bild"-Zeitung versichert, für die Gewerkschaften sei in der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche „Streik nur das letzte Mittel". Breit fügte hinzu: „In der Bundesrepublik hat noch kein Streik der Wirtschaft bisher ernsthaft geschadet. Das läge auch nicht im Interesse der Arbeitnehmer."

Von der Gefahr einer Gewerkschaftskrise im Fall eines Scheiterns der Verhandlungen zur Einführung der 35-Stunden-Woche sprach Lothar Zimmermann, Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes. Auf einer Gewerkschaftsveranstaltung in Berlin sagte Zimmermann, wegen der anhaltend hohen *Arbeitslosigkeit besitze der DGB im*mer weniger Aktivkräfte zur Durchsetzung seiner Forderungen. Außerdem gehe der Kontakt zu den Arbeitslosen verloren.

Die Programmzeitschrift „HörZu" veröffentlichte das Ergebnis einer Umfrage des Sample-Instituts, wo*nach 62 Prozent* aller Einwohner der Bundesrepublik Deutschland der Meinung sind, daß durch die Einführung der 35-Stunden-Woche kein ein*ziger zusätzlicher Arbeitsplatz* geschaffen wird. Befragt wurden 1000 Personen. Als besonders auffällig wurde bezeichnet, daß 64 Prozent der *Facharbeiter sich gegen* die 35-Stunden-Woche aussprechen.

Verläßt Bastian Grünen-Fraktion?

hey. Bonn

Der ehemalige Bundeswehrgeneral Gert Bastian denkt daran, die Bundestagsfraktion der Grünen zu verlassen. In einem solchen Fall will er nach eigenen Angaben zwar sein Parlamentsmandat behalten, jedoch nicht aus der Partei austreten. Das geht aus einem mehrseitigen Schreiben hervor, das Bastian an die Fraktionsspitze geschickt hat.

In ihm begründet der Abgeordnete einen solchen möglichen Schritt unter anderem mit fortlaufenden „Intrigen" innerhalb der Fraktion. Vor allem aber kritisiert er, daß ehemalige Mitglieder des Kommunistischen Bundes (KB) sowohl in der Partei als auch in der Fraktion wieder wichtige Posten besetzt hätten und ver*suchten, die Politik der Grünen* für ihre eigenen Ziele zu beeinflussen. So habe Jürgen Reents in der linken Zeitschrift „Konkret" dazu aufgefordert, *in der Sicherheitspolitik weiter* einseitig gegen die USA Position zu beziehen. Darüber hinaus protestiert Bastian gegen den außen- und *deutschlandpolitischen* Kurs der Grünen insgesamt. Hier fehle es an „vernünftigen" Perspektiven. Er forderte die Fraktion der Grünen dazu *auf, sich mit diesen Themen auf ihrer* Klausursitzung zu befassen. Bei den Grünen wurde nicht ausgeschlossen, daß sich Petra Kelly, eine ihrer drei Sprecher, *einem Austritt Bastians* anschließen würde.

Späth: Ausländerzustrom konsequent begrenzen

Landeschef drängt auf Herabsetzung des Nachzugsalters

XING-HU KUO, Stuttgart

Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) hat die Bundesregierung aufgefordert, das Nachzugsalter von Ausländerkindern auf sechs Jahre herabzusetzen. *In Stuttgart betonte Späth*, in dieser Frage werde mit Baden-Württemberg im Bundesrat „nicht zu verhandeln" sein. In der heutigen Präsidiumssitzung der CDU wolle er diesen Standpunkt auch gegenüber Bundeskanzler Helmut Kohl vertreten, unterstrich Späth. Innerhalb der Bonner Koalition gibt es vor allem seitens der FDP Widerstand gegen die geplante Neuregelung des Nachzugsalters.

Zur Begründung der harten Hal*tung der Landesregierung* erklärte Späth, daß die „konsequente Begrenzung" eines weiteren Ausländerzustroms neben der Integration und Rückkehrförderung auch *künftig* Schwerpunkt der Ausländerpolitik bleiben werde und müsse. Alleine im Südwesten werde die Zahl von 900 000 Ausländern (zehn Prozent der Gesamtbevölkerung) durch Geburtenüberschüsse ohne Nachzug 1990 die Millionen-Grenze erreichen.

Die restriktive Politik Baden-Württembergs gegenüber Asylanten – Sachleistungen statt Geld – habe sich sowohl im Lande als auch später bundesweit bewährt. 1980 gab es in Baden-Württemberg noch 23 000 Asylanten, 1983 betrug die Zahl der Direktzugänge weniger als ein Zehntel, nämlich 1554 Personen. Wenn diese Entwicklung anhalte, so Späth weiter, sei es durchaus möglich, daß das Sammellager Rastatt wegen der „berechtigten Kritik" an den dortigen Zuständen geschlossen werde. Am Prinzip der Sammellager werde jedoch weiterhin festgehalten, betonte Späth.

Der Ministerpräsident erklärte weiter, es gebe „kein anderes Bundesland, das 1984 mit einer solchen Stabilität angeht" wie Baden-Württemberg. Diesem Land sei vielfach bescheinigt worden, so hob Späth hervor, daß es über die „ausgewogenste und stabilste" Wirtschaftsstruktur verfüge. In den letzten zwölf Jahren sei die Zahl der Arbeitslosen bundesweit „nahezu doppelt so stark angestiegen" wie im Südwesten. Und dies, obwohl die Erwerbstätigenrate mit fünf Prozent Zuwachs „deutlich höher" sei als im Bundesdurchschnitt (3,1 Prozent).

Das *Ausfuhrvolumen des Landes* habe sich in den Jahren 1975 bis 1982 auf 72 Milliarden Mark verdoppelt. Die Exportquote des Landes sei da*mit von 20 auf 29 Prozent (Bund: 24* auf 27 Prozent) gestiegen. Der Anteil des Landes an der Bundesausfuhr betrage derzeit bereits 17 Prozent. Baden-Württemberg habe auch mit 26 700 Mark das höchste Bruttosozialprodukt sowie die höchsten Nettoausgaben für Bildung, Wissenschaft und Kultur (1257 Mark pro Einwohner) unter allen Flächenländern.

Und nicht zuletzt: mit 15 719 Mark Einkommen pro Kopf und Jahr liegt Baden-Württemberg bundesweit ebenfalls an erster Stelle, betonte Späth.

„Qualität blieb auf der Strecke"

WRK-Präsident besorgt über mangelnde Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

PETER PHILIPPS, Bonn

Der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Theodor Berchem, *hat in einer kleinen Ge*sprächsrunde in Bonn jetzt die Vorstellungen aufgegriffen, die Außenminister Hans-Dietrich Genscher vor wenigen Tagen über die Förderung von Elite-Universitäten in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt hat. Dabei räumte er ein, daß in den vergangenen Jahren der Quantitäts-Explosion auf dem Bildungssektor die Qualitäts-Explosion „auf der Strecke geblieben" sei.

Zweifellos, so Berchem, könne es sich eine Gesellschaft nicht leisten, „daß sie besonders schnelle Traber nicht fördert, sondern ihnen noch Ballast ans Bein bindet, damit sie gleichzeitig mit den anderen ans Ziel kommen". Jedes Land sei auf „besondere Leistungen" angewiesen. Aber der Rektoren-Präsident warnte auch davor, nun „privat gleichzusetzen mit Elite, gleich Spitzenforschung; und staatlich gleich Mittelmaß". Da müsse er die staatlichen Hochschulen in Schutz nehmen, und er wundere sich, daß sich dazu beispielsweise in ähnlicher Form die Max-Planck-Gesellschaft noch nicht zu Worte gemeldet habe. Die deutsche Forschung könne sich international durchaus sehen lassen.

Genscher habe mit seinen Vorschlägen offenbar private Elite-Universitäten wie Stanford in den USA im Auge gehabt. Aber er, Berchem, könne sich grundsätzlich nicht vorstellen, wer etwas Derartiges in der Bundesrepublik Deutschland über*haupt finanzieren solle*. Um die Größenordnung deutlich zu machen: Eine nur mittelgroße Hochschule wie die Universität Würzburg habe – ohne Baumaßnahmen – bereits einen Jahresetat von 350 Millionen Mark. Und außerdem ließen sich Elite-Einrichtungen nicht planen. Wenn, dann entwickelten sie sich.

Im übrigen solle die jetzige Bundesregierung lieber nicht so viel von Elite reden: „Wo bleibt denn die Graduiertenförderung, die man auch zur Elitebildung brauche?", fragte Berchem. Das, was jetzt an die Stelle der früheren Förderung gesetzt werde, sei jedenfalls eine „Mißgeburt". An seiner eigenen Universität in Würzburg könnten in Zukunft bei 12 Fakultäten nur noch 15 Stipendien pro Jahr vergeben werden. Früher habe man das zehnfache an Nachwuchswissenschaftlern fördern können. Und, dies allerdings nicht an eine bestimmte Adresse gesagt: „Wenn nur die, die auch selbst dazugehören, die Forderung nach der Elite in den Mund nehmen würden, dann wäre es sehr viel stiller im Land", sagte Berchem.

Er sprach von „desaströsen Zuständen an einzelnen *Hochschulen*", die sich aus der von den Ministerpräsidenten der Länder einstimmig beschlossenen Öffnung der Hochschulen ergeben hätten. Die Flächen im universitären Bereich seien auf der Grundlage der ursprünglichen Berechnungen heute bereits zu 130 bis 140 Prozent überlastet. Auf maximal 750 000 Studienplätzen drängelten sich inzwischen 1,3 Millionen Studenten, mit steigender Tendenz. Und *die „Überlastanforderungen"* der Hochschulen, mit denen die Situation zumindest etwas entschärft werden könnte, „schmoren seit mehr als *einem Jahr bei der Kultusminister*-Konferenz – bis heute sogar ohne Eingangsbestätigung". Seit dem Jahre 1977 sei die Zahl der Studienanfänger um 25 Prozent gestiegen, „die Lehrkörperzahlen aber um plus/minus null Prozent".

Berchem *nennt als besonders* schwierige Bereiche unter anderem die Fachbereiche Informatik, wo inzwischen eine „Überlast" von 150 Prozent erreicht und ein weiterer Anstieg auf 200 Prozent prognostiziert sei, und Rechtswissenschaften, wo man seit mehreren Jahren bereits mit 130 Prozent leben muß.

Doch trotz dieser drückenden Probleme wolle er versuchen, kündigte Berchem an, in der Westdeutschen Rektorenkonferenz sich künftig weniger vom politischen Tagesgeschäft bedrängen *zu lassen. Er wolle* in seiner Amtszeit versuchen, in diesem Gremium wieder „ein wenig mehr Geistigkeit aufleuchten zu lassen, fundamentale Fragen zu besprechen".

Papst wünscht „Dialog" in Polen

Ergebnisse der Unterredung Glemp–Jaruzelski kommen im Vatikan zur Sprache

DW. Warschau

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Volksrepublik Polen mit dem Vatikan schon in naher Zukunft wird nicht mehr ausgeschlossen. Der stellvertretende polnische Außenminister Jozef Wiejacz erklärte, es bestehe die Absicht „die Beziehungen in Zukunft zu modifizieren ... Darunter könnten wir uns die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen mit dem Heiligen Stuhl vorstellen". Die Erklärung wird in kirchlichen Kreisen als erstes Ergebnis der Gespräche zwischen Kardinal Glemp und dem polnischen Parteichef General Jaruzelski bewertet.

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Die bevorstehende Rom-Reise von *Kardinal Glemp steht offensichtlich* in einem engen Zusammenhang mit dem jüngsten Treffen Glemp–Jaruzelski. Verschiedene Anzeichen deu*ten auf den Wunsch der polnischen* Kirchenführung und damit auch des aus Polen stammenden Papstes nach einer Klimaverbesserung zwischen *Kirche und Staat hin. Es geht um die* Intensivierung des „innerpolnischen Dialogs".

Mit dem Blick auf dieses Ziel werden von vatikanischen Beobachtern sowohl eine Stellungnahme Glemps zur westlichen Nachrüstung als auch die Absage einer von Radio Vatikan vorgesehenen Sendung über den „Solidarität"-Führer Lech Walesa gesehen (WELT v. 11. 1.). Direkt angesprochen wird dieses Ziel in einer Untersuchung polnischer Intellektueller, die alle von Johannes Paul II. während seiner zweiten Polen-Reise gehaltenen Predigten und Ansprachen zum Gegenstand hat. Das Fazit dieser, wie es heißt, vom Papst gebilligten Untersuchung lautet, daß es zur Lösung der Probleme Polens nicht der Erneuerung der gesellschaftlichen Institutionen, sondern der *Erneuerung der Menschen und* der Bereitschaft zum Dialog bedürfe. Als erstes konkretes Ergebnis eines solchen Dialogs hat die Kirche nach der *in Vatikankreisen* vorherrschenden Ansicht die vom Jaruzelski-Regime für diesen Sommer in Aussicht gestellte gesetzliche Regelung für die Bildung eines *Landwirtschaftsfonds* auf genossenschaftlicher Basis im Auge, die seit längerem von katholischer Seite betrieben wird.

In Rom besteht der Eindruck, daß Vatikan und Ortskirche alles zu vermeiden suchen, was die Bildung dieses Fonds gefährden könnte. So riet beispielsweise der polnische Präsident der Päpstlichen Kommission für die sozialen Kommunikationsmittel und enge Papst-Vertraute, Bischof *Deskur, Radio Vatikan zur Abset*zung der Walesa-Sendung. Seine Begründung: Die Sendung könnte unter Umständen eher schädlich als nützlich sein. Und so bezog Glemp in einer Predigt zum Fest der heiligen drei Könige einseitig gegen die westliche Raketennachrüstung Stellung. Er verurteilte die Tatsache, daß sich „einige europäische Länder von alter christlicher Tradition mit todbringenden Raketen" ausgerüstet hätten. Die sowjetischen SS-20-Raketen erwähnte er dabei mit keinem Wort.

Glemps Äußerungen wurden von einigen Beobachtern als kirchliche Vorleistung für die erwartete Billigung des Landwirtschaftsfonds durch das Regime gedeutet. Andere sahen auch einen Hinweis dafür, daß es nach den monatelangen, den Papst-Besuch im Juni 1983 folgenden Polemiken wieder zu einem Modus vivendi gekommen sei. Der Zweck der Glemp-Erklärung ist nach Ansicht dieser Beobachter, diesen Kompromiß den Sowjets als Stabilisierungsfaktor glaubwürdig zu machen und damit indirekt die Stellung Jaruzelskis gegenüber Kritikern in der *eigenen Partei und in Moskau zu stär*ken – eingedenk der Meinung, daß für die Kirche im Augenblick kein besserer Dialogpartner verfügbar sei.

Wie aus Polen zu hören ist, wird dort der offenbar wieder in Gang kommende Dialog zwischen Staat und Kirche nicht nur von Teilen der *KP, sondern auch von der protestan*tischen Minderheit mit Mißtrauen verfolgt. Der Präsident des (protestantischen) Polnischen Ökumeni*schen Rats, Bischof Narzynski,* sprach kürzlich in einem Interview polemisch von „einer Art Bündnis von Thron und Altar" und von einem sowohl *ideellen als auch materiellen* Machtzuwachs der katholischen Kirche, die „niemals in Opposition gehen" werde.

Bei aller, besonders auch vom Papst geäußerten Kritik, mit der immer wieder die Achtung der Menschenrechte, *darunter des Rechtes* auf Bildung freier Gewerkschaften, eingeklagt wird, ist die katholische Kirche in Polen selbst nach dem Verbot der „Solidarität" nie *auf offenen* Konfrontationskurs zum Regime gegangen. Das macht auch die von Professor Kukolowicz geleitete Untersuchung der päpstlichen Predigten und Ansprachen deutlich. Als Kernfrage für die Zukunft Polens wird darin die Wiederherstellung des Vertrauens hingestellt, die Einbeziehung aller sozialen Gruppen in den nationalen Erneuerungsprozeß: der Bauern, der Arbeiter und der Intelligenzia, „zwischen denen es keine Interessenkonflikte gibt und geben darf". Die zielgerichteten präzisen päpstlichen Appelle zur Erneuerung des Staates von innen heraus schlossen auch Aufforderungen zur Übernahme individueller Verantwortung für den Staat, für das Vaterland und für die Hauptzweige der nationalen Wirtschaft ein.

Belgrad weist die Staatspolizei zurecht

Innenminister Dolanc: Zuständig für Spionageabwehr, nicht für politische Aufgaben

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Der jugoslawische Innenminister Stane Dolanc hat die Rolle und Aufgaben des Staatssicherheitsdienstes und der Geheimpolizei seines Landes in einer Grundsatzrede neu definiert. Vor der „Fakultät für Sicherheit und gesellschaftlichen Selbstschutz" – einer höheren Ausbildungsstätte für Sicherheitsfunktionäre in der mazedonischen Landeshauptstadt Skopje – erklärte Dolanc, die Staatssicherheitsorgane in Jugoslawien sollten in Zukunft nicht mehr zum Kampf gegen „oppositionelle Haltungen und Ideen" eingesetzt werden. Die Auseinandersetzung mit Dissidenten, so sagte Dolanc, gehöre nicht in die Kompetenzen der Polizei, sondern solle von den gesellschaftlichen Organisationen, der Arbeiterselbstverwaltung und der Kommunistischen Partei geführt werden.

Der jugoslawische Staatssicherheitsdienst sei keine politische Polizei. Er habe sich aber bisher in mancher Hinsicht so benommen. Die Staatssicherheit habe in Jugoslawien gewisse Funktionen erfüllt, die in einem „entwickelten sozialistischen System der Selbstverwaltung" nicht *von der Polizei, sondern von gesell*schaftlichen Organisationen und Instanzen wahrgenommen werden müßten. Seine Kräfte und Mittel solle der Staatssicherheitsdienst in Zukunft auf die Spionageabwehr und auf andere Aufgaben im Zusammenhang mit dem Schutz der Gesellschaft konzentrieren, forderte der Minister. Das sei Sinn und Zweck dieser Organisation.

„Weil vom Staatssicherheitsdienst oft verlangt wurde, die Aufgaben einer politischen Polizei zu erfüllen, geriet er in die Lage, sich in Angelegenheiten einzumischen, die nicht zu seinem Aufgabenbereich gehören", sagte Dolanc wörtlich. Damit hätte der Staatssicherheitsdienst „objektiv" die Entwicklung der sozialistischen Selbstverwaltungs-Demokratie gehemmt.

Der Innenminister kritisierte aber nicht nur die Staatspolizei, deren oberster Chef er ist, sondern auch die Kommunistische Partei und ihre Unterorganisationen. Die gesellschaftlich-politischen Kräfte hätten in Jugoslawien nicht jenen Platz ausgefüllt, der ihnen zukomme. Statt dessen hätten sie gewisse Bereiche der Polizei überlassen. Dolanc führte dann als Beispiel an, wie vor einiger Zeit der „Bund der sozialistischen Jugend Jugoslawiens" – also die Jugendorganisation der Partei – an das Innenministerium mit der Forderung herangetreten sei, man möge einen Bericht über sämtliche „nationalistischen, politischen und anderen Ausschreitungen" vorlegen, die bei *Sportveranstaltungen vorgekommen* seien: „Die haben sich daran gewöhnt, solche Analysen von der Polizei zu bestellen", berichtete Dolanc, „aber es handelt sich um völlig legale, offene Sportveranstaltungen, an denen 95 Prozent der Jugendlichen entweder als Wettkämpfer oder als Zuschauer teilnehmen. Wie kommt die Polizei dazu, Meldungen darüber abfassen zu müssen, wer dort was gerufen hat?" Ohnehin seien dort viele Mitglieder des kommunistischen Jugendverbandes anwesend.

Dolanc forderte außerdem eine Überprüfung der sogenannten „verbalen Delikte". Auf Grund bisheriger Gesetzesbestimmungen sind Hunderte, ja sogar Tausende von Personen ins Gefängnis gekommen, weil sie politische Witze erzählten, „nationalistische" Lieder sangen oder sich despektierlich über Tito und andere Parteiführer geäußert hatten.

Scharfe Angriffe richtete Dolanc gegen gewisse frühere Chefs und Unterführer der jugoslawischen Geheimpolizei. „Ein Teil der Angehörigen der Staatssicherheit ist zu Opfern jener Personen geworden, die den Dienst geführt haben und die versuchten, die Kader und die Mittel des Dienstes für ihre eigenen Zwecke auszunutzen. Ihr Ziel war es, den Lauf der Geschichte aufzuhalten und die Stärkung der Gleichberechtigung der Völker und Volksgruppen der Republiken und Provinzen zu verhindern. Dieser Satz ist eine deutliche Anspielung auf gewisse „großserbische" Ideen des früheren Sicherheitschefs und Tito-Vertrauten Rankovic.

Trotz der Fehler, die begangen wurden, so schloß Dolanc, bekenne sich die Bevölkerung zum gegenwärtigen System. Die größte und einzige Gefahr, die diesem System drohe, sei aber – *so Dolanc – der Konflikt* bzw. Zusammenstoß mit der eigenen Arbeiterklasse.

FDP kritisiert Zimmermanns Film-Richtlinien

hey. Bonn

Zwischen den Freien Demokraten und Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) *zeichnet sich* ein neuer Konflikt ab. In einer offiziellen FDP-Mitteilung lehnte gestern der stellvertretende Parteivorsitzende und Zimmermann-Vorgänger Gerhart Rudolf Baum den vom Innenminister vorgelegten Entwurf neuer Richtlinien für die kulturelle Filmförderung des Bundes ausdrücklich ab.

Die FDP erwartet nach den Worten von Baum, daß Zimmermann die neuen Richtlinien nicht wie geplant schon zum 1. Februar in Kraft setzt. Denn einerseits sei eine Koalitionsvereinbarung „über eine so weit*reichende Maßnahme*" nicht *getrof*fen worden. Andererseits solle die Bundesregierung vorher die von der Koalition am 7. Dezember eingebrachte große Anfrage zur Kulturförderungspolitik beantworten, in der sich ein eigenes Kapitel mit der Filmförderung befasse.

Sollte Zimmermann dennoch an seinem Vorhaben festhalten, würde sich die FDP im Haushaltsausschuß des Bundestags für eine Sperrung der Mittel einsetzen.

Gleichzeitig stellte Baum, der auch kulturpolitischer Sprecher seiner Fraktion ist, in Aussicht, daß sich die Freien Demokraten „sinnvoll begründeten Änderungen der Richtlinien" nicht verschließen würden.

Brand an Pipeline Sibirien–Westeuropa

AP/dpa, Moskau

An der Erdgas-Pipeline von Sibirien nach Westeuropa soll am 15. Dezember 1983 ein Brand ausgebrochen sein, der wichtige Kontroll- und Steuerungsanlagen auf der Pumpstation Urengoi zerstört habe. Eine entsprechende Meldung der „Washington Post" wurde gestern von einem westlichen Geschäftsmann in Moskau bestätigt.

Seiner Meinung nach werde der Bau der Pipeline nicht vor Ende 1985, ein Jahr nach der geplanten endgültigen Fertigstellung, beendet sein. Die Sowjetunion meldete am 1. Januar den Beginn der Gaslieferung nach Frankreich, doch vermuten westliche Experten, das Erdgas sei durch andere innersowjetische Pipelines gepumpt worden.

Der sowjetische Minister für Gasindustrie, Dinkow, bezeichnete westliche Berichte, wonach die Pipeline außer Betrieb sei, als unzutreffend. Er gab jedoch zu, daß an einer Pumpstation in Urengoi „kürzlich" ein Brand ausgebrochen und ein Teil der Ausrüstung zerstört worden sei. Nach Angaben von Diplomaten kam bei einem Brand auf einem Erdölfeld in Sibirien im Oktober ein britischer Ingenieur ums Leben.

Post: Nachtleerung deckt Kosten nicht

Rei. Bonn

Ein drastisches Mißverhältnis von Kosten und Nutzen ist nach Angaben *von Bundespostminister Christian* Schwarz-Schilling (CDU) dafür verantwortlich, daß die Nachtleerung von Briefkästen innerhalb des nächsten *halben Jahres eingestellt wird*. Der Minister erklärte, nur 300 000 von insgesamt 42 Millionen Briefen pro Tag entfielen auf die Nachtleerung, die 22 *Millionen Mark pro Jahr verschlinge*. Bei kostendeckenden Preisen müßte der Brief statt 80 Pfennig dann 3,20 Mark kosten.

*Die geplante Erhöhung der Gebüh*ren für Gespräche aus Telefonzellen von zwei auf drei Groschen bezeichnete Schwarz-Schilling als Teil eines *Gebühren-Pakets*, das insgesamt zur Senkung der Telefongebühren um bis zu hundert Millionen Mark führen soll.

Zahlen über Swapo-Verbrechen

ms. Bonn

Die in Namibia operierende prokommunistische Guerilla-Organisation Swapo hat in zurückliegenden Jahren eine Vielzahl von Verbrechen begangen, deren Ausmaß im Westen nur wenig bekannt ist. Politisch Verantwortlichen in Bonn sind jetzt aus zuverlässigen Quellen Zahlen darüber bekanntgeworden. Sie dürften die politische Haltung gegenüber der Swapo und deren Aktivitäten im ehemaligen Deutsch-Südwestafrika beeinflussen.

Danach sind seit 1979 bis zum September 1983 insgesamt 366 Zivilpersonen von der Swapo ermordet worden. Weitere 303 Zivilisten sind diesen Angaben zufolge bei Anschlägen, die auf das Konto der Swapo gehen, getötet worden. Außerdem seien 1300 Menschen entführt worden.

Die Haltung Bonns gegenüber der Swapo ist ein latenter Streitpunkt zwischen *dem CSU-Vorsitzenden* Franz Josef Strauß und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP). Strauß kritisiert, daß der Minister Repräsentanten der Swapo in Bonn empfangen hat, weil darin eine Aufwertung zu sehen sei.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Immer mehr Chinesen studieren in den USA

Hochschulen und Industrie fördern Austauschprogramme

HANS STÜCK, New York

Der Washington-Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang lenkt die Aufmerksamkeit der Amerikaner auch auf die ständig wachsende Zahl chinesischer Fachleute, Studenten und Gastprofessoren in den USA. Sie erwerben dort das Know-how, das für die Entwicklung des Landes erforderlich ist; sie wollen die Versäumnisse, die durch die Kulturrevolution entstanden, aufholen, und sie wollen dem von Deng Xiaoping, „dem starken Mann" Chinas, abgesteckten ehrgeizigen Modernisierungsprogramm (Landwirtschaft, Industrie, Wissenschaft, Militärwesen) Rechnung tragen.

Nach Schätzungen arbeiten und studieren gegenwärtig zehn- bis 14 000 Chinesen der Volksrepublik in den USA, ein Trend, der von Behörden und Bildungseinrichtungen beider Länder nach Kräften gefördert wird. Die meisten chinesischen Gäste sind zwischen 30 und 40 Jahre alt; viele waren Opfer der Kulturrevolution. Durchschnittlich bleiben sie ein bis zwei Jahre in den USA.

„Fast jede größere Universität in den USA hat inzwischen ein Austauschprogramm mit einer Hochschule in China", stellte dazu Robert Armstrong, Direktor der New Yorker Henry-Luce-Stiftung, fest, die sich die Betreuung chinesischer Gäste besonders angelegen sein läßt. Es gibt außerdem zahlreiche regionale Programme, die den mittlerweile engen Beziehungen zwischen einzelnen amerikanischen Bundesstaaten und chinesischen Provinzen Rechnung trägt.

So ist beispielsweise Ohio Schwesterstaat der chinesischen Provinz Hupeh; daraus hat sich ein reges Austauschprogramm zwischen der Universität von Ohio und der Wuhan-Universität entwickelt. Ähnliches gilt für Michigan und die chinesische Provinz Szechuan, in der Premier Zhao Ziyang früher einen hohen Verwaltungsposten innehatte.

Zu den lerneifrigen Chinesen in den USA gehören nicht nur junge Leute wie der *Hafenverwalter* Li Xiao, der sein Fachwissen im Seerecht an der Harvard-Universität vertieft, sondern auch so gestandene Fachleute wie beispielsweise der 64jährige Agronom Guang Sen, der an der renommierten kalifornischen Stanford-Universität Methoden der Lebensmittelproduktion in Entwicklungsländern studiert. Oder der 53jährige Professor Zhu Peiching, der in Washington seine Kenntnisse über den Ost-West-Handel erweitert.

Auch die amerikanische Industrie unterstützt tatkräftig die Ausbildung der Chinesen. Als ein Beispiel sei ein Traktorenwerk in Illinois oder ein Autohersteller in Ohio erwähnt. In der texanischen Ölmetropole Houston mußte wegen des starken chinesischen Zuzugs ein Konsulat der Volksrepublik eingerichtet werden.

Die meisten Amerikaner sind vom Fleiß und der Wißbegierde ihrer chinesischen Gäste sehr beeindruckt. „Der Eifer, *mit dem sie an das Studium* herangehen, ist einzigartig", meint John Bullitt, Teilhaber einer New Yorker Anwaltfirma, die Seminare für chinesische Juristen abhält. „Sie haben wilde Zeiten hinter sich und sind entschlossen, den dadurch erlittenen Rückstand aufzuholen. Ihr Ehrgeiz ist nicht nur persönlicher Natur."

In Großstädten wie New York, San Francisco und Boston wohnen die chinesischen Gäste meist unter Landsleuten in den etablierten Chinesenvierteln. Kamen die Einwanderer früher aus den südchinesischen Provinzen, so kommen sie heute immer mehr aus dem Norden. An Zeitungskiosken liegen auch nicht mehr nur die Emigrantenzeitungen Taiwans aus. (SAD)

Hussein will jetzt die Schwäche Arafats nutzen

Fassade und Wirklichkeit der Beziehungen Amman-PLO

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Im Vorderen Orient sind Worte, um ein Gesetz aus Orwells „Animal-Farm" *zu paraphrasieren, noch zoll*freier als anderswo. Die Eintracht, die Jordaniens König Hussein mit Arafat und der PLO neuerdings plakatiert, ist deshalb eher vor dem Hintergrund der Tatsachen zu bewerten, die die Beziehungen des haschemitischen Königshauses zur PLO seit 1974 wirklich bestimmen.

Der Schwarze September 1970 bleibt unvergessen. Damals erstickten die Beduinenkrieger des Königs die *Revolution der PLO in* palästinensischem Blut. Arafat und seine Partisanen wurden aus Jordanien vertrieben. Die Erinnerung an diese bürgerkriegsähnlichen Tage wird in Amman von Zeit zu Zeit belebt, als Warnung an die PLO, es nicht noch einmal zu versuchen. Seit diesen Tagen schmachten immer noch PLO-Angehörige in jordanischen Gefängnissen, ist es verboten, PLO-Uniformen zu tragen, PLO-Abzeichen anzustecken, PLO-Poster zu verkleben. Seither ist es PLO-Mitgliedern auch untersagt, Waffen zu besitzen und Versammlungen und Kundgebungen im Namen der PLO abzuhalten. PLO-Mitglieder werden überwacht, ihre Telefone abgehört. Bisweilen finden sie sich sogar für einige Tage in Untersuchungshaft wieder. Jede PLO-Tätigkeit in den *Flüchtlingslagern*, die rund 200 000 der etwa 1,3 Millionen Palästinenser in Jordanien beherbergen, ist streng verboten. Ein *Wehrgesetz aus dem* Jahre 1976, das am 24. April vorigen Jahres bekräftigt wurde, ermöglicht es, alle Inhaber jordanischer Pässe, mithin die meisten in Betracht kommenden palästinensischen Einwohner von Judäa und Samaria zwangsweise in die jordanische Armee einzuziehen. Das erleichtert die Überwachung und die Zerschlagung möglicher regierungsfeindlicher Zirkel.

Diese Gesetze und Anordnungen gelten nach wie vor. Sie prägen die Wirklichkeit der Beziehungen zwischen Hussein und Arafat.

Im Herbst 1982 empfing der König *jeden einzelnen* der PLO-Kämpfer aus Beirut am Flughafen in Amman mit einem Bruderkuß. Die Kameras der arabischen Welt surrten, die Fotoapparate *klickten*. Kein Bild durfte jedoch geschossen werden, als die PLO-Kämpfer Minuten später ihre persönlichen Waffen den Beduinenkriegern übergaben. Die Waffen wurden konfisziert. Auch das Ansinnen Arafats, die Zentrale der palästinensischen Nachrichtenagentur Wafa und andere Medienzentren nach Amman verlegen zu dürfen, beschied der König abschlägig. Statt dessen ließ er als Trostpflaster eine jordanische Briefmarkenserie über die Massaker in Sabra und Shatila anfertigen. Auch die großzügige Geste der Begnadigung von 700 seit dem Schwarzen September inhaftierten PLO-Angehörigen erwies sich als propagandistischer Bluff. Arafats Stellvertreter Abu Ijad enthüllte, daß die meisten der Begnadigten seit 1970 flüchtig und im Ausland wohnhaft seien.

Auch über das auf der arabischen Gipfelkonferenz in Rabat (Oktober 1974) einstimmig der PLO aufgetragene *Mandat*, allein die Palästinenser zu vertreten, kursieren arabische Legenden der Eintracht. Erst nach intensiven Privatverhandlungen zwischen Hussein, Arafat, Sadat, Assad, Hassan II. von Marokko und dem damaligen Saudi-König Feisal sowie Algeriens Staatschef Boumedienne, war es gelungen, Hussein zur Zustimmung zu bewegen. Das tat der jordanische König aber erst, nachdem ihm ausdrücklich versichert worden war, die in Jordanien lebenden Palästinenser würden nicht der Herrschaft der PLO unterstellt. Sadat erklärte sogar in einem persönlichen Statement, das Mandat für die PLO gelte nur für die *Palästinenser außerhalb* der von Israel besetzten Gebiete des Westjordanlandes und des Gaza-Streifens.

Dieses Statement wurde später vom ägyptischen Außenminister Ismail Fahmi wegen der Proteste in der arabischen Welt korrigierend interpretiert. Das änderte jedoch nicht die ägyptische Politik. Diese besteht heute ebenso wie damals darin, das Palästinenserproblem gebietsweise zu lösen – unerklärtermaßen natürlich, denn an dem schillernden Begriff der arabischen Nation, zu der die Palästinenser gehören, kann kein arabischer Führer in der Öffentlichkeit Abstriche machen.

In Kairo und Amman sieht man heute wieder Wege, das Palästinenserproblem einer Lösung näherzubringen. Arafats politische Dimension ist erheblich geschrumpft. Er repräsentiert nach seinem doppelten Exodus aus Beirut und Tripoli, wenn *überhaupt, nur noch einen Teil der* PLO. Elf der 15 Vorstandsmitglieder der PLO haben Büros und Wohnungen in Damaskus. Arafat ist es noch nicht gelungen, die geplante Sitzung dieses Gremiums in Tunis zustande zu bringen. Selbst in seiner Hausmacht, der Fatah, der größten Unterorganisation in der PLO, ist der PLO-Führer umstritten. Denn in der Auseinandersetzung mit Damaskus ist die wirkliche Machtbasis Arafats, die militärische Option, verlorengegangen.

Husseins Initiative, tatkräftig unterstützt vor allem von Kairo, zielt nun darauf ab, das Mandat für die Palästinenser im Westjordanland und im Gaza-Streifen zurückzuerlangen. Für ihn sind Palästina und Jordanien identisch. Zu Bundeskanzler Kohl soll Hussein zum Thema Arafat während des Kanzler-Besuchs im Herbst vergangenen Jahres in Amman *gesagt haben: „Es ist aus mit ihm."* Nun sieht er die Chance, aus der Konkursmasse der Arafat-PLO seinen Teil einzustreichen. Arafat *selbst* kann sich dem kaum widersetzen. Ohne militärische Operationsmöglichkeit kann er nur noch auf politischem Wege versuchen, das Mandat von 1974 gemeinsam mit Hussein zu vertreten. In diese Richtung drängen Amman und Kairo, darauf arbeiten aber auch Paris, London und wie man hört, möglicherweise auch Bonn hin.

Wille zur Partnerschaft verdrängt die Taiwan-Frage

Von TH. KIELINGER

Die Volksrepublik China und die Vereinigten Staaten haben sich in den letzten Monaten eines höchst intensiven diplomatischen Austausches befleißigt. Beide Seiten scheinen ungeduldig geworden zu sein über den schleppenden Fortgang dessen, was 1972, zur Zeit des Shanghai-Kommuniqués, als neue Ära großer bilateraler Entfaltung zwischen den Großreichen USA und China gefeiert worden war.

Premierminister Zhao Ziyang gab eine erstaunlich kritische Bilanz der zurückliegenden Jahre, als er bei einem Empfang vor dem Weißen Haus sagte: „Man sollte nicht übersehen, daß das Wachstum der chinesisch-amerikanischen Beziehungen weit unter der Ebene geblieben ist, die es hätte erreichen sollen. Es ist im Laufe der Entwicklung zwischen uns auf und ab gegangen, und noch immer bestehen Schwierigkeiten und Hindernisse."

Damit spielte er auf die noch ungelöste Taiwan-Frage an. Peking wird sich nie mit den fortdauernden *separaten Beziehungen Washingtons zu* Taipeh abfinden, auch wenn diese seit 1979 keinen „offiziellen" Charakter mehr besitzen.

Washington und Peking einigten sich am 17. August 1982 auf die passende Sprache, die die heikle Frage entschärfen sollte: Die Amerikaner versprachen, ihre Waffenlieferungen an Taipeh allmählich zurückzuschrauben, China versprach, sich um *friedliche Wiedervereinigung der Insel* mit dem Festland zu bemühen.

Trotz dieses Kompromisses blieb das chinesische Mißtrauen gegenüber der Reagan-Administration bestehen. Der Präsident hatte allzulange gegenüber Taiwan eine Sprache gepflegt, die Taipeh fast zu einem „zweiten China" aufzuwerten schien. Dieser Verdacht Chinas vertiefte sich im Herbst, als der Kongreß eine Resolution zur Selbstbestimmung Taiwans verabschiedete, in der die Insel als „Republik China" bezeichnet wird – Worte, die in Peking fast zur Absetzung von Zhaos geplantem Besuch in Washington geführt hätten.

Länger als ihre Vorgänger hat die Reagan-Administration gebraucht, die amerikanische China-Politik seit 1971, das Konzept des „einen China", fortzusetzen. Peking selber reagierte darauf schon 1981 mit einer grundlegenden Neuorientierung seiner Au*ßenpolitik, die entschieden in das* Feld der blockfreien Staaten eingebettet wurde.

Seitdem ist in beiden Hauptstädten nicht mehr die *Rede* von „strategischer Kooperation" – ein geopolitischer Pas-de-deux, der noch vor vier Jahren die Phantasie von Jimmy Carters *Sicherheitsberater Zbigniew* Brzezinski beflügelte. Heute formuliert es ein höherer US-Beamter nüchterner: „Wir widmen uns jetzt mehr der Entwicklung unserer bilateralen Beziehungen als den geopolitischen Aspekten. Wenn wir etwa von *unseren gemeinsamen* Sorgen über das sowjetische Vorgehen sprechen, heben wir dies nicht ausdrücklich hervor. Wir sehen in China einen *Führer der Dritten Welt*, der die Unabhängigkeit seiner Außenpolitik über alles stellt. China ist nicht unser Verbündeter, und wir sind mit China *nicht in einem Bündnis*."

Die sorgfältigen Worte untertreiben etwas. Natürlich besteht eine geopolitische Interessengemeinschaft zwischen Chinesen und Amerikanern gegenüber sowjetischer militärischer Bedrohung. Aber beide Seiten gehen von der Erkenntnis aus,

ANALYSE

daß Großmächte sich gegenseitig nicht als Spielkarten im Poker mit einer anderen Macht behandeln, sondern ihr Verhältnis nach langfristigen Erwägungen einrichten, die aus sich heraus gültig sein müssen. Nicht Komplizenschaft gegenüber Moskau kann und soll die chinesisch-amerikanischen Beziehungen ausmachen, sondern wohl erwogener Interessenausgleich, der dann auch gemeinsame Gegnerschaft zu Moskaus Expansionismus (Beispiel: *Afghanistan*) beinhaltet.

Über den Ausbau der militärischen Präsenz Moskaus in Ostasien liegen *beunruhigende Daten vor*, die während Zhaos Besuch in Washington eingehend analysiert wurden. Das be*trifft nicht nur die auf Asien gerichteten* 126 SS-20-Raketen, sondern vor allem auch die Steigerung im konventionellen Bereich: Massierung von Panzern, *Flottenverbänden* und neuen Infanteriedivisionen (so vor allem auf den Japan entrissenen Kurilen-Inseln).

Ihren chinesischen Gästen gegenüber bekräftigten die Amerikaner zwar das Bekenntnis zur Abrüstung, aber als „beste Basis für erfolgreiche *Abrüstung*" wurde die „Pflege der eigenen militärischen Stärke" bezeichnet. Solchen Erläuterungen hatte Zhao Ziyang nichts hinzuzufügen. *Es ist genau die Position, die China* von den USA seit langem gefordert hat und die es an der Reagan-Regierung am meisten zu schätzen weiß.

*Aber China muß seine eigene Mo*dernisierung vorantreiben, will es außer Land- und Volksmasse politisches Gewicht in die Schale werfen. Es ist als Großmacht noch keine Realität. Deng Xiaoping, der „starke Mann" Chinas, und seine Gesinnungsgenossen – darunter vor allem Zhao – wissen das. Sie brauchen Amerika als Motor der wirtschaftlichen Entfaltung. Eile tut not, nicht zuletzt wegen möglicher fortschrittshemmender Faktoren.

So sorgen sich amerikanische Kenner über die gegenwärtige antiwestlich inspirierte Kampagne gegen „geistige Verschmutzung". Jede An*deutung einer neuen Kulturrevolu*tion kann nur abschreckend wirken auf potentielle amerikanische Investoren und das Klima gegenseitigen Vertrauens.

Doch in beiden Hauptstädten ist der Wille voranzukommen jetzt deutlich ausgeprägt. Davon zeugt allein schon die beeindruckende Zahl bilateraler Spitzengespräche.

Bis zum Besuch Präsident Reagans im April dürften Verträge unter Dach und Fach sein, die auch unruhige künftige Entwicklungen im Reich der Mitte überstehen könnten. Am wichtigsten wäre eine Einigung über die Lieferung amerikanischer atomarer Technologie an Peking. Das Steuer- und Investitionsabkommen, das Wirtschaftsminister Regan auf seiner März-Reise bis zur Unterschriftsreife vorantreiben möchte, wird dem Handel Auftrieb geben. Der Warenaustauch ist nach seinem Höhepunkt des Jahres 1981 in Höhe von 5,3 Milliarden Dollar zurückgegangen. Beide Seiten können also von beschleunigter Formalisierung ihrer Handelsbeziehungen nur profitieren. Das wird auch auf den Sektor Verteidigung übergreifen: Das Pentagon will den Verkauf leichter Waffenausrüstung und Munition freigeben.

China gilt seit vergangenem Juni in der Sprache der Export-Kontrolleure nicht mehr als kommunistisches Land, sondern als „freundlicher, blockfreier Staat". Das macht zwar noch kein Bündnis, kann aber die *Entwicklung zu einer Partnerschaft* einleiten.

US-Senatoren warnen vor Truppenabzug aus Libanon

Vorschlag an Reagan: Militärhilfe verstärken

TH. KIELINGER **Washington**

„Verheerende Folgen" für den amerikanischen Einfluß im gesamten Nahen Osten sehen zwei US-Senatoren voraus, falls Präsident Reagan sich entschließen sollte, die amerikanischen Friedenstruppen aus Beirut abzuziehen, ohne daß irgendein diplomatischer Fortschritt erzielt worden wäre. Die republikanischen Senatoren John Tower (Texas) und John Warner (Virginia), heimgekehrt von einer siebentägigen Erkundungsreise durch *fünf* nahöstliche Staaten, warnen in ihrer gemeinsamen Erklärung:

„Führende Politiker im Nahen Osten sind der Auffassung, daß Syriens *Position in der Region* durch einen überhasteten Abzug der Marines beträchtlich aufgewertet würde, da Damaskus sagen könnte, es habe erfolgreich den Vereinigten Staaten Paroli geboten. Gleichzeitig würden gemäßigte arabische Staaten, die den USA freundlich gesonnen sind, geschwächt."

Tower und Warner trafen auf ihrer Reise mit den Regierungsspitzen in Libanon, Israel, Jordanien, Ägypten und Syrien zusammen. Ihre Eindrücke aus diesen Unterhaltungen trugen sie in einem halbstündigen Treffen auch im Weißen Haus vor. „Wir vertraten gegenüber dem Präsidenten die Meinung, daß man mit Syrien von einer Position diplomatischer Stärke aus umgehen muß, um Frieden in der Region zu erzielen", gab Senator Warner nach der Unterredung mit Reagan vor der Presse an.

Gefahr von Gesichtsverlust im Nahen Osten

Tower fügte hinzu: „Es ist entscheidend, daß die Supermacht des Westens sich nicht die Blöße gibt, von den Syrern und – indirekt – der Sowjetunion besiegt worden zu sein."

Beide Männer sprachen sich ausdrücklich gegen eine zeitliche Limitierung der Stationierung der amerikanischen Marine-Soldaten in Libanon aus. Der Eindruck in der Region müsse der gleiche sein, „ob die Amerikaner sich sofort oder erst nach sechs Monaten zurückziehen", sagten die Senatoren. Statt Rückzug empfahlen Warner und Tower verstärkte wirtschaftliche und militärische Hilfe für die Regierung in Libanon.

Zweifellos wird dieser Bericht der heimgekehrten Senatoren neue Diskussionen entfachen über den Einsatz des amerikanischen Militärs in Libanon. Eine Mehrheit der Amerikaner – darin bestärkt durch die Zweifel in den höchsten militärischen Kreisen – betrachtet die Dislozierung amerikanischer Truppen in Libanon mit wachsender Skepsis, wenn nicht gar Ablehnung.

Vergleich mit der Geiselaffäre in Iran

Es gilt als nahezu ausgemacht, daß Präsident Reagan vor der Wahl am 6. November die amerikanischen Marineinfanteristen wird zurückziehen müssen. Schon melden sich Stimmen, die die Libanon-Krise mit der Geisel-Affäre in Iran vor vier Jahren vergleichen, die Jimmy Carter wahrscheinlich die Wiederwahl gekostet hat. Auch heute spricht man in den USA bereits von den Marines als den „Geiseln der libanesischen politischen Situation". Auf jeden Fall gilt Libanon als außenpolitische Hypothek der Reagan-Regierung.

Hoffnungen, daß es dem libanesischen Präsidenten Gemayel gelingen würde, in Kürze eine neue Einigung der streitenden Parteien in seinem Land herbeizuführen, scheinen sich in diesen Tagen wieder zu zerschlagen. Damit besteht bis auf weiteres keine Aussicht auf Ausdünnung, geschweige denn Heimkehr der amerikanischen Friedenstruppe.

Präsident Reagan ist dem Argument der beiden republikanischen Senatoren gegenüber zwar sehr aufgeschlossen; er sieht ebenfalls große Gefahren für die amerikanische Diplomatie, sollte die militärische US-Präsenz unverrichteter Dinge einfach abgebaut werden. Aber er muß sich ebenfalls Sorgen um die politische Wirkung im eigenen Lande machen, wo die Überzeugung allmählich abhanden kommt, amerikanische Marines könnten irgend etwas erreichen, wenn politische Lösungen nicht näherrücken.

Rogers weist die Vorwürfe Apels zurück

Fortsetzung von Seite 1

Posten bei SHAPE geschickt worden sei, obwohl er nicht über ausreichende Erfahrungen auf diesem schwierigen Feld verfügt habe. Apels Verantwortung für diese Entscheidung müsse von dem ehemaligen Leiter der Personalabteilung der Bundeswehr, *Ministerialdirektor* Heinz Schäfgen, und von Generalleutnant Hans Kubis, damals Schäfgens Stellvertreter, mitgetragen werden. Kubis ist inzwischen zum Chef der Personalabteilung aufgestiegen. (SAD)

rmc. **Bonn**

Ende der siebziger Jahre wurde vom damaligen Verteidigungsminister Georg Leber (SPD) die Ansicht vertreten, die Bundeswehr sei im Verhältnis zu ihrer Stärke und zur Kampfkraft, die sie im Vergleich zu anderen Bündnisarmeen stelle, zu wenig in den Kommandobehörden der NATO mit führenden Offizieren vertreten. Zur Untermauerung seiner Kritik legte Leber auf einer Wintertagung der Allianz in Brüssel seinen Ministerkollegen eine Aufstellung vor, in der die Mannschaftsstärken der für Europas Verteidigung vorgesehenen Militärverbände der jeweiligen Länder verglichen wurden mit den Personalstellen der Nationen in den integrierten Kommandos der oberen und obersten Militärhierarchie. Diese Tabelle beeindruckte die Verteidigungsminister dermaßen, daß sie Bonn einen weiteren hohen Posten bewilligten.

Bereits damals wurde diskutiert, welche *Stelle bei SHAPE für einen* deutschen hohen Offizier freigemacht werden soll. Bonn interessierte sich für den Posten des Chefs des Stabes, der immer mit einem Amerikaner besetzt ist. Der Wunsch der Deutschen ließ sich seinerzeit nicht kurzfristig realisieren. Deshalb verfiel man auf den Ausweg, dem europäischen NATO-Oberbefehlshaber, der immer ein US-General ist, einen zweiten Stellvertreter beizugesellen. Der andere Stellvertreter ist ein Brite.

Bonns erster Mann auf diesem Po*sten wurde 1978 der General* Gerd Schmückle. Ihm folgte 1980 der Admiral Günter Luther, später, 1982, General Kießling. Das Interesse der Bundeswehr an dem Posten des Chefs des Stabes bei SHAPE ist damit freilich nicht erloschen.

Kripo-Berichte über Kießling

Wörner gab im Kabinett Darstellung der Affäre um den General

MANFRED SCHELL, **Bonn**

Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) hat sich bei seiner Entscheidung, den Viersternegeneral Günter Kießling in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen, nicht nur auf Berichte des Militärischen Abschirmdienstes (MAD), sondern auch auf Erkenntnisse der Kriminalpolizei gestützt. Es handelt sich dabei um Informationen über den angeblichen Besuch von General Kießling in Homosexuellen-Lokalen in Nordrhein-Westfalen und in Berlin.

Dies wurde gestern aus Regierungskreisen bekannt, nachdem Wörner im Bundeskabinett einen „Sachstandsbericht" zu der Affäre Kießling gegeben hatte. Wie verlautete, sollen die Kriminalbeamten auch als Zeugen zur Verfügung stehen. Wörner, der dem Wunsch des Kabinetts nachkam, Fakten zu erfahren, sagte, bei dieser Ausgangslage sei ihm keine andere Wahl geblieben, *Kießling zu* entlassen. Der General habe sich nach seiner Einschätzung keines Dienstvergehens schuldig gemacht, aber er sei in dieser Position nicht mehr tragbar gewesen. Nachdem sich der Verdacht gegen Kießling erhärtet habe, sei er, Wörner, gezwungen gewesen, *zu handeln*.

Hinter den Kulissen in Bonn hieß es, Kießling sei durch den von der Polizei und dem MAD berichteten Besuch von einschlägigen Lokalen erpreßbar geworden, zumal er, auch gegenüber der Führung des Ministeriums, schon zu einem früheren Zeitpunkt bestritten habe, homosexuelle Neigungen zu haben.

Teilnehmer der gestrigen Kabinettssitzung hatten den Eindruck, Wörner bewege sich bei seiner Entscheidung „auf sicherem Boden". Nach einem hinreichenden Anfangsverdacht haben sich offenkundig Kri*minalbeamte* in der Homosexuellenszene umgesehen und, speziell auf Kießling bezogen, Berichte geliefert. Der General selbst hat bisher energisch bestritten, solche Lokale besucht zu haben. Er sprach von einer Fälschung oder einer Verwechslung. Beim MAD war offensichtlich die Gruppe Düsseldorf mit der Angelegenheit befaßt, nicht aber die Gruppe S in Bonn, die unter anderem auch für Vorkommnisse im Bereich des NATO-Hauptquartiers SHAPE zuständig ist.

Bundeskanzler Kohl legt offensichtlich Wert darauf, daß die Debat*te über die Gründe für die Entlassung* des Generals rasch beendet wird. Im Bundeskanzleramt heißt es dazu, dies könne *auch durch eine Veröf*fentlichung von weiteren Fakten geschehen, obwohl angesichts des juristischen Streits zwischen *Kießling* und der Hardthöhe Zurückhaltung geboten sei.

Was das Soldatengesetz bestimmt

RÜDIGER MONIAC, **Bonn**

Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner hat bislang über die konkreten Gründe beharrlich geschwiegen und nur die entstandene Situation bezeichnet, die für ihn den *Ausschlag dafür* gab, beim Bundespräsidenten die Entlassung des früheren stellvertretenden NATO-Oberbefehlshabers für Europa, General Günter Kießling, in den vorzeitigen Ruhestand zu beantragen. Seinen Sprecher ließ Wörner am 9. Januar lediglich mitteilen, ihm hätten Erkenntnisse vorgelegen, die es „zwingend" gemacht hätten, dem General die Ermächtigung zum Umgang mit *Geheimunterlagen zu entziehen.*

Ohne diese Ermächtigung aber hätte Kießling auf dem NATO-Posten nicht mehr beschäftigt werden können. „Mit Rücksicht auf den Betroffenen und zur Abwendung von Schaden für die Bundesrepublik Deutschland" habe der Minister „auf die Entziehung des Sicherheitsbescheides verzichtet und zum 31. Dezember 1983 die Versetzung des Generals in den einstweiligen Ruhestand nach Paragraph 50 des Soldatengesetzes beantragt".

Dieser Paragraph erlaubt dem Verteidigungsminister, im Einvernehmen mit dem Staatsoberhaupt „Berufsoffiziere vom Brigadegeneral an *aufwärts jederzeit in den einstweiligen Ruhestand"* zu versetzen. Die Entlassungsurkunde trägt die Unter*schrift des Bundespräsidenten.*

Diese Regelung hat den Sinn, daß sich eine Regierung von Staatsdienern trennen kann, wenn sie Anlaß zu der Vermutung hat, sie setzen sich nicht loyal für ihre Ziele ein oder – bei Offizieren – Zweifel an ihrer militärischen Eignung.

Fachleute führen für die Tatsache, daß das Gesetz gerade die Angabe von Gründen für die Entlassung nicht fordert, folgende Argumente ins Feld: Der politischen Führung bleibe so einerseits ein Ermessens*spielraum, der freilich durch den* Bundespräsidenten kontrolliert ist; andererseits schütze dies den betroffenen Beamten oder Offizier in seinen Persönlichkeitsrechten. Der Betroffene könne sicher sein, daß die Gründe seiner Entlassung nicht bekannt würden.

Den Sinn dieser Bestimmung möchte General Kießling anscheinend unterlaufen. Denn er hat bei Aushändigung der vom Bundespräsidenten unterzeichneten Entlassungunsurkunde am 23. Dezember die *Einleitung eines disziplinarrechtli*chen Verfahrens gegen sich selbst beantragt. Sollte es vor dem zuständigen Wehrdienstsenat des Bundesgerichtshofes dazu kommen, würden die Entlassungsgründe unausweichlich bekannt werden: Sie würden in *der Beweisführung von Kießlings* letztem direkten Disziplinarvorgesetzten – das war der Verteidigungsminister – gerichtsnotorisch *und da*mit auch der Öffentlichkeit zugänglich werden.

Der Minister wird, der Wehrdisziplinarordnung gemäß, allerdings erst prüfen müssen, ob er das Verfahren überhaupt einleitet. Im Paragraphen 88 heißt es dort, die Einleitungsbehörde – in Kießlings Fall das Verteidigungsministerium – habe den Sachverhalt aufzuklären und festzustellen, „*ob der* Soldat ein Dienstvergehen begangen hat". Damit ist klar, in welche „Zwickmühle" der Minister *durch Kießlings Antrag geraten* ist: Leitet er das Verfahren nicht ein, könnte der Eindruck entstehen, er habe den General ohne hinreichende Gründe in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Dann käme die Frage auf, warum er dennoch entlassen worden ist, denn die Frage des Sicherheitsbescheides ist für die Öffentlichkeit schwer verständlich zu machen. Leitet Wörner das Verfahren aber *ein, kann er zum Schutze der* Person des Generals nicht mehr beitragen, obwohl vor allem dies ursprünglich seine Absicht gewesen ist.

Strukturwandel durch mehr Marktwirtschaft

Fortsetzung von Seite 1

werden deshalb – wie in Japan – die Forschungsaktivitäten erst dann auf die zukunftsträchtigen Themen konzentriert, wenn in der US-Forschung der Weg vorgezeichnet ist.

*Die Bemühungen, durch Zuschüs*se zu Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen zukunftsträchtige Technologien zu fördern und neue Märkte zu erschließen, waren nach dem Urteil des RWI nur begrenzt erfolgreich, ein nennenswerter Beschäftigungszuwachs ergab sich *nicht*. Die Förderung der Luft- und Raumfahrtindustrie bezeichnet das HWWA sogar als Fehlschlag.

Subventionen: Die Skepsis gegenüber staatlichen Eingriffen ist allgemein. Auch das Berliner Institut fordert den Abbau von Erhaltungssubventionen. Es setzt sich jedoch für die Förderung der Einführung und Verwendung neuer Technologien, vor allem zur Energieeinsparung, zur Modernisierung des Produktionsapparates und der Infrastruktur ein, wozu auch dringliche Maßnahmen zum Umweltschutz und zur Stadterneuerung zählen. Demgegenüber heißt es zum Beispiel beim RWI: „Zur Über*windung* der hartnäckigen Wachstumsschwäche ist es notwendig, dem Prinzip der wettbewerblichen Lei*stungsbewertung auch in jenen* Bereichen und Aktivitäten der Volkswirtschaft Geltung zu verschaffen, die bisher aus anderen sozialpolitischen Gründen der Marktselektion entzogen waren." Bei sozialpolitisch motivierten Wettbewerbsbeschränkungen sollte den Begünstigten ein Verzicht auf Einkommenssteigerung zugemutet werden.

Arbeitslosigkeit: Die Beschäftigungsprobleme resultieren vor allem aus dem Mangel an wirtschaftlicher Dynamik. Nach der Analyse des *Hamburger Instituts* ließe *schon* ein Wachstum von zwei bis 2,5 Prozent heute die Nachfrage nach Arbeitskräften in ähnlichen Ausmaßen ansteigen, wie früher ein Wirtschaftswachstum von vier bis 4,5 Prozent. Nur ist heute die bescheidenere Wachstumsrate schwerer zu erreichen als früher die höhere. Der Lohnpolitik wird von der Mehrzahl der Institute eine Zurückhaltung emp*fohlen.* Dadurch würde der Spielraum der Geldpolitik zunehmen. Die Arbeitszeitverkürzung wird mehrheitlich skeptisch beurteilt.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Familie und Gemeinschaft

„Mehr Steuervorteile für Familien mit Kindern"; WELT vom 24. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

Der unaufhaltsame Geburtenrückgang läßt die Politiker nun mehr und mehr rotieren. Mit Programmen, Stiftungen und Geld soll die Babyproduktion *wieder angekurbelt werden.* Alles schön oder auch nicht. Sinnvoll und gerecht ist jedenfalls die Umschichtung sozialer Vorteile auf jene, die Kinder, also Staatsnachwuchs, aufziehen. Die Erzeugung und Aufzucht von Kindern wird somit endlich als notwendige Dienst- und *Sachleistung für den Staat* anerkannt.

Doch all die gefühlsumrankten Programme haben einen Haken, der sich schmerzhaft ins Fleisch der Männer bohren wird. Besonders will Bundesfamilienminister Heiner Geißler die Alleinerziehenden mit Geld zu einem gebärfreudigeren Verhalten animieren. Das sind größtenteils uneheliche Mütter. Schon *jetzt* liegt die Quote der unehelichen Geburten bei uns über 8 Prozent. In der *DDR sind es schon 30* Prozent. Uneheliche Kinder sollen also Deutschland vor dem Aussterben bewahren. Welch Widerspruch zu der Familienideologie der CDU! Auf kaltem Wege wird doch so die Staatsmutterschaft eingeführt.

Wie schrieb schon *vor* über *30 Jah*ren Frau Prof. Dr. M. Vaerting: „Die Tendenz des Staates geht deutlich dahin, die Hingabe der Frau an den Mann in eine Hingabe an den Staat zu verwandeln. Der Mann sinkt zur primitiven Rolle eines Nachwuchsvermittlers für den Staat herab. Diese *Rolle hat* große Ähnlichkeit mit der Rolle des männlichen Geschlechtes in der Haustierzucht. Die Gleichstellung der unehelichen Mutter mit der ehelichen war ein Schlag, der die biologische Macht des Mannes zugleich mit den Grundlagen der Familie erschütterte. Die Zukunft gehört der unehelichen Mutter. Die Begriffe von Ehe und Außerehelichkeit werden *gelöscht sein. Es wird nur* eine Art der Mutterschaft geben, die Staatsmutterschaft." („Die Frau in unserer Zeit", Themis, Darmstadt 1952)

Mit freundlichen Grüßen
J. Winkler
Stuttgart 1

„Leserbriefe: Volk ohne Kinder"; WELT vom 24. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

WELT-Leser H. Wilde irrt, wenn er glaubt, die Bevölkerungsprognose für das Jahr 2030 sei ebenso unrealistisch wie die berühmte Pferdeäpfel*prognose. Diesmal rettet uns keine* technische Erfindung wie damals der Verbrennungsmotor. Kinder werden auch im 3. Jahrtausend von Müttern geboren, und im Jahre 2000 sind die halbierten Jahrgänge von 1974 ff. im gebärfähigen Alter. Die Mütter müßten dann schon durchschnittlich drei *Kinder statt jetzt 1,5 zur Welt bringen,* um wenigstens die heutige völlig unzureichende Geburtenrate zu halten. Was sollte sie dazu veranlassen?

Der Geburtenrückgang ist natürlich auf ein ganzes Bündel von Ursachen zurückzuführen. Sicherlich nicht die geringste ist die Familienfeindlichkeit der sozial-liberalen Ära. Linke Meinungsmacher in staatli*chen Ämtern und vor allem in den* Massenmedien wetteiferten darin, die Familie als verstaubtes Relikt des *19.* Jahrhunderts abzuqualifizieren, Mütter als Nur-Hausfrauen lächerlich zu machen, die auf Kinder, Küche, Kirche fixiert seien und sich nicht selbst verwirklichten. Die Familie sollte fortan nur noch eine Sozialisationsagentur unter mehreren sein, und das Sozialprodukt würde dereinst von den Kindern der Gastarbeiter erwirtschaftet werden.

Dann kam die Wende. Nun würde die Familie wieder Anerkennung und Unterstützung finden. Weit gefehlt. Als erste Sparmaßnahme fiel der neuen Regierung ein, das Kindergeld für die „Besserverdienenden" zusammenzustreichen – und zu den „Besserverdienenden" rechnet man mit einem Jahreseinkommen ab 26 400,- DM. Dann wurde BAföG liquidiert. Schließlich begann eine endlose Debatte um die Kürzungen beim Mutterschaftsgeld. Zuletzt ging es da noch um 15 Millionen, und das bei einem Bundeshaushalt von 258 000 Millionen. Am Ende wurde die gloriose Idee geboren, Großeltern für ihre arbeitslosen Enkel zahlen zu lassen.

Gewiß, es muß gespart werden. *Aber wo bleibt denn das Scherflein* der kinderlosen „Besserverdienenden", bei denen der bessere Verdienst nicht durch drei oder vier oder fünf zu teilen ist? War man sich des verheerenden Eindrucks bewußt, den die quälende Diskussion über die ohnehin lächerlich geringe Unterstützung von jungen Müttern durch das Mutterschaftsgeld hinterlassen mußte, von der Haftpflicht bis ins dritte Glied ganz zu schweigen?

Nein, für die Familie war es eine Wende zum noch Schlechteren. Gerede allein bewirkt keine Wende zum Besseren.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr H. Pötzsch
Bonn 3

*

Eltern, die ihre behinderten Kinder selbst pflegen, wird jetzt der Zuschuß aus öffentlichen Mitteln gekürzt, weil der Staat hier sparen will. Hier geht es wieder einmal gegen die Schwachen, die keine Lobby haben. Auch erscheint diese Maßnahme bedenklich, da behinderte Kinder in öffentlichen Einrichtungen ein Mehrfaches an Pflegekosten erfordern, als wenn die Familien die Pflege übernehmen. Aber hier spekulieren Politiker und Ministerialbürokratie wohl mit der Elternliebe.

Angesichts dieser extraordinären Sparmaßnahme ist anzumerken, daß sich unsere Bundestagsabgeordneten gerade mit einer Diätenerhöhung selbstbedient haben und ihre Parteien mit einer Erhöhung der Wahlkampfkostenpauschale. Hinsichtlich der Ministerialbürokratie hat der NRW-Rechnungshof stellvertretend für den gleichen Zustand in Bundes- und anderen Länderministerien festgestellt, daß in Nordrhein-Westfalen die Ministerialbeamten im Durchschnitt sieben Stunden pro Tag arbeiten. Die Ministerien in unserem Staat praktizieren also schon längst die 35-Stunden-Woche. Würden unsere Ministerialbeamten die 40-Stunden-Woche einhalten, für die sie besoldet werden, dann ließen sich allein aus diesem Grund 12,5 Prozent davon in den allzuvielen Ministerien unseres Staates einsparen.

Aber gespart werden muß nach dem Willen unserer Politiker und Ministerialbeamten an behinderten Kindern.

M. von Sturmfeder
Erkrath

Liebe WELT!

Die Entlastung für *Familien ist* ein Gebot der Stunde. Nach dem CDU-Grundsatzprogramm sind Ehe und Familie das Fundament unserer Gesellschaft und unseres Staates. Sie *stehen unter dem besonderen Schutz* unserer Verfassungsordnung.

Leider sind Ehe und *Familie* entgegen den Buchstaben der Verfassung in den letzten Jahren der sozial-liberalen Regierungstätigkeit immer mehr verkommen. Die Psychotherapeutin *Christa Mewes* spricht mit Recht von einer „ruinierten Generation", die in der heutigen Jugend vor uns steht. Sie schreibt: „Die Schäden, die in den letzten Jahren dadurch entstanden sind, *daß man* die Frauen durch Bildung und Beruf den Männern anzugleichen versuchte, zeichnen sich bereits vielfältig deutlich ab und geben Anlaß zu großer Sorge. *Die unpersönliche, inkonstan*te Betreuung der Kinder von ihren ersten Lebenstagen an bekommt ihnen nicht. Kleinkinder sind auf ihre Mutter, mindestens aber auf eine Am*me angewiesen, sie werden sonst zu* schwererziehbaren, antriebsschwachen, meist extrem aggressiven, wenig gemeinschaftsfähigen Wesen, die ... sich und ihrer Umwelt das Leben zur Hölle machen."

Ähnlich urteilt der Verhaltensforscher und Biologe *Richard* Huber: „Nach allen Ergebnissen unserer neueren Verhaltensforschung ist es unvorstellbar, daß die Mutter in der Pflege und Aufzucht des Säuglings *und Kleinkindes durch irgendeine* andere Institution vollwertig oder auch nur annähernd ersetzt werden könnte. In Anbetracht dieser Forschungsergebnisse bedarf es heute schon erheblicher ideologischer Verbohrtheit, Unverfrorenheit und schlichter Ignoranz, wenn immer noch von *interessierter Seite* für die Berufstätigkeit junger Mütter – mit allen Konsequenzen wie Tagesmüttern, Kinderkrippen, Krabbelstuben usw. – die lebhafteste Propaganda gemacht wird. Parlament und Regierung sollten vielmehr möglichst bald alles nur Erdenkliche unternehmen, damit jedes Kind in den ersten Lebensjahren seine eigene Mutter für den *größten Teil des Tages um sich* haben kann. Andernfalls drohen wir zu einer Nation von kontaktlosen und verhaltensgestörten Psychopaten zu werden (Manchmal hat man den Ein*druck, wir seien es schon.)."*

Obwohl Familienminister Geißler erklärt, für die CDU stehe die Familie im Mittelpunkt ihrer Politik, heißt es im CDU-Grundsatzprogramm in der Rubrik „Frau in der Gesellschaft" immer noch: „Die Frau muß frei entscheiden können, ob sie ihre persönliche Entfaltung entweder in der Familie oder in einer außerhäuslichen Berufstätigkeit oder in der Verbindung von Familie und außerhäuslicher Berufstätigkeit finden *will.*"

Dagegen wäre vom Standpunkt der Verhaltensforschung nichts einzuwenden, wenn die Verbindung ein zeitliches Nacheinander darstellen würde, die Mütter also bei Erlangung der Schulreife ihrer Kinder wieder *berufstätig würden.* Leider aber nehmen 2 Millionen Mütter von 3 Millionen Kleinkindern diesen Passus beim Wort und halten an ihrer Berufstätigkeit im Widerspruch zu *experimentellen und klinischen* Schädlichkeitsnachweisen fest.

Mit freundlichen Grüßen
U. Strech
Wissen (Sieg)

Wort des Tages

„Der Begriff der Elternschaft fällt zusammen mit dem Begriff Opfer. Ein Volk wird nicht lange leben und es wird ihm nicht wohlergehen auf Erden, wenn die Eltern nicht mehr bereit sind, Opfer zu bringen für die künftige Generation, und wenn die Jungen die Alten nicht mehr ehren."

Elly Heuss-Knapp, Gründerin des Dt. Müttergenesungswerks (1881–1952)

Von bis zu

„Leserbriefe: Schwierige deutsche Sprache"; WELT vom 4. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,
es ist erfreulich, daß sich doch noch einige Zeitgenossen finden, denen am Herzen liegt, daß die Sprache Goethes nicht in der Gosse landet.

Man kann sich wahrhaftig die Haare raufen ob der Satzungetüme, die sich nicht nur in den Reden unserer Politiker anfinden, sondern immer mehr in den Tageszeitungen zu entdecken sind.

Eines der schönsten ist immer wieder „von bis zu". Welcher Narr das sich wohl mal ausgedacht hat? Und andere machen es, ohne darüber nachzudenken, nach. Jeder „Klippschüler" *weiß schon, daß das* „von" für eine Herleitung, einen Anfang steht, wenn man es im Zusammenhang mit „bis zu" verwenden will. Es darf somit nie „von bis zu 5 Grad" *heißen, sondern lediglich bis zu 5* Grad. Das „von" ist völliger Quatsch. Oder man muß sagen: „von 3 bis 5 Grad", also dem „von" den Anfang beifügen.

Im Verkehrsfunk, in den Nachrichten und auch den Zeitungen ver*schluckt man fast immer die Mehr*zahlendungen. Es wird gesagt: „ein Stau von 5 Kilometer" anstatt Kilometern. Komischerweise habe ich noch niemanden sagen hören, daß er *keine Hemde mehr hat.*

Mit freundlichem Gruß
J. Steinbach
Hamburg 63

Frage aus Asien

„Leserbrief: Die abgelehnte Lektion"; WELT vom 29. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,
auch ich kam Mitte Dezember aus Ostasien zurück und kann nur voll inhaltlich bestätigen, was Herr Dr. Müller-Hermann geschrieben hat.

Wenn man mit Freunden in diesen Ländern spricht, die im dortigen Geschäftsleben keine *unbedeutenden* Rollen spielen, wird man immer wieder darauf hingewiesen, wie irritierend, um nicht zu sagen absurd, den Menschen im ostasiatischen Raum die Diskussion um die 35-Stunden-Woche erscheint, wobei alles letztlich auf die Frage hinausläuft: „Glaubt Ihr denn, *daß Ihr durch* weniger Arbeit Eure Schwierigkeiten überwinden könnt, während hier auf Jahrzehnte hinaus die 40-Stunden-Woche bei gleichzeitig sechswöchigem Urlaub *nur ein illusionärer Traum sein* kann?"

Freundliche Grüße
V. Thon
Hamburg 13

Ergänzung

Den Leserbrief „Dem Glossisten entgangen" (WELT vom 30. Dezember) hat J. Gaudigs in seiner Eigenschaft als Mitarbeiter der Karl-Arnold-Stiftung und als Vorstandsmitglied des „Arbeitskreises für Literatur und Germanistik in der DDR" verfaßt, für den er Mitverantwortung trägt.

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

TODESFÄLLE

Kuno Felchner, Schriftsteller und Lyriker, ist im Alter von 81 Jahren in Berlin gestorben. Wie **Ernst Wiechert** stammte auch er aus einem *Forsthaus in Masuren*, dem „Waldgut Lötzen". Felchner, der 1933 als Germanist seine Doktorarbeit über den ostpreußischen Dichter **Hermann Sudermann** schrieb, wurde durch seinen 1934 erschienenen Roman „Ein Hof in Masuren" (Neuauflage 1976) und durch Gedichtbände („Vorklang", *1944*) bekannt. In den Kämpfen um Berlin wurde Felchner gegen Kriegsende schwer verwundet. Nach 1945 gründete er in Charlottenburg die Buchhandlung „Der Diwan", die er über zehn Jahre leitete, ehe er wieder freier Schriftsteller wurde.

*

Detlev von Platen, Generalmajor im Bundesgrenzschutz und Inspekteur des Bundesgrenzschutzes, Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes, ist im Alter von 72 Jahren gestorben.

*

Pfarrer **Heinrich Hillers,** Gründer der Aktion „Priester helfen Priestern in den Missionen" („Prim"), ist in Mönchengladbach gestorben. Hillers hatte die Solidaritätsaktion, in der deutsche Priester einen Teil ihrer Bezüge zugunsten ihrer Amtsbrüder *in der Dritten Welt* für ihren Lebensunterhalt, Krankenkosten und eine Altersversorgung abzweigen, vor 15 Jahren ins Leben gerufen. Seither beteiligen sich mehr als 9500 deutsche Priester an der Aktion, die im vergangenen Jahr 3,6 Millionen Mark und seit ihrer Gründung mehr als 35 Millionen Mark für Geistliche in der Dritten Welt zusammenbrachte.

VERÄNDERUNG

Neuer Intendant des Westberliner Sender RIAS („Rundfunk im amerikanischen Sektor") wird am 1. Juli **Peter Schiwy** (47), derzeit Chefredakteur Fernsehen des Norddeutschen Rundfunks in Hamburg. Er löst **Ludwig Freiherr von Hammerstein** (64) ab, der nach zehnjähriger Amtszeit in den Ruhestand tritt. Schiwy ist in Berlin als Rechtsanwalt zugelassen. Journalistisch ist er seit über 20 Jahren tätig. Nach einem Start im Verlagshaus Axel Springer arbeitete er für mehrere Tageszeitungen und leitet von 1979 bis Ende 1981 die Abteilung Ostpolitik beim RIAS.

Gleichmäßige Belastung

Bm. – Den Sondervertragskunden der deutschen Elektrizitätswerke sind in diesen Tagen die Strombezugsverträge gekündigt worden. Nicht, daß man nicht mehr liefern will; es sind Änderungskündigungen, die die Versorger rechtlich in die Lage versetzen sollen, die Kosten aus der verschärften Umweltgesetzgebung an die Stromabnehmer (frühestens 1985) weiterzugeben. Voraussichtliche Erhöhung der Strompreise zugunsten der Umwelt: 1,5 bis 2,5 Pfennig je Kilowattstunde, je nach Art des Kraftwerkes und seines Standortes.

Seit den fünfziger Jahren gibt es Verträge zwischen diesen Partnern, deren Klauseln es den Versorgern ermöglichen, Kohlepreis- und Lohnerhöhungen im Strompreis weiterzugeben. Mit den Änderungskündigungen werden Stimmen laut, die die neu auszuhandelnden Verträge für eine generelle Kostenkippe der Versorger zu Lasten der Abnehmer halten. Die Argumente: Zwei Pfennig Aufschlag bedeuten für den, der 20 Pfennig je Kilowattstunde bezahlen muß, eine Erhöhung um zehn Prozent, für den, der stromintensiv arbeitet und nur acht Pfennig bezahlt, eine vielleicht tödliche Belastung von 25 Prozent.

Forderungen nach Sonderbehandlung werden daher laut. Doch sie sind unrealistisch. Wie die Anhebung der Mineralölsteuer jeden Liter Benzin gleichmäßig trifft, so muß auch der staatlich verordnete Umwelt-Aufpreis jede Kilowattstunde gleichmäßig belasten. Ein Versorger kann nicht die Belastbarkeit des einzelnen Abnehmers prüfen und testieren. Es würde gegen das Gleichheitsprinzip verstoßen.

Paris und die Realität

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Mit dem Streik bei Talbot hat eine neue Phase der französischen Wirtschaftspolitik begonnen. Zum ersten Mal erlaubte die sozialistische Regierung einem Großunternehmen Massenentlassungen und setzte sie auch durch. Damit wurde ein Präzedenzfall für die dringend notwendige industrielle Mutation Frankreichs geschaffen. Dies erklärte die Härte des Sozialkonflikts in dem Automobilwerk von Poissy.

Bisher mußten in Frankreich überschüssige Arbeitskräfte von den Unternehmen entweder weiterbeschäftigt oder vorzeitig pensioniert werden. Dagegen hatten die Gewerkschaften wenig einzuwenden. Denn die Vorrente liegt nur unwesentlich unter dem letzten Lohn. Inzwischen aber sind die Möglichkeiten für diese elegante Art der Arbeitsplatzbeseitigung weitgehend erschöpft. Von ihr hatte schon die letzte Regierung reichlich Gebrauch gemacht.

Die Sozialisten ergänzten sie durch eine gesetzliche Arbeitszeitverkürzung, die neben der 39-Stunden-Woche auch die Verallgemeinerung der fünften Urlaubswoche umfaßt – beides bei vollem Lohnausgleich. Durch dieses für die Unternehmen sehr kostspielige Verfahren wurden aber kaum neue Arbeitsplätze geschaffen. So mußte Staatspräsident Mitterrand sein Wahlversprechen, die 35-Stunden-Woche einzuführen, zunächst einmal zurückstellen.

Außerdem stieß seine Regierung mit ihrer eigentlichen Beschäftigungspolitik an die Grenze des Machbaren. Die zu Beginn der sozialistischen Ära bei der öffentlichen Verwaltung und den staatlichen Unternehmen künstlich geschaffenen neuen Stellen hatten den Personalbestand insbesondere im Schul- und Gesundheitswesen derart aufgebläht, daß die Ausgaben dafür von der Staatskasse trotz aller Steuererhöhungen nicht mehr getragen werden konnten.

Aber auch die private Wirtschaft ist wegen der stark verschlechterten Konjunktur für die bei den notleidenden Unternehmen freiwerdenden Arbeitskräfte immer weniger aufnahmefähig. Selbst die kleineren und mittleren Betriebe überlegen es sich heute dreimal, ob sie ihren Personalbestand erhöhen sollen. Dabei war es gerade ihnen zu verdanken, daß die französische Arbeitslosenzahl bis vor kurzem bei um die zwei Millionen stabilisiert werden konnte.

Allerdings hatte die Regierung diesem idyllischen Zustand mit gewissen Verschönerungen an der Arbeitsmarktstatistik nachgeholfen. So wurde beispielsweise die Ausbildungszeit für Jugendliche verlängert und die vorzeitig pensionierten Stellensuchenden wurden aus der Statistik herausgenommen. Wenn es bei den früheren Erfassungsmethoden geblieben wäre, würde Frankreich inzwischen 220 000 mehr Arbeitslose zählen, erklärte dieser Tage der frühere Arbeitsminister Stoleru.

Tatsächlich hat sich in Frankreich die Belegschaft der Industrie 1983 um rund hunderttausend Personen vermindert. Trotzdem staute sich ein Entlassungsbedarf an, der inzwischen dreihunderttausend Personen erreichen dürfte. Hatte doch schon die Regierung Barre im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen den Unternehmen nahegelegt, ihre Entlassungspläne zurückzustellen. So schätzt man, daß die französische Industrie ihren Personalbestand bis Ende 1985 noch um eine halbe Million Personen reduzieren müßte, um arbeitszahlmäßig wieder wettbewerbsfähig zu werden.

Wenn die Regierung bisher den Gesundschrumpfungsprozeß der Industrie so stark behindert hat, sowohl in der Hoffnung, daß sich durch ein beschleunigtes Wirtschaftswachstum das Arbeitslosenproblem von selbst lösen würde. Mit dieser Vorstellung hat jetzt Wirtschaftsminister Delors kategorisch aufgeräumt.

Nach der inflatorischen Konsumbelebungspolitik und der anschließenden Austerity-Politik ist damit – als dritte Phase – eine Sozialpolitik notwendig geworden, die in krassem Widerspruch zu den sozialistischen Wahlversprechen steht. Talbot mit seinen 1905 Entlassungen ist dazu ein verhältnismäßig bescheidener Anfang gewesen. Andere Automobilgesellschaften werden folgen, ebenso wie der Steinkohlenbergbau, die Schiffswerften und nicht zuletzt die Stahlindustrie, in der 25 000 bis 35 000 Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen.

STAHLHANDEL

Der Verbrauch wird 1984 um vier Prozent zunehmen

dpa/VWD, Düsseldorf

Mit einer Zunahme des Stahlverbrauchs 1984 in der Bundesrepublik um rund vier Prozent rechnet der Bundesverband Deutscher Stahlhandel, Düsseldorf. Wie Geschäftsführer Eberhard H. Brauner sagte, sei eine weiterhin lebhafte Nachfrage aus der Bauindustrie und den fahrzeugabhängigen Bereichen zu erwarten. Im klassischen Investitionsgütersektor sei dagegen noch keine Beschleunigungswirkung spürbar. Der Ertrag im Stahlhandel werde 1984 „keineswegs schlechter" ausfallen als 1983. Um weiterhin mit „schwarzen" Zahlen zu arbeiten, müsse der Stahlhandel weg von der Fixierung auf große Tonnagen und sich mehr auf die Bedürfnisse seiner regionalen Kunden spezialisieren.

Eine große Chance für den Stahlhandel sieht Brauner in der Überprüfung der materialwirtschaftlichen Konzepte durch die Stahlverarbeiter. Der Stahlhandel müsse lernen, die „vorratslose Materialwirtschaft" in seine Konzeption zu übernehmen. Das Material müsse den Kunden so zugesteuert werden, daß es ohne Zwischenlagerung in der benötigten Menge und Beschaffenheit und zum richtigen Zeitpunkt an den Verarbeitungsplatz gebracht werde.

Den europäischen Stahlmarkt sieht Brauner dadurch korrumpiert, daß die Regierungen einiger EG-Länder „die Rentabilitätsuhren abgestellt und durch politische Zielsetzungen ersetzt haben". Beschäftigungssicherung, Strukturerhaltung und die Einmischung in die Marktwirtschaft hätten in zehn Jahren rund 100 Milliarden Mark gekostet. Durch Einzelinitiativen der privatwirtschaftlich operierenden Hüttenwerke könne diese Situation nicht in Ordnung gebracht werden.

DEUTSCHE INDUSTRIESCHAU IN TOKIO / Spannungen und Turbulenzen

Starke Meinungsverschiedenheiten über Planung und Werbung

FRED de LA TROBE, Tokio

Die Vorbereitungen zur deutschen Leistungsschau in Tokio, die das Image deutscher Produkte in Japan aufpolieren soll, sind von heftigen Turbulenzen und Spannungen begleitet. Die größte ausländische Industrieausstellung, die je in Japan stattfand, wird ihre Tore am 23. April für zwei Wochen auf dem Harumi-Messegelände öffnen.

An der Leistungsschau, die vom Bonner Wirtschaftsministerium und Auma (Ausstellungs- und Messe-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft), Köln, in Zusammenarbeit mit der für die Durchführung verantwortlichen Messegesellschaft Nowea, Düsseldorf, veranstaltet wird, beteiligen sich 280 Firmen, aus der Bundesrepublik, davon 40 Großunternehmen. Die Gesamtfläche von etwa 25 000 Quadratmetern ist längst ausgebucht. Mehrere mittelständische Firmen sind in Tokio im Rahmen der Ausstellungen von fünf Bundesländern vertreten. Angesichts der hohen japanischen Qualitätsansprüche sollen vor allem Erzeugnisse deutscher Spitzentechnik vorgestellt werden.

Knapp dreieinhalb Monate vor Beginn der Superschau kommt es über Planung und Werbung zwischen den Organisatoren in Tokio, Bonn und Düsseldorf häufig zu handfesten Meinungsverschiedenheiten. „Ab und zu fliegen die Fetzen", erklärt einer der Aussteller in der japanischen Hauptstadt.

Die Organisatoren setzen sich offenbar oft über die Vorschläge aus Tokio mit der Begründung hinweg, sie hätten von früheren Leistungsschaus in Jakarta und Peking genügend Erfahrung gesammelt. Dem stellen die deutschen Experten in Tokio entgegen, daß diese Veranstaltungen nicht zum Vergleich dienen könnten, denn diesmal gehe es um die erste Großmesse in einem hochindustrialisierten Land. *Stirnrunzeln* im Ortskomitee in Tokio, dem vorwiegend Vertreter deutscher Firmen in Japan angehören, erregte der kürzliche Beschluß des Bundeswirtschaftsministeriums, der japanischen Exportförderungsgesellschaft Jetro einen kostenlosen Stand auf der Leistungsschau zuzuweisen. Die Organisatoren in Tokio, die nicht befragt worden waren, kritisierten, daß damit der deutsche Charakter der Messe beeinträchtigt werde.

Sprecher der Jetro beklagten sich dagegen über Geheimniskrämerei der Deutschen. Die Organisation hat angeboten, in ihren Publikationen und Filialen Gratiswerbung für die Leistungsschau zu machen. Auf die notwendigen Informationen für diese Aktion wie Firmenberichte und vorgesehene Exponate wartet die Jetro aber trotz mehrmaliger Mahnung vergebens. Ein deutscher Aussteller erklärte dazu: „Wir verschießen natürlich nicht schon jetzt unser Pulver. Die Bonbons werden nach und nach gegeben."

Die deutschen Organisatoren in Tokio bemängeln auch den geringen finanziellen Beitrag des Bonner Ministeriums, das nur elf bis zwölf Millionen Mark zu den Gesamtkosten von ungefähr 120 Millionen beisteuert. Dabei war gerade das Wirtschaftsministerium stärkster Befürworter der Schau, der viele der zögernden Firmen drastisch zur Teilnahme drängte.

Ärger gab es auch, als die Organisatoren in Deutschland ohne Rückfrage in Tokio der Firma Dentsu den Generalauftrag für die Werbung gaben. Die Agentur ist das größte Unternehmen der Branche in der Welt. Gerade in ihrer Größe liegt aber nach Meinung der deutschen Experten in Japan ihr Nachteil. Denn bei ihrem umfangreichen Programm sei erfahrungsgemäß das Engagement auf Einzelgebieten wie der Messewerbung nicht stark genug.

AUF EIN WORT

„ Es ist heute schwierig, unter permanentem Beschuß kreativ zu arbeiten und Erfolge dieser Arbeit praktisch zu nutzen. In einer Welt der Feindseligkeit kann kein rechter Fortschritt gedeihen. "

Professor Dr. Herbert Grünewald, Vorstandsvorsitzender der Bayer AG, Leverkusen

FOTO: DIE WELT

EG-REGIONALFONDS

„Verteilung nicht gerecht"

WILHELM HADLER, Brüssel

Schlecht weggekommen ist die Bundesrepublik bei der Verteilung der Mittel des Europäischen Regionalfonds. Als Grund dafür nennt die EG-Kommission in einer gestern veröffentlichten Mitteilung, Bonn habe im vergangenen Jahr „nicht genügend brauchbare Anträge eingereicht".

Nach den bis 1981 geltenden Quoten hätte der Bundesrepublik im abgelaufenen Jahr Zuschüsse von 4,65 Prozent der Gesamtmittel des Fonds zugestanden, was einen Förderungsbetrag von etwa 250 Millionen Mark ausmacht. Tatsächlich wurden für Regionalprojekte in der Bundesrepublik jedoch nur rund 98,8 Millionen Mark bereitgestellt. Die Kommission hatte nämlich im Gegensatz zu früheren Jahren bei der Genehmigung von Anträgen einen gewissen Entscheidungsspielraum, da die Quotenregelung formal ausgelaufen war, ohne daß sich der Ministerrat auf ein neues Verfahren einigen konnte. Die 81er Quoten wurden von ihr lediglich als Richtwerte angesehen.

Insgesamt hat sich der Regionalfonds 1983 an der Finanzierung von 3655 Vorhaben in der EG beteiligt und Mittel von 4,96 Milliarden Mark ausgeschüttet. Den Löwenanteil erhielten wieder Italien (1,9 Milliarden Mark), Großbritannien (983 Millionen), Griechenland (947 Millionen) und Frankreich (675 Millionen).

Von der soeben genehmigten vierten Tranche des Jahres 1983 profitieren in der Bundesrepublik Investitionen in fast allen Bundesländern. Mehr als 5500 Arbeitsplätze sollen damit geschaffen oder erhalten werden.

WERFTEN

Keine Lösung in Bremen

W. WESSENDORF, Bremen

Die Großwerften Bremer Vulkan und die Hapag Lloyd Werft in Bremerhaven werden fusionieren. Die Seebeck-Werft in der Seestadt sucht ihr Heil im Alleingang. Dieses Modell – die sogenannte kleine Fusionslösung – hat der Bremer Senat gebilligt. Er will das Konzept mit 54,4 Millionen Mark unterstützen. Der Senator für Wirtschaft, Werner Lenz, SPD, erklärte zu dem Beschluß der Landesregierung: „Ich gehe davon aus, daß wir in den nächsten zwei Jahren damit ohne große Sorge leben können." Niemand solle sich aber allerdings einbilden, daß damit die Zukunft des Schiffbaus an der Unterweser vollständig gesichert sei.

Mit der Verschmelzung zwischen dem Bremer Vulkan und der Hapag Lloyd Werft sollen Schiffsneubau und schiffbaufremde Fertigung im wesentlichen in Bremen, der Reparaturbereich in Bremerhaven konzentriert werden. Damit wird eine günstigere Kosten- und eine verbesserte Produktionsstruktur angestrebt. Beide Unternehmen sind laut Lenz aufgerufen, Vorschläge zur Diversifikation zu unterbreiten.

Das verabschiedete Konzept, betonte der Senator, sei mit den Eignern und deren Wirtschaftsprüfungsgesellschaften bzw. der Treuarbeit abgestimmt. Lenz: „Mit dieser Aktion sehe ich gleichzeitig den Beginn eines Konzentrationsprozesses. Die Beteiligungen können ausgedehnt werden, um die Effizienz zu erhöhen." Deshalb müsse auch künftig mit einem Kapazitätsabbau gerechnet werden. Auf den drei Großwerften sind gegenwärtig 6000 Mitarbeiter beschäftigt.

ENERGIEPOLITIK / Die Halden an der Ruhr sind wieder kleiner geworden

Trendwende im Steinkohlenbergbau?

HEINZ HECK, Bonn

Der Steinkohlebergbau spricht von der „Trendwende". Die Kohlehalden waren zwar Ende 1983 mit 22,7 Millionen Tonnen (hinzu kommen zehn Millionen Tonnen Bundesreserve) geringfügig höher als ein Jahr zuvor mit 22,4 Millionen.

Doch ist die Anfang 1983 sich abzeichnende dramatische Haldenentwicklung durch die Konjunkturbelebung nicht nur zum Stillstand gekommen. Im letzten Jahresdrittel gelang es sogar, die Halden der Bergbauunternehmen um 3,4 Millionen Tonnen zu verringern. Hinter der Stagnation im Jahresvergleich steckt also sehr viel mehr Dynamik, als die Zahlen auf Anhieb vermuten lassen.

Förderung und Absatz lagen im vergangenen Jahr bei jeweils 83 Millionen Tonnen. Gegenüber 1982 ist der Kohleverkauf damit um vier Prozent gestiegen. Allein im letzten Quartal wurde jedoch eine Rekordzunahme von 20 Prozent verzeichnet.

Das wichtigste Standbein der Kohle ist die Stromwirtschaft. Der mit einer Laufzeit von 15 Jahren abgeschlossene „Jahrhundertvertrag" ist seit Anfang 1981 in Kraft. Seither ist der Kohleabsatz kontinuierlich gestiegen: von 34 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE) 1980 auf 34,9, 36,4 und 39,6 Millionen Tonnen SKE in der Zeitspanne 1981 bis 1983. Damit ergibt sich ein Schnitt von knapp 37 Millionen Tonnen.

Hält sich der Absatz auf diesem Niveau, so ist der Bergbau zuversichtlich, daß die für das erste Jahrfünft (1981 bis 1985) vereinbarte sogenannte „Verpflichtungsmenge" von insgesamt 191 Millionen Tonnen SKE (oder im Jahresschnitt 38 Millionen Tonnen) erreicht werden dürfte. Denn dazu würde bereits ein bei rund 40 Millionen Tonnen 1984 und 1985 stagnierender Absatz ausreichen.

Die Kraftwerke haben 1983 knapp neun Prozent mehr deutsche Kohle abgenommen als im Vorjahr. Dabei war, vor allem aufgrund der anziehenden Konjunktur, die Zuwachsrate im letzten Quartal mit 18 Prozent doppelt so hoch.

Weitere Ursachen für diese über*durchschnittliche Absatzsteigerung* werden in teilweiser Verdrängung von Importkohle sowie in zusätzlichen Käufen der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW) von durchschnittlich einer Million Tonnen jährlich gesehen. Die VEW, deren Stromerzeugung früher zu mehr als 50 Prozent auf Gas basierte, hat nach der Verteuerung der holländischen Gasbezüge massiv auf Kohle umgestellt und den Gasanteil auf etwa 20 bis 30 Prozent zurückgedrängt.

Ungeachtet der Stahlkrise ist der Verkauf von Kokskohle gegenüber 1982 nur geringfügig von 30,0 auf 29,2 *Millionen Tonnen zurückgegangen*, aber im letzten Jahresdrittel allein um 25 Prozent gestiegen.

UMWELTSCHUTZ

Energiewirtschaftsgesetz sollte bald geändert werden

HEINZ HECK, Bonn

Einen *„Angriff" auf das Energie*wirtschaftsgesetz von 1935 startet der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). Auf einer Pressekonferenz in Bonn haben seine Vertreter gestern eine von der Umweltminister-Konferenz (UMK) in Auftrag gegebene Studie zum Thema „Energie und Umwelt" vorgelegt und sich den darin enthaltenen Forderungskatalog weitgehend zu eigen gemacht.

Vor allem folgende Forderungen aus dem UMK-Papier unterstützt der Verband mit Nachdruck:

● Gegen Mißbrauch von Konzessionsverträgen: In Demarkations- oder Konzessionsverträgen würden deutsche Elektrizitätsversorgungsunternehmen ihren Vertragspartnern die Errichtung und den Betrieb eigener Energieerzeugungsanlagen verbieten. Da sich hieraus Hindernisse für den umweltpolitisch „überaus wünschenswerten Ausbau der Fernwärmeversorgung aus *Kraft-Wärme*-Koppelung" ergäben, sollte im Wege der Mißbrauchsaufsicht nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen unverzüglich für Abhilfe gesorgt werden.

● Für Energiesparen und Abwärmenutzung: Während das Gesetz bisher *im wesentlichen nur die Stromerzeu*gung zum Inhalt habe, könnte künftig dem Gesichtspunkt der Energieeinsparung und Ressourcenschonung in der Praxis dasselbe Gewicht beigemessen werden wie der sicheren Energieversorgung.

● Der zentrale Punkt und zugleich die revolutionärste Forderung ist die nach einer Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes selbst. Die Bundesregierung hatte erst kürzlich auf eine Kleine Anfrage der SPD-Opposition erklärt, daß nach ihrer Auffassung eine Gesetzesänderung nicht erforderlich sei. Die Vertreter von BUND wandten gestern ein, daß es sich bei dem Energiewirtschaftsgesetz „nach dem Willen seiner Schöpfer (um) ein Kriegswirtschaftsgesetz" handele. „Dieser militaristischen Zielsetzung entspricht die monopolistisch verselbständigte Struktur der Energiewirtschaft. Sie wird auch heute noch beherrscht und gesteuert von einer Planungsbürokratie in der Hand von Wirtschaft und Kommunen. Dieser Bürokratiemoloch ist im Grunde jeder parlamentarischen, aber auch Regierungskontrolle entzogen."

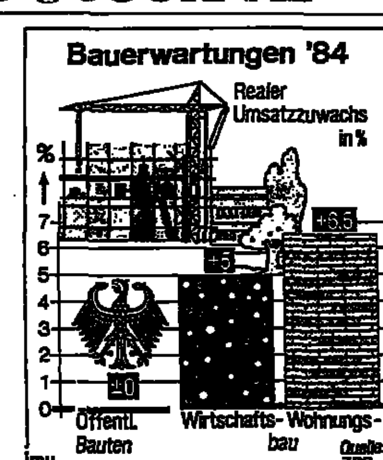
● Ferner setzt sich der Verband für die *regionale* Durchführung von Energiesparmaßnahmen (Energieversorgungskonzepte) ein. Die nach geltendem Recht bestehenden Möglichkeiten zur Aufstellung örtlicher und regionaler Energieversorgungskonzepte sollten dabei „konsequent genutzt werden".

BUND empfiehlt die Einführung *von Sonderabgaben, durch die die* mit Energiegewinnung und -umwandlung entstehenden Umweltbelastungen vermindert werden können.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Pennzoil verklagt Texaco und die Getty-Gruppe

Houston (dpa/VWD) – Die Pennzoil Co. hat eine Klage gegen Getty Oil, die beiden Getty-Stiftungen sowie den US-Ölkonzern Texaco in Delaware eingereicht, um die geplante Übernahme von *Getty Oil* durch Texaco zu verhindern. In der in Houston veröffentlichten Mitteilung heißt es, Pennzoil wolle durch das Gericht in Delaware erreichen, daß sich Getty Oil und die übrigen Getty-Gruppen an ihre Abkommen mit Pennzoil halten. Dieses sah die gemeinsame Übernahme der Getty Oil durch Pennzoil und die Sarah-Getty-Stiftung für insgesamt 110 Dollar je Aktie zuzüglich etwa 2,50 Dollar je Aktie bei späterem Verkauf von Getty-Vermögenswerten vor. Die Mineralölgesellschaft Pennzoil hält bereits sieben Prozent des Getty-Kapitals, doch kontrollieren die beiden Getty-Stiftungen über 50 Prozent. Pennzoil glaubt, daß die beiden Stiftungen ihre Aktien nicht an Texaco verkaufen dürfen, wie am Wochenende geschehen.



Die deutsche Bauwirtschaft hat 1983 ihre dritte Nachkriegsrezession überwunden. Für das laufende Jahr erwarten die Experten eine Umsatzzunahme von etwa fünf Prozent real. Wohnungs- und Wirtschaftsbau dürften die tragenden Säulen der Baukonjunktur sein. Dagegen sind von der öffentlichen Hand keine Auftragsimpulse für die Bauwirtschaft zu erwarten.

QUELLE: IMU

Einigung in Sicht?

Washington (AP) – Der stellvertretende Handelsbeauftragte der US-Regierung, Robert Lightizer, erklärte zu der EG-Drohung in Washington, er habe Hoffnung, daß noch in dieser Woche eine Einigung mit der Gemeinschaft über die US-Stahlimportquoten für EG-Unternehmen erzielt werden könne. Von Brüssel verhängte Sanktionen erzeugten in den USA „viel Druck", um das ursprüngliche Handelsverhältnis wieder herzustellen. Bisher haben die USA mit Japan, Kanada, Österreich, Schweden, Australien, Argentinien und Spanien Verträge über Importquoten abgeschlossen. Mit der EG, Brasilien und Südkorea stehen entsprechende Vereinbarungen noch aus.

Caltex legt still

Frankfurt (adh) – Die Caltex Deutschland GmbH, Raunheim, je zur Hälfte im Besitz von Chevron und Texaco, wird ihre Äthylen-Anlage stillegen. Hintergrund: Die Hoechst AG, die bisher über Rohrleitungen von dort im Rahmen von Drei-Jahres-Verträgen das produzierte Äthylen abgenommen hat, hat den Vertrag, der zum 31. 12. 1985 ausläuft, nicht wieder verlängert. Ursache ist das bekannte weltweite Überangebot. Für Caltex, einst eine voll arbeitende Raffinerie, bedeutet das den endgültigen Abschied von der Produktion und etwa eine Halbierung der jetzigen Beschäftigtenzahl auf rund 160 Mitarbeiter.

Neue Millionen-Anleihe

Frankfurt (AP) – Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft begibt über ein internationales Bankenkonsortium unter Führung der Deutschen Bank und Mitführung der Dresdner Bank, Commerzbank und Westdeut*schen Landesbank eine Anleihe in* Höhe von 200 Millionen Mark. Wie die Deutsche Bank in Frankfurt mitteilte, wird die Anleihe mit einer Laufzeit von acht Jahren zum Zinssatz von acht Prozent und einem Kurs von 99 Prozent zum öffentlichen Verkauf angeboten und zur amtlichen Notierung an allen deutschen Wertpapierbörsen eingeführt werden.

Erneute Reform gefordert

Bonn (HH) – Eine erneute Reform des Anfang 1983 nivellierten Grunderwerbsteuerrechts hat der SPD-Bundestagsabgeordnete Otto Reschke gefordert. Die Steuerschätzer rechneten mit Einnahmesteigerungen von 30 bis 40 Prozent. Damit sei die neue Grunderwerbsteuer nicht „aufkommensneutral" gegenüber dem alten Recht. Am 1. Januar 1983 waren der Steuersatz von sieben auf zwei Prozent gesenkt, zugleich aber fast alle Ausnahmetatbestände abgeschafft worden. Reschke räumt ein, daß es zu einer Verwaltungsvereinfachung gekommen sei, die die Finanzämter bei der Steuererhebung „spürbar" entlaste. Jedoch seien die Wohnkosten für Familien, die Wohneigentum zur Selbstnutzung kauften, „enorm" gestiegen, ebenfalls die Grundstückspreise.

Dollar stützt Export begrenzt

Bonn (dpa/VWD) – Der deutsche Export wird durch den hohen Dollar-Kurs gegenwärtig nur auf eng begrenzten Märkten wie den USA, Kanada, Großbritannien und einigen Übersee-Industrieländern begünstigt. Dar*auf hat* der *Präsident* des *Bundesver*bandes des Deutschen Groß- und Einzelhandels (BGA), Hans Hartwig, gestern hingewiesen und zugleich vor einer Fehleinschätzung der weiteren Entwicklung der deutschen Ausfuhr gewarnt. Die große Unsicherheit bleibe auch weiterhin, ob der deutsche *Export an Sortimentenbreite* beziehungsweise Länderauffächerung zunehmen werde.

TALBOT

Produktion hat wieder begonnen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der Talbot-Konflikt kann als ausgestanden gelten. In dem Automobilwerk von Poissy haben gestern nach vierwöchiger Betriebsunterbrechung die ersten „Samba"-Wagen das Fließband verlassen. Andere Talbot-Modelle werden in den nächsten Tagen folgen. Ab Dienstag hofft die Verwaltung, wieder voll produzieren zu können. Erfahrungsgemäß dauert es aber ein halbes Jahr, bis die durch eine derartige Lieferunterbrechung geschwächten Marktpositionen wieder hergestellt werden können.

Nach der kommunistischen CGT-Gewerkschaft hat inzwischen auch die sozialistische CFDT ihren Streikaufruf zurückgezogen. Ihre dafür erhobene Forderung, die Freisetzung der 1905 Arbeiter zunächst auf drei Monate zu begrenzen, um in dieser Zeit bessere soziale Lösungen zu finden, wird als Rückzugsgefecht bewertet. In der breiten Öffentlichkeit hatte die CFDT mit ihrer unhaltbaren Forderung: „Keine einzige Entlassung" schwer an Ansehen verloren.

Um so mehr unterstützt die CGT den neuen Regierungsvorschlag, daß Entlassungen insoweit rückgängig gemacht werden sollen, als andere Abeitnehmer freiwillig aus dem Betrieb ausscheiden. Es ist dabei insbesondere an die Gastarbeiter gedacht, die von der jetzt generell gebotenen Heimkehrprämie von 40 000 Franc Gebrauch machen wollen. Diese Prämie lag bisher bei etwas über 10 000 Franc. Im übrigen sollen besondere Anstrengungen bei der Umschulung auf andere Berufe gemacht werden.

Für die künftigen Belegschaftskürzungen der französischen Industrie erwägt die Regierung die Einführung einer zweijährigen Unterbrechung des Arbeitsvertrages (congé de reconversion), die zur bezahlten Umschulung (70 Prozent des letzten Lohnes) benutzt werden muß. Die näheren Bedingungen – insbesondere für die Wiedereinstellung – sollen gesetzlich festgelegt werden.

RWE / Acht Milliarden für die Umrüstung der Kohlenkraftwerke nach der Großfeuerungsanlagen-Verordnung

Sanierung von UK Wesseling ist ausgestanden

HANS BAUMANN, Essen

Neben der Entscheidung, nun auch die weiterbetriebenen und neuen Kohlenkraftwerke (einschließlich der auf Braunkohlebasis) entsprechend der Großfeuerungsanlagen-Verordnung zur Entschwefelung umzurüsten, was in den kommenden fünf Jahren einen Aufwand von rund 8 Mrd. DM erforderlich macht, war das Sanierungsprogramm für UK Wesseling das entscheidende Datum im Geschäftsjahr 1982/83 (30. 6.) der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk (RWE) AG, Essen.

Die Therapie: Nachdem zu dem Verlust von 290 Mill. DM in 1982 auch 1983 wieder ein Verlust „in dreistelliger Höhe" (so ausweichend Finanzchef Friedhelm Gieske) kommen wird, wurde erst einmal Rheinbraun mit einer Kapitalaufstockung von 350 auf 570 Mill. DM gestärkt, da UK zu 75 Prozent bei Rheinbraun und zu 25 Prozent bei Hoechst liegt. Ferner stellte das RWE in ihrer jüngsten Bilanz 150 Mill. DM in die Rückstellungen für UK. Dazu kommt bei Rheinbraun ein Verkaufserlös (ebenfalls dreistellig „mit einer Eins vorn") in die Kasse durch Abgabe von 70prozentigen Beteiligungen an drei Gesellschaften an Mutter RWE.

Nach Einsatz eines neuen Finanzrückgrats wird die industriepolitische Konstellation bereinigt und durch Investitionen dem Markt Rechnung getragen. Am 12. Januar wird der Aufsichtsrat von UK Wesseling beschließen, daß Hoechst seine Schachtel an UK an Rheinbraun zurückgibt und Hoechst dafür von UK eine Drittelbeteiligung an der Ruhrchemie („etwas über Nominalwert") kauft.

Abgerundet wird diese Transaktion durch den Abschluß eines langfristigen Olefin-Liefervertrages von UK mit Hoechst, im Prinzip die Fortsetzung einer langen Geschäftstradition und wohl auch der entscheidende Überlebensakt für UK. UK setzt in den nächsten beiden Jahren 400 Mill. DM ein für die Errichtung einer Vakuum-Destillation und für die Umstellung der Äthylenanlagen (Herzstück von UK). Die Belegschaft von früher 2900 Mitarbeitern bei UK wird von heute 2500 weiter auf 2000 abgebaut.

Diese Operation wird um so leichter zu bewältigen sein, als das RWE zum erstenmal seit 1950 im Berichtsjahr einen Absatzeinbruch von 2,3 Prozent hinnehmen mußte, es aber schon in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres wieder aufwärts ging – und erst recht im neuen Jahr: 4 Prozent Plus in den ersten sechs Monaten des neuen Geschäftsjahres, wie Vorstandsmitglied Heinz Heiderhoff mitteilte.

Die Verbesserung des Jahresüberschusses trotz des Absatzknicks nach unten verdankt das RWE ausschließlich den Konzerngesellschaften, obwohl auch hier die Konjunkturflaute deutlich wurde, aber eine Wende zum Besseren unübersehbar wird. Der Jahresüberschuß von 484 Mill. DM und von anteiligen 2 Prozent auf die jungen Aktien von nom. 450 Mill. DM, die mit Agio 811 Mill. DM in die Kasse brachten.

Diese Mittel wurden wiederum für die Refinanzierung der Leasing-Gesellschaft verwendet, die die Kernkraftwerke Gundremmingen und Mülheim-Kärlich finanziert. Im vorigen Geschäftsjahr wurden für diesen Zweck bereits 1,5 Mrd. DM „vorausgezahlt", die bei Bedarf zurückgeholt und durch Fremdmittel ersetzt werden können. Das wird trotz des ausgezeichneten Cash-flows des Unternehmens und trotz des beachtlich niedrigen Verschuldungsgrades notwendig werden, wenn das hochgerechnete Investitionsprogramm von 25,6 Mrd. DM in den kommenden fünf Jahren glatt erfüllt werden soll, zu denen noch einmal 3,8 Mrd. DM Objektfinanzierung für Gundremmingen und Mülheim-Kärlich kommen, die nicht in der RWE-Bilanz auftauchten, aber bereitgestellt werden müssen.

Dennoch ist Friedhelm Gieske sicher, daß die Aktionäre 1984 und 1985 nicht für eine neue Kapitalerhöhung zur Kasse gebeten werden. Schließlich konnten die Rücklagen von 2,5 auf fast 3 Mrd. DM erhöht werden. Wie ernst es dieses Haus mit der Dauerthesaurierung meint, zeigt auch der Posten Rückstellungen von nun 11,3 (10) Mrd. DM. Man ist für alle Lebenslagen gerüstet.

Daß die Aktionäre (laut neuer Umfrage unverändert rund 200 000) von solcher Solidität profitieren, liegt auf der Hand. Gieske formulierte es vorsichtig so: „Wir legen traditionell Wert auf Aktionärsfreundlichkeit." Und: „Mit unserer Dividendenpolitik wollen wir für unsere Anleger interessant bleiben." Da liegt es nahe, auch für das laufende Geschäftsjahr wieder auf 8 DM (16 Prozent) Dividende zu tippen, was allerdings heißt, daß dann für das voll dividendenberechtigte Aktienkapital die Ausschüttung um 54 auf insgesamt 360 Mill. DM erhöht werden müßte.

RWE	1982/83	± %
Umsatz Mill. DM, Konzern	24 118	+4,8
AG	12 961	+2,2
Absatz (GWh)	116 189	–2,3
dav. Eigenerzg. (%)	77	–1
Netz (km)	136 205	(135 100)
Belegschaft (Konzern)	70 354	–0,36
Brutto-Cash-flow ¹) Konzern	4 246	+1,4
AG (Mill. DM)	2 374	–3,2
in % Prozent des Umsatzes (AG)	18,3	(20)
Nettogewinn ²)	595	–5,6
in Prozent des Umsatzes	4,6	(5,1)
Umsatzrendite	3,15	(3,01)
Investitionen (Konzern)	4 267	+12,3
(AG)	2 109	+24
Netto-Cash-flow ¹) Konzern	2 727	+2,2
AG	1 305	–9,2
Verschuldungsgrad Konzern	1,7	1,8
AG	1,9	2,0

¹) Jahresübersch. + Zuf. z. langfr. Rückst. + Abschr. ± ao. Pos. + EEV-Steuern; netto: minus EEV, minus Dividendensumme.
²) Gewinn je Aktie 50 DM nom.: AG 16,53 (17,49) DM, einschl. dividendenberechtigtem neuen AK 15,55 DM. Konzern 21,44 (23,10) DM, einschl. anteiligem neuen AK 20,18 DM.

AUTOMOBILE / Britische Industrie holt auf

Produktion kräftig erhöht

WILHELM FURLER, London

Zum ersten Mal seit 1979 sind in Großbritannien im vergangenen Jahr wieder mehr als eine Million Personenwagen produziert worden. Im Jahr zuvor lag die britische Pkw-Produktion noch bei 880 000 Fahrzeugen. Der Anstieg um zwölf bis 13 Prozent – die genauen Zahlen liegen noch nicht vor – wird vom Verband der britischen Automobilhersteller und Händler (SMMT) mit einer deutlich verbesserten Produktivität, höherer Zuverlässigkeit und gestiegenem Qualitätsbewußtsein in der britischen Automobilindustrie erklärt.

Die Automobil-Nachfrage hat in Großbritannien 1983 eine unerwartet hohe Steigerung erfahren. Den jüngsten Angaben des Verbandes zufolge sind die Erstzulassungen auf die Rekordzahl von 1,791 Millionen Neuwagen gestiegen. Das sind 15,3 Prozent mehr als im Jahr zuvor und 4,4 Prozent mehr als im bisherigen Rekordjahr 1979.

So beeindruckend diese Zahlen auf den ersten Blick allerdings auch wirken mögen, verblassen sie doch vor den früheren Erfolgen der einmal zur Weltelite zählenden britischen Automobilindustrie. Was die britischen Autohersteller erreicht haben, ist lediglich, daß der rapide Rückgang der Autoproduktion von einem Höchststand im Jahre 1972 von 1,9 Millionen Pkw auf knapp 900 000 im vergangenen Jahr gestoppt werden konnte. Noch immer ist aber der Anteil der Importfahrzeuge an den Neuzulassungen mit 56,9 (1982: 57,7) Prozent während der ersten elf Monate dieses Jahres außergewöhnlich hoch.

Doch der britische Herstellerverband ist sich sicher, daß der Marktanteil der heimischen Fahrzeuge in den nächsten Jahren deutlich angehoben werden kann. Dabei setzt der Verband zum einen auf die verbesserte Leistungsfähigkeit der britischen Automobilindustrie. So sei inzwischen die Produktivität in den meisten Werken mit der bei den kontinentaleuropäischen Wettbewerbern ohne weiteres zu vergleichen.

Zum zweiten wird auf die zu erwartende günstige Nachfrageentwicklung in Großbritannien verwiesen, wo deutlich weniger Personenwagen im Verhältnis zur Bevölkerungszahl zugelassen sind als auf dem Kontinent oder gar in Amerika: Während in den USA 1982 auf 1000 Einwohner 538 zugelassene Pkw kamen und in Deutschland 390, in Frankreich 375 und in Italien 339, waren es in Großbritannien nur 287.

Beeindruckend nimmt sich die Produktivitätsverbesserung in weiten Teilen der britischen Automobilindustrie aus. So hat die British-Leyland-Tochter Jaguar, die noch 1980 mehr als 10 000 Mitarbeiter beschäftigte, in jenem Jahr nur 13 800 Wagen produziert. Heute werden mit 8000 Beschäftigten rund 28 000 Jaguars gefertigt. Und bei der Austin-Rover-Gruppe ist die Autoproduktion je Arbeiter von 5,9 Pkw im Jahre 1979 auf heute zwischen zwölf und 14 Fahrzeuge gestiegen.

Immer noch sehr schwer tun sich die britischen Automobilhersteller im Export. Das negative Image der Vergangenheit in punkto Zuverlässigkeit, Lieferzeiten, Styling und Kundendienst läßt sich nicht so ohne weiteres überwinden. Zusätzlich erschwert wurden die Exporte in letzter Zeit durch den relativ stabilen Pfundkurs.

Deswegen und auch wegen der extrem starken Binnennachfrage ist der Exportanteil in der britischen Automobilindustrie von gewöhnlich rund 30 Prozent auf gegenwärtig nur 23 Prozent zurückgefallen.

GROSSBRITANNIEN / Geldmenge stark gewachsen

Zielkorridor verlassen

WILHELM FURLER, London

Die Hoffnungen in Großbritannien, daß die Zinsen in absehbarer Zeit gesenkt werden könnten, sind vorerst enttäuscht worden. Den jüngsten Angaben der Bank von England zufolge ist nämlich die Geldmenge im Dezember stärker gewachsen, als allgemein erwartet worden war. Die Beschleunigung des Geldmengenwachstums geht in erster Linie auf den Boom der Konsumenten-Ausgaben im Weihnachtsgeschäft zurück.

Zur teilweisen Finanzierung dieser Zusatzausgaben haben immer mehr Verbraucher auf die Möglichkeit von Teilzahlungskrediten, zinslosen Kaufdarlehen und Bank- bzw. Überziehungskrediten zurückgegriffen. Verbrauchern eingeräumte neue Kredite nahmen allein im November gegenüber Oktober um 14 Prozent zu. Ende November erreichte der gesamte von Spezialinstituten für Verbraucher-Kredite vergebene Kreditbetrag 14,1 Milliarden Pfund (56 Milliarden Mark). 22 Prozent mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Entsprechend diesem scharfen Anstieg der Ausleihungen an den Privatsektor hat die Geldmengen-Ausweitung im Dezember die oberste Begrenzung der von der Regierung festgelegten Bandbreite erreicht. Die von der Notenbank zur Beurteilung der monetären Entwicklung bevorzugte und am weitesten gefaßte Geldmengen-Definition Sterling M 3 (sie umfaßt Zentralbankgeld im Umlauf sowie Sterling-Sicht- und Terminkonten einschließlich Spareinlagen) hat sich im Dezember um gut 1,25 Prozent ausgeweitet. Die enggefaßte Geldmenge M 1 (Zentralbankgeld plus Bankeinlagen, die ohne Kündigung abgezogen werden können) ist sogar um 1,5 Prozent gewachsen.

Damit hat das Wachstum der Geldmenge Sterling M 3 seit Februar vergangenen Jahres auf Zwölf-Monats-Basis elf Prozent erreicht, das von M 1 sogar 13 Prozent.

GENERAL MOTORS / Nur noch zwei Gruppen

Aufteilung beschlossen

H.-A. SIEBERT, Washington

Der Verwaltungsrat der General Motors Corporation (GM), der aus 24 Mitgliedern besteht, hat einstimmig die Aufteilung der fünf Produktionsabteilungen in zwei Gruppen beschlossen (WELT vom 4. Januar). Danach bauen künftig Chevrolet und Pontiac kleinere und Oldsmobile, Buick und Cadillac größere Autos. Fachleute werten die Umorganisation als die weitreichendste Entscheidung in der 75jährigen Geschichte des größten Automobilkonzerns der Welt. Mit der Verwirklichung des Beschlusses wird sofort begonnen. Im Video-Verfahren wurden 5000 Führungskräfte des Riesenunternehmens gleichzeitig über die Einzelheiten unterrichtet.

Der Vorstandsvorsitzende Roger Smith verspricht sich von der Zusammenlegung in zwei Gruppen „höhere Qualität, niedrigere Kosten und eine schnellere Anpassung an die Nachfrage". GM orientiere sich stärker am Markt, die Flexibilität nehme erheblich zu. Die fünf „divisions" haben sich in der Vergangenheit gegenseitig Konkurrenz gemacht. Die Gruppe „Kleinwagen" umfaßt außer Chevrolet und Pontiac auch General Motors of Canada und wird vom bisherigen Buick-Chef Lloyd Reuss geleitet, der zum „Executive Vice President" ernannt wird.

Der Generaldirektor von Chevrolet, Robert Stempel, übernimmt die Leitung der Gruppe „Großautos", die auch Straßenkreuzer von Chevrolet und Pontiac von ihren Bändern laufen läßt. GM wird die traditionsreichen Firmennamen Chevrolet, Pontiac, Oldsmobile, Buick und Cadillac im Service, Verkauf und Marketing weiterverwenden. Zusammengelegt werden jedoch jeweils die Bereiche Entwicklung, Design, Konstruktion und Produktion. Trotz des guten Abschneidens im vergangenen Jahr beklagte Smith, daß die Geschäftsergebnisse des Konzerns noch immer um 20 Prozent unter dem Niveau des Boomjahres 1978 liegen würden.

FRANKREICH / Fluggesellschaften im Aufwind

Air France in Gewinnzone

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französischen Luftverkehrsgesellschaften haben der Krise des vergangenen Jahres überraschend gut widerstanden. Vor allem der staatlichen Air France ist es gelungen, aus den roten Zahlen zu kommen. Nach einem Verlust von 790 Mill. Franc in 1982 dürfte sie ihr letztes Geschäftsjahr mit einem symbolischen Reingewinn abschließen, verlautet in Paris.

Demgegenüber veranschlagt man hier die Verluste aller dem Iata-Abkommen angehörenden internationalen Gesellschaften für 1983 auf immer noch 700 Mill. Dollar. Als wichtigste Ursache dafür wird die hohe Verschuldung – rund 1 Mrd. Dollar – angegeben. Dabei hatte die Air France im Unterschied zu den meisten ihrer Konkurrenten aber weder ihre Flotte noch ihren Personalbestand reduziert.

Wie alle Gesellschaften, so profitierte die Air France allerdings von der Treibstoffverbilligung, die bei ihr mit 400 Mill. Franc zu Buche schlug. Die andere Hälfte des Verlustausgleichs wurde durch eine starke Ausweitung des Ferienverkehrs zu den französischen Antillen herbeigeführt. Dadurch wurden die Verkehrsverluste ins Devisenausland mehr als ausgeglichen. Weniger günstig verlief die Entwicklung bei der privaten UTA, die einen gleich hohen Gewinn wie im Vorjahr (7 Mill. Franc) ausweisen dürfte. Die Verkehrsleistung der Gesellschaft schrumpfte um 5 Prozent (Passagiere) und um 3 Prozent (Passagier-Kilometer).

Die innerfranzösische Fluggesellschaft Air Inter konnte dagegen ihren Personenverkehr um 7 Prozent steigern, obwohl ihr auf der Strecke Paris–Lyon der Hochgeschwindigkeitszug TGV zunehmend Konkurrenz machte. Dies wird sich aber erst in diesem Jahr finanziell niederschlagen, da die Gesellschaft ihr gestopptes Investitionsprogramm wieder aufnehmen muß. Der Air-Inter-Gewinn wird auf 10 Mill. Franc geschätzt.

Stahlindustrie noch mehr in Nöten

J. Sch. Paris

Die Finanzkrise der französischen Eisen- und Stahlindustrie spitzt sich zu. Denn die Regierung will den beiden verstaatlichten Konzernen Usinor und Saçilor bei weitem nicht die Mittel zur Verfügung stellen, welche diese 1984 zur Abdeckung ihrer Verluste benötigen. Nachdem sie 1983 schätzungsweise 10 Milliarden Franc erreicht haben, war für dieses Jahr ein Minus von 12 Milliarden Franc geplant worden.

Im Staatshaushalt für 1984 hatte die Regierung zugunsten von Usinor und Saçilor Kapitaldotationen von 6,2 Milliarden Franc vorgesehen. Unter Hinweis darauf fordert das Finanzministerium, daß die Verwaltungen der beiden Gesellschaften ihre Defizite kräftig reduzieren. Das ist aber nur durch eine drastische Kürzung der Belegschaft möglich. Um bis 1987/88 aus den roten Zahlen zu kommen, müßten nach Angaben der Stahlindustrie 25 000 bis 35 000 Arbeitsplätze beseitigt werden. Wie dies geschehen soll, ist noch völlig offen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Honda investiert in USA

Washington (sbt) – Das japanische Automobilunternehmen Honda Motor Co. hat eine Aufstockung der Investitionen im amerikanischen Zweigwerk Marysville, Ohio, um 240 Millionen Dollar angekündigt. Noch in diesem Jahr soll die Pkw-Produktion von 55 000 auf 150 000 Einheiten ausgeweitet werden. Für 1988 werden 300 000 Wagen anvisiert. Zugleich vergrößert Honda das US-Verkaufsnetz von 850 auf 1000 Händler. In Marysville montierte das japanische Unternehmen 1983 außerdem 41 000 Motorräder; neue Modelle sind geplant. Mit dem verstärkten US-Engagement will Honda die Importrestriktionen unterlaufen; ihre Jahresquote beträgt nur 349 000 Pkw.

Dierig: Überschuß erhöht

Augsburg (Stw) – Von einem leichten Umsatzplus bei Einbußen auf einigen Exportmärkten, insgesamt voll ausgelasteten Kapazitäten sowie einem gegenüber dem Vorjahreszeitpunkt höheren Auftragsbestand und verbesserter Liquidität berichtet die Dierig Holding AG, Augsburg, in einem Aktionärsbrief zur Geschäftsentwicklung des Jahres 1983. Per 30. 9. konnte der Textilhersteller mit 295 Mill. DM drei Prozent mehr umsetzen als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Der Überschuß sei in den ersten neun Monaten 1983 gleichfalls erhöht worden „bei ansteigender Tendenz der Betriebsergebnisse". 1982 hatte die Dierig-Gruppe bei 404,5 Mill. DM Umsatz (plus 3,7 Prozent) einen ordentlichen Jahresüberschuß von 10 Mill. DM erwirtschaftet. Aus der Ende Dezember 1983 vollzogenen Kapitalherabsetzung um ein Viertel auf 30 Mill. DM werden in diesen Tagen 10 Mill. DM an die Aktionäre ausgeschüttet.

Befriedigendes Geschäft

Frankfurt (cd.) – Über ein insgesamt befriedigendes Geschäft berichtet die zum Konzern der Deutschen Bank gehörende Frankfurter Hypothekenbank, die 1983 ihre Darlehenszusagen nur mäßig um 2¼ Prozent auf 3,98 Mrd. DM steigerte und zwar ausschließlich im Hypothekengeschäft, in dem die Zusagen um 7¼ Prozent auf 1,95 Mrd. zunahmen, während das Kommunalgeschäft um 2⅛ Prozent auf 2,02 Mrd. DM zurückging. Von den 3,1 (Vorjahr: 2,2) Mrd. DM zur Prolongation mit Bedingungsanpassung anstehenden Darlehen wurden mehr als 80 Prozent verlängert. Ausgezahlt hat die Bank 3,71 (3,66) Mrd. DM Darlehen. Die Bilanzsumme stieg von knapp 24 auf über 25 Mrd. DM.

IBM: Neuer Marketing-Bereich

nl. Stuttgart

„Um die künftigen großen Chancen insbesondere in neuen Märkten zielstrebig zu erschließen", werde die IBM Deutschland GmbH, Stuttgart, wie IBM-Chef Lothar F. W. Sparberg vor Führungskräften des Unternehmens ausführte, einen zweiten Marketing-Bereich gründen. Schwerpunkte dieses Geschäftsbereichs „neue Märkte", dessen Leitung Karl E. Michel, bisher Leiter des Geschäftsbereichs „Marketing", übernimmt, sind die in eigenständige Geschäftseinheiten gegliederten Verantwortlichkeiten für Personal, Computer, Bildschirmtext und Telekommunikation. Den Geschäftsbereich „Vertrieb Informationssysteme" übernimmt Generalbevollmächtigter Hans Kohn. Sparberg teilte im übrigen mit, daß der Umsatz des Unternehmens in 1983 die 10-Milliarden-Marke überschritten habe, das bedeutet einen Zuwachs in zweistelliger Prozent-Größe.

WARSTEINER BRAUEREI / Eigener Stausee

Absatz über zwei Millionen

HANS BAUMANN, Essen

Das ungestüme Wachstum der Warsteiner Brauerei Gebr. Cramer KG, Warstein, hat auch 1983 angehalten. Der Bierausstoß erhöhte sich erneut zweistellig, und zwar um 13,3 Prozent auf 1,996 Mill. Hektoliter. Einschließlich der überregional vertriebenen Handelsmarke Frankenheim Alt wurde die 2-Mill.-Hektoliter-Grenze deutlich überschritten. Der Umsatzanstieg geht noch über das Mengenwachstum hinaus, er betrug 14,2 Prozent auf 276,7 Mill. DM.

An dem Erfolg sind nach Auskunft der Verwaltung sowohl das Inland als auch neue Märkte im Ausland beteiligt. Allein 1983 konnten 1400 neue Gaststätten für Warsteiner gewonnen werden. Warstein ist wegen seiner geographischen Lage fern der Ballungszentren darauf angewiesen, seine Biere zu versenden.

Zum Jahreswechsel hat sich das Unternehmen in seiner Struktur dem Wachstum und der erlangten Bedeutung angepaßt. Die bisherigen Komplementäre Albert und Claus Cramer (Vettern) wurden mit Wirkung vom 1. Januar 1984 an zu Kommanditisten. Als Komplementär fungiert jetzt die „Haus Cramer GmbH". Das Kommanditkapital wurde spürbar auf 30 Mill. DM aufgestockt.

Diese Neukonstruktion wurde gewählt, um das Schicksal des Unternehmens von den persönlichen Schicksalswegen der Gesellschafter unabhängig zu machen und die Kontinuität der Warsteiner Brauerei zu sichern. Warsteiner beschäftigt zur Zeit 535 Mitarbeiter. Für 1984 ist ein Investitionsvolumen von 30 Mill. DM vorgesehen. Die fünfjährigen Planungen zur Sicherung eigenen Brauwassers sind abgeschlossen. Mitte dieses Jahres wird nach langwierigen Genehmigungsverfahren mit dem Bau eines eigenen Stausees für 15 Mill. DM begonnen.

HEIMTEXTIL / Angesichts leerer Läger im Handel ist die Hoffnung auf ausreichende Aufträge ausgeprägt

Groß sind die Sorgen um auskömmliche Preise

INGE ADHAM, Frankfurt

Die Internationale Fachmesse für Heim- und Haustextilien, Heimtextil, in Frankfurt hat mit dem gewohnten internationalen Andrang begonnen. Das Interesse für die neuen Trends in Sachen textiler Ausstattung des Heims ist groß. Ob sich das Interesse in Aufträgen niederschlägt, muß noch abgewartet werden. Vorerst zieht sich wie ein roter Faden durch die Gespräche mit den Ausstellern nicht die Sorge, keine Aufträge zu bekommen – angesichts leerer Läger im Handel ist man da recht guter Hoffnung. Größer ist die Sorge, sie nicht zu „auskömmlichen" Preisen zu bekommen. Denn vor allem bei Baumwolle und Chemiefasern sind die Rohstoffpreise innerhalb des letzten Jahres mit teils erheblichem Schwung ins Steigen geraten, bei der Baumwolle zusätzlich gestützt durch die Dollarkursentwicklung.

Egeria über den Berg

Als „endgültig über den Berg" kennzeichnet der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende Horst Guckes die Egeria und lobt dafür ausdrücklich den geschäftsführenden Gesellschafter Heinz Roger Jaeger, dem es gelungen sei, die Württembergische Frottierweberei Lustnau GmbH, Tübingen, wieder in schwarze Zahlen zu bringen. Jaeger spricht von einem „siebenstelligen" positiven Betriebsergebnis im Konzern. Der Frottierspezialist erzielte 1982/83 (30. 6.) mit 627 Beschäftigten bei 27 Prozent Exportquote insgesamt 75 Mill. DM Umsatz; im Jahr zuvor waren es mit der Restabwicklung von Hautana-Vollmoeller 76 Mill. DM. Bei derzeit wie im Vorjahr 5,5 Mill. DM Auftragsbestand erwartete Jaeger für das neue Geschäftsjahr rund 80 Mill. DM Umsatz.

Freundlichere Töne

Sowohl bei Decken als auch im Teppichbodenbereich schnitt die Zoeppritz AG, Heidenheim, im vergangenen Jahr nach Angaben ihres Sprechers Karl-Rudolf Diel besser ab als der Markt. Per saldo schlug sich das nach einem Umsatzrückgang um 6,6 Prozent im Vorjahr in einer Umsatzsteigerung von 10 Prozent auf knapp 71 (64) Mill. DM nieder, wobei die Teppichboden-Sparte mit einem Plus von 15 Prozent auf 43,5 Mill. DM vorn lag. Dieser Bereich habe auch das Ertragsziel wesentlich übertroffen. Trotz einer „erheblichen" Verbesserung wird das Unternehmen mit 370 Mitarbeitern aber noch einen kleinen Fehlbetrag ausweisen. Für dieses Jahr setzt Zoeppritz auf weiter kontinuierliche Aufwärtsbewegung.

DE-KO-WE kam voran

Trotz einigen Ärgers mit den indischen Rohstofflieferanten, die ihre Kokosgarnpreise um bis zu 20 Prozent angehoben haben, ist die DE-KO-WE Schürholz Teppichfabrik GmbH, Dorsten, im vergangenen Jahr gut vorangekommen. Mitinhaber Hans-Jürgen Schürholz betonte, daß man die Umsatzeinbuße des Vorjahres mit einer Steigerung auf 23 (20) Mill. DM wieder mehr als wettgemacht habe. Als Renner erwiesen sich dabei die im Vorjahr vorgestellten Treppenstufenbeläge. Gewichtigstes Bein bleibt aber bei dem Naturfaserspezialisten mit einem Anteil von wieder 42 Prozent der Kokos-Bereich. Die Ertragslage kennzeichnet Schürholz mit „zufriedenstellend".

Keine Billig-Aktionen

Die Ibena Textilwerke Beckmann GmbH & Co., Bocholt, mit 90 Mill. DM Jahresumsatz einer der großen Anbieter im Biberbettwäsche-Bereich, haben sich auch 1983 bewußt aus dem Kampf mit „Billigst-Aktionen" herausgehalten. Dies und eine Einbuße im hart umkämpften Export (Anteil 22 Prozent) ließ, wie Geschäftsführer Josef-Albert Beckmann betont, den Umsatz bei 90 Mill. DM stagnieren. Einbußen gab es vor allem bei Decken und Wohnmänteln, bei Biberbettwäsche sei es dagegen ebenso wie bei technischen Geweben (Umsatzanteil 20 Prozent) weiter aufwärts gegangen. Mit 410 (425) Beschäftigten erzielte Ibena damit einen gegenüber dem Vorjahr unveränderten Ertrag, den Beckmann jedoch mit zu niedrig, „gemessen an Volumen, Einsatz und Aufwand", kennzeichnet. Für dieses Jahr peilt Beckmann eine zehnprozentige Umsatzsteigerung an.

Investition zahlt sich aus

Kostengünstiger als erwartet produziert die Hch. Kettelhack GmbH & Co., Rheine, in ihrem für 46 Mill. DM errichteten neuen Werk. Das Unternehmen (Marke Heike) hat im vergangenen Jahr im neuen Unternehmen gut 10 Mill. Quadratmeter Bettwäschestoff hergestellt, 2 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Umsatz stieg im Geschäftsjahr 1982/83 (30. 6.) um 7 Prozent auf 32 Mill. DM und damit stärker als geplant; für das laufende Geschäftsjahr werden 35 Mill. DM erwartet. Trotz „rigorosen" Wettbewerbs habe man das Betriebsergebnis steigern können, betont Rudolf Kettelhack. Erfolge vermeldet Kettelhack auch im Export (Anteil derzeit 10 Prozent).

NAMEN

Dr. Manfred Hoffmann (48), bisher Direktor der Landesdirektion West Düsseldorf, der Erste Allgemeine Versicherungs AG, ist ab 1. Januar 1984 zum Vorstandsmitglied für Marketing und Vertrieb der Trans Atlantischen Sachversicherungs AG, Hamburg, bestellt worden.

Dr. Bernd Kunze (41) ist zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Volkswohl-Bund Lebensversicherung aG und der Volkswohl-Bund Sachversicherung AG, Dortmund, berufen worden.

Hanns Heinz Schönrock, langjähriger technischer Geschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Zementindustrie und Leiter der Bauberatung Zement, vollendete das 75. Lebensjahr.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Berlin-Charlottenburg: Berolina Bau- u. Tischlereibetrieb GmbH; **Düsseldorf:** Elektromeister Udo Johann Heinrich Schön; F. E. zu Solms Mikroverfilmung GmbH; **Heilbronn:** Bölke GmbH, Erdmannhausen; **Kassel:** TuB Bauunternehmung GmbH; **Kleve:** G. Van Dyk GmbH (Bergbaubedarf und Maschineninstandsetzung), Geldern; **Krefeld:** Anton Schick Zylinder- u. Kurbelwellenschleiferei GmbH & Co. KG; Wieland GmbH, Wesel; **Limburg/Lahn:** Geigl Folien, Kunststoffe, Verpackungen GmbH, Runkel 1; **Lübeck:** Norbert Flint; **München:** Adolf Lüters & Hans Birkenfeld GmbH; Grimm & Bleicher GmbH & Co. KG; Nachl. d. Anna Josefa Hirschfeld, vorm. Krankenschwester; Nachl. d. Josef Bonifaz Wittmann; Sewoplan-Seniorenwohnheim-Planungs- u. Verwaltungsges. m. b. H.; **Nürnberg:** Wilhelm Weltrowski, Inh. d. Wilhelm Weltrowski Werkzeug – Formenbau; **Stuttgart:** Nachl. d. Horst Heinrich Wenzel.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Düsseldorf: Hermann Amthor OGH; **Göppingen:** Staufen Fahrzeugwerke Eislingen; **Neunkirchen:** Kaiserslauterner Fahrzeug u. Maschinenbau AG KFM; **Rastatt:** Jim Jon Flower Leasing GmbH Deutschland, Kuppenheim; **Ravensburg:** Lanz Maschinenfabrik AG & Co., Aulendorf; **Siegen:** ETS-Elektrotechnik GmbH.

Vergleich eröffnet: Düsseldorf: Hans-Günter Selbeck, Kaufmann, Ratingen, Inh. d. Selbeck & Co., Pelzmaschinenfabrikation, Ratingen.

Vergleich beantragt: Gelsenkirchen: Ida Rosing GmbH; **Oldenburg:** Maschinenfabrik Klaus-Gerd Hoes GmbH & Co. KG, Westerholt; Hoes Verwaltung GmbH, Wardenburg-Westerholt; Maschinenfabrik Lathen GmbH, Papenburg; Klaus-Gerd Hoes GmbH & Co. KG, Wildeshausen; Klaus-Gerd Hoes GmbH-Beteiligungsges., Wildeshausen; **Osterholz-Scharmbeck:** AHP Allgemeine-Hochbau-Planungsges. mbH + Co., KG, Schwanewede; AHP Allgemeine-Hochbau-Planungsges. mbH, Schwanewede; **Stuttgart:** Bequemschuh- u. Gesundheitswäsche-Versand GmbH, Schorndorf.

Anleihemarkt leicht schwankend

Die starken Dollar-Kursschwankungen prägten am Mittwoch auch das Bild am deutschen Rentenmarkt. Öffentliche Anleihen zeigten Kursabweichungen gegenüber Dienstag zwischen plus und minus 0,25 Prozentpunkten, wobei die Umsätze sich in mittlerem Rahmen hielten. Niemand wußte so recht, woran er war. DM-Auslandsanleihen tendierten ebenfalls uneinheitlich. Am Pfandbriefmarkt änderten sich die Kurse am Mittwoch kaum.

Bundesanleihen

		11. 1.	10. 1.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,3G	100,3G
8 Bund 76 I	2/84	100,05	100,05G
7 dgl. 77	3/84	100,05	100bG
7½ dgl. 78 II	4/84	100,15	100,1bG
5 dgl. 78	5/84	99,85	99,6
6 dgl. 78 III	8/84	99,75bG	99,75
8¼ dgl. 78	9/84	101,05G	101,5
6 dgl. 78 IV	12/84	99,4	99,4
6¼ dgl. 79	1/85	99,6	99,6
8½ dgl. 73 I	3/85	101,65	101,65
7 dgl. 79	4/85	99,9G	99,9
7¼ dgl. 79 II	6/85	100,1	100
7¾ dgl. 79 I	7/85	100,65	100,65
8 dgl. 78 IV	10/85	100,9	101G
5½ dgl. 78 II	3/86	96,45	96,3
5¾ dgl. 78	5/86	95,85	95,95
7¼ dgl. 76 I	12/86	98,8	98,8
6½ dgl. 79	1/87	96,75	96,75
7¼ dgl. 78 II	1/87	98,7	98,8
6¾ dgl. 77	4/87	96,9G	96,9
6½ dgl. 77	7/87	95,65	95,6
6 dgl. 77	10/87	93,7	93,7
6 dgl. 78 I	1/88	93,8	94,2
6¼ dgl. 78 I	9/88	94,25	94,3
6½ dgl. 78 II	12/88	94,15	94,15
6¾ dgl. 79	1/89	95,05	95,05
7½ dgl. 79 I	4/89	96,2	96,2
10 dgl. 81	4/89	107	107
7½ dgl. 79 I	6/89	97,05G	97,05
8 dgl. 79 I	7/89	99,3	99,3
8 dgl. 79 II	8/89	99,35	99,3
7½ dgl. 79 II	9/89	96,65	96,55
7¾ dgl. 79 II	11/89	97,8	97,6
7¾ dgl. 80 I	1/90	97,65	97,4
10 dgl. 80	4/90	107,85	107,85
5¾ dgl. 78	5/90	90,6	90,7
8¼ dgl. 80 I	7/90	99,8	99,75
8¼ dgl. 80 II	11/90	99,75	97,3
7¾ dgl. 82	11/90	97,3	97,75bG
9 dgl. 81	2/91	103,2	103,2
10¾ dgl. 81	7/91	109,5	109,5
10¾ dgl. 81	9/91	112,45	112,45
10 dgl. 81 II	12/91	108,35bG	108,15
9¾ dgl. 82 I	1/92	107,2	107,2
9¾ dgl. 82 II	3/92	107,2G	107,2
6 dgl. 78 II	3/93	87,8	87,7
9,5 dgl. 82	4/92	105,8	105,75
9 dgl. 82	5/92	103,05	103,1bG
8½ dgl. 82	6/92	100,2	100,2
9 dgl. 82	8/92	103	103
8¾ dgl. 82	9/92	101,4	101,4
7¾ dgl. 82	12/92	95,8	95,8
7½ dgl. 83	1/93	94,15	94,15
7½ dgl. 83 II	3/93	94,05	93,85
7½ dgl. 83 III	5/93	95,4	95,45G
8¼ dgl. 83	6/93	98,6	98,6
8 dgl. 83	7/93	97,15	96,85
8¼ dgl. 83 II	8/93	98,65	98,8bG
8¼ dgl. 83 III	10/93	98,65	98,5
8¼ dgl. 83 IV	11/93	98,7	98,7
8¼ dgl. 83 V	12/93	98,75	98,75
8¼ dgl. 84	1/94	99,5	99,6
F 7¾ B.Obl.79 S.1	12/84	100,8	100,8bG
8 dgl. 80 S.2	2/85	101,2	101,2G
8¼ dgl. 80 S.3	2/85	101,45	101,45
9¼ dgl. 80 S.4	3/85	102,2	102,2
8¾ dgl. 80 S.5	4/85	101,8	101,9
8½ dgl. 80 S.6	5/85	101,2	101,2
8 dgl. 80 S.7	6/85	100,9	100,9
7½ dgl. 80 S.8	8/85	100,2	100,2
8¼ dgl. 80 S.9	10/85	101,35	101,35
8¾ dgl. 80 S.10	1/86	102	102
9 dgl. 81 S.11	1/86	102,45	102,45
9¾ dgl. 81 S.12	3/86	103,9	103,9G
10 dgl. 81 S.13	3/86	104,3	104,2
8½ dgl. 81 S.14	4/86	103,	103,1G
10 dgl. 81 S.15	4/86	104,15	104,1
10½ dgl. 81 S.16	6/86	105,3	105,2G
11 dgl. 81 S.17	8/86	106,4	106,35
10½ dgl. 81 S.18	10/86	105,7G	105,7
10 dgl. 81 S.19	10/86	104,5G	104,5
9½ dgl. 81 S.20	11/86	103,4	103,5
10¼ dgl. 81 S.21	11/86	105,1	105,3
10 dgl. 81 S.22	11/86	104,6	104,7G
9½ dgl. 81 S.23	12/86	103,65	103,5
9¾ dgl. 82 S.24	1/87	104,2	104,15
9½ dgl. 82 S.25	3/87	103,6	103,6
9¼ dgl. 82 S.26	4/87	102,9	102,9
9 dgl. 82 S.27	4/87	102,15	102,1
8½ dgl. 82 S.28	5/87	100,9	100,85
9½ dgl. 82 S.29	7/87	103,75	103,75
9 dgl. 82 S.30	8/87	102,25	102,25
8¾ dgl. 82 S.31	9/87	101,6	101,6
8¼ dgl. 82 S.32	10/87	100,1	100,05
8 dgl. 82 S.33	11/87	99,4	99,45
7¾ dgl. 82 S.34	11/87	98,45	98,4
7½ dgl. 82 S.35	12/87	97,75	97,65
7¼ dgl. 83 S.36	1/88	96,75	96,7
6¾ dgl. 83 S.37	3/88	94,85	94,9
7 dgl. 83 S.38	5/88	95,55	95,5
7¼ dgl. 83 S.39	6/88	96,55G	96,55
7½ dgl. 83 S.40	8/88	97,5	97,55
8 dgl. 83 S.41	8/88	98,95	98,85
8 dgl. 83 S.42	9/88	98,9	98,8
8 dgl. 83 S.43	12/88	99,1	99,1
8¼ dgl. 83 S. 44	12/88	99,8	99,75

Bundesbahn

		11. 1.	10. 1.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,3G	100,3G
7½ Bdbahn 72	2/84	100G	100G
8 dgl. 72	9/84	100,8G	100,8G
8¼ dgl. 76	9/84	101,05G	101,05
6 dgl. 78 III	11/84	99,55	99,55
F 8½ dgl. 79	2/85	99,75	99,75
8¼ dgl. 73	2/85	101,7	101,7
7 dgl. 77	2/87	97,75	97,6
6 dgl. 77	9/87	94,3	94,2
6 dgl. 78 II	7/88	92,85	92,85G
6½ dgl. 77	5/89	92,65	92,8bG
8 dgl. 79 I	7/89	99,45	99,3
8 dgl. 78 I	2/90	99,7	99,85
8 dgl. 80 II	7/90	98,85	98,85
9 dgl. 81	3/91	103	103,2
10½ dgl. 81	8/91	110,86	110,9
10¼ dgl. 81	11/1	109,7	109,6
8 dgl. 80 I	2/92	97,8	97,65
10 dgl. 82	2/92	108,55	108,55
9½ dgl. 82	7/92	105,9	105,85
8 dgl. 82	11/92	97,25	97,1
7¾ dgl. 83	1/93	98,2G	98,2G
8¾ dgl. 83	10/93	98,7	98,7

Bundespost

		11. 1.	10. 1.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,3G	100,3G
6½ Bdpost 68	6/88	98,2	98,2G
8 dgl. 72 I	9/87	100	100
10 dgl. 81	3/89	106,9	106,95
10¼ dgl. 81	6/89	108,15	108,15
8 dgl. 80	3/90	99,05	98,85
7¾ dgl. 80	9/90	97,9	97,9
8¾ dgl. 80	12/90	102,05G	102,5
10½ dgl. 81	10/91	111,2	111,1
9¾ dgl. 82	2/92	107,15G	107,1
8¾ dgl. 82	6/92	101,55	101,45bG
8½ dgl. 82	10/92	100,25	100,2G
7¾ dgl. 83	2/93	98,1G	98,1
8½ dgl. 83	9/93	100,35	100,35

Länder – Städte

		11. 1.	10. 1.
S 6½ Bd.-Wttbg. 78	86	96,75	96G
8¾ dgl. 82	92	98,75	98,75
M 7 Bayern 66	86	100G	100G
6½ dgl. 67	87	100,25G	100,25G
6 dgl. 68	85	98,5G	98,5
7 dgl. 72	84	100G	100G
7½ dgl. 76	84	100	100G
6 dgl. 78	86	93,2	93,2G
8¾ dgl. 80	90	101,5G	101,5
8¾ dgl. 82	90	101,55	101,3
7½ dgl. 83	93	94,25	94,75G
B 8½ Berlin 70	85	101,4	101,4
8 dgl. 72	85	100,4	100,4G
7½ dgl. 76	84	100,1	100,1G
7 dgl. 77	85	100	100
6½ dgl. 78	88	97,25G	97,25-
8¾ dgl. 80	88	102,1	102,7G
Br 7¾ Bremen 71	87	100,3G	100,3
8 dgl. 72	87	100,5G	100,5G
7½ dgl. 83	93	93,75G	94,25G
H 8½ Hamburg 70	85	101,15	101,15
6¾ dgl. 77	92	94,7	94,8
8 dgl. 80	92	98,2	98,5G
9¾ dgl. 82	92	107G	107G
7½ dgl. 83	92	93,5G	94G
F 8 Hessen 71	86	100	100
6¼ dgl. 78	88	92,75	92,75
Ha 8½ Nieders. 70	85	101,2	101,3G
7½ dgl. 72	87	99,5G	99,75
8 dgl. 72	87	100	100,3G
7½ dgl. 78	87	97,6	97,65
7¾ dgl. 82	92	95,2G	95,5
8 dgl. 83	93	96,8	97G
D 7½ NRW 83	93	94	94G
7¾ dgl. 83	93	95,25G	95,5
8½ dgl. 83	93	99,9	100
8¼ dgl. 83	93	98,5G	98,75
F 6 Rhld.-Pf. 64 II	84	99,4	99,4
8 dgl. 71	86	100,05	100,05
F 6½ Saar 70	85	100,5G	100,75G
7 dgl. 72	87	98G	98,4
6 dgl. 78	88	92,7	92,8
H 6 Schl.-H. 64 II	84	99,75G	99,75G
7¼ dgl. 72	87	99G	99G
8½ dgl. 73	85	101,25G	101,25
D 7 Essen 72	85	99,7G	99,7bG
M 6 München 64	84	99,75G	99,75
S 7½ Stuttgart 71	86	100,25G	100,25G
7¾ dgl. 72	87	100,25G	100,25G
8 dgl. 83	93	96,75	97,25G

Bankschuldverschreib.

	11. 1.	10. 1.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	81	81
6½ dgl. Pf 5	86	86
7 dgl. Pf 2	98,5G	98,5
F 7½ Bakula Pf 104	99,85G	99,85G
9 dgl. Pf 106	102,8G	102,8G
10 dgl. Pf 108	107,5G	107,5G
7 dgl. KS 132	94,75G	94,75G
8 dgl. KS 155	98,4G	98,4G
8 dgl. KS 169	102G	102G
M 5½ Bayer.Hdlb. Pf 14	90,5bG	90,75G
6 dgl. Pf 20	82G	82G
6½ dgl. Pf. 2	94bG	94,25bG
7 dgl. Pf 3	93,5bG	94bG
7 dgl. Pf 27	100,3G	100,2G
6½ dgl. KS 14	95,5bG	95,75bG
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	123,75G	123,75G
5½ dgl. Pf 11	130,5G	130,5G
6 dgl. Pf 34	78G	78G
8 dgl. KO Pf 50	99,75G	99,75G
6½ dgl. Pf 10	82bG	83bG
6 dgl. KS 1	98,7G	98,7G
M 6 Ldk. Aufb. IS 15	95,75bG	95,75bG
6 dgl. IS 16	95,75	94,85G
6 dgl. IS 17	94	94
8½ dgl. KO 49	101G	101G
8½ dgl. KO 48	101G	101G
M 7½ Bay.Lbkgz. Pf 103	99,25G	99,25G
9½ dgl. Pf 105	101G	101G
10 dgl. KS 307	101,1G	101,1G
9½ dgl. IS 726	102,25G	102,25G
M 5 Bayer. Vereinsbk. Pf 11	118,5G	118,5G
5½ dgl. Pf 28	75G	75G
8 dgl. Pf 4	89,25G	89,25G
6½ dgl. Pf 9	85bG	85bG
6½ dgl. Pf 12	85G	85bG
7 dgl. Pf 20	85G	95G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	103G	103G
7 dgl. Pf 31	98,75G	98,75G
8 dgl. Pf 34	95G	96G
8½ dgl. Pf 37	98,75G	98,75G
8 dgl. Pf 51	101G	101G
Ha5 BrHann. Hypo. Pf 1	100,5	117G
7 dgl. Pf 80	86G	86G
7½ dgl. Pf 87	86G	91,25G
8 dgl. KS 29	91,25G	79G
7 dgl. KS 30	79G	97,75G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	97,75G	119G
5 dgl. Pf 54	115,5G	115,5G
6 dgl. Pf 109	80G	80G
6½ dgl. Pf 123	86,5G	86,5G
6½ dgl. Pf 141	85,5G	85,5G
7 dgl. Pf 143	92G	92G
7 dgl. KO 113	100G	100G
9 dgl. KO 217	101,5G	101,5G
9 dgl. KO 215	101,5G	101,5G
9¾ dgl. KO 218	101,75G	101,75G
H 5½ DG-Hypobk. Pf 21	115,5G	115,5G
5½ dgl. Pf 50	72G	72G
8 dgl. Pf 84	99,9G	99,9G
9 dgl. KS 139	102,8G	102,8G
F 8 Dt.Gen.bk. Pf 216	102,5G	100,8G
9 dgl. Pf 239	101,9G	101,9G
H 5½ DG-Hypobk. KS 9	102,25G	108,25G
7 dgl. KS 35	98,7G	98,7G
F 5¾ Dt.Gen.bk. IS 70	98,4G	91,8G
6 dgl. IS 71	99,4G	99,4G
8¾ dgl. IS 73	96,35G	96,35G
6¾ dgl. IS 80	96G	100G
F 6 Dgz.Dt.Komm.KO55-4	82G	82G
6 dgl. KO 46	81G	79G
7 dgl. KO 97	77G	100,1G
7½ dgl. KO 185	95,1G	95,1G
9 dgl. KO 129	102G	102G
10 dgl. KO 125	102G	100,8G
Ha6 Dt. Hyp. Hann. Pf 91	100,8	78G
7 dgl. KS 101	99,4G	99,4G
10 dgl. KS 134	102,55G	102,55G
8¾ dgl. KS 140	101,7G	101,7G
Br 5 Dt.Hyp.F-BR Pf 41	107G	107G
4 dgl. Pf 57	89G	89G
5 dgl. Pf 67	70G	70G
7 dgl. Pf 123	97,15G	97,15G
Br 5½ Dt.Hyp.F-BF KS 74	81G	81G
8 dgl. KS 88	79G	79G
6¾ dgl. KS 269	96,55G	96,55G
F 5 Dt. Pfandbr. Pf 82	72G	72G
5½ dgl. Pf 59	79G	79G
6 dgl. Pf 162	79G	79G
B 9 Dt.Pf.Wt. Bd. 482	102,7G	102,7G
Br 8 Dt. Schiffsbk. Pf 46	100,45G	100,45G
5½ dgl. Pf 62	88,9G	88,9G
8½ dgl. Pf 65	98,5G	98,5G
6¾ dgl. Pf 60	94,9G	94,9G
8¼ dgl. Pf 74	98,35G	98,35G
6¼ dgl. Pf 78	96,3G	96,3G
Br 6½ dgl. Pf 77	93,05G	93,05G
6 dgl. Pf 42	99,75G	99,75G
8½ dgl. Pf 47	101,25G	101,25G
F 5 Frk. Hypobk. Pf 66	69G	69G
5½ dgl. Pf 53	75G	75G
6 dgl. Pf 79	77G	77G
6 dgl. Pf 130	90,7G	90,7G
6½ dgl. Pf 133	85G	85G
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117G	117G
6 dgl. 14	88,9G	88,9G
6 dgl. 47	78	78
10 dgl. IS 46	102,25G	102,25G
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	92,85G	93,15G
8 dgl. Pf 73	100,3G	100,25G
4 dgl. KO 5	102,5G	102,5G
H 6 Hyp.l.Hbg. Pf 98	79,75	79,75G
6½ dgl. Pf 80	88,75	88,75
8 dgl. Pf. 248	100,55	100,55
9 dgl. KO 125	100,40	100,40
8 dgl. KO 175	100,25	100,25
9 dgl. KO 259	101,95	101,95G
9¾ dgl. KO 262	101,65G	101,65G
F 5 Lbk. Rhpfalz Pf 4	114,5G	114,5G
5 dgl. Pf 12	69G	69G
7 dgl. Pf 25	93,25G	93,25G
10 dgl. Pf 40	102G	102G
5 dgl. KO 30	99,75G	99,75G
9¾ dgl. K 84	102,2G	102,2G
F 4½ Lbk. Saar Pf 5	100,5G	100,5G
5½ dgl. Pf 11	86G	86G
7 dgl. Pf 12	90G	90G
4½ dgl. KO 6	100,25G	100,25G
7½ dgl. KO 80	100,2G	100,2G
8½ dgl. KO 81	98,35G	98,35G
S 8½ LKbK Badw. Pf 8	101,25G	101,25G
6 dgl. Pf 28	88G	88G
6 dgl. Pf 49	85bG	85G
8 dgl. KS 1	–	–
8½ dgl. KS 8	100,75G	100,75G
H 6 Lbk.S-Holst.Pf 89	81,5G	81,5G
7 dgl. Pf 97	89,75	89,75
10 dgl. Pf 32	100,5G	100,5G
10 dgl. Pf 33	102,8G	102,8G
6½ dgl. KS 78	97,5G	97,5G
10 dgl. IS 95	106,75G	106,75G
11½ dgl. IS 96	110,75G	110,75G
M 8½ Münch.Hypo.Pf 100	82,5G	82,5bG
H 4½ Nordhyp.WBK Pf 24	102G	102,5
6½ dgl. Pf 42	98G	98G
Ha7 Nord. Lbk. Pf 1	99,2G	94,5G
7½ dgl. Pf 4	91,5G	91,5G
8 dgl. Pf 10	101bG	101G
9 dgl. KO 53	101,8G	102,25G
7½ dgl. IS 6	98,5G	99,8G
10 dgl. IS 37	101,7G	101,85G
F 5 Pfalz Hypo. Pf 48	118G	118G
6 dgl. Pf 58	83G	83G
6 dgl. Pf 85	80G	80G
7 dgl. Pf 114	100,1G	100,1G
D 5 RW Bodencr. Pf C	125G	125G
5½ dgl. K	109G	109G
4 dgl. Pf 18	103G	103G
6 dgl. Pf 28	91,75G	91,75G
6½ dgl. Pf 67	84G	84G
5½ dgl. KO J+E	110G	110G
9¾ dgl. KO 58	101,5G	101,5G
7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 RhHyp. Mannh. Pf 59	108G	108G
5½ dgl. Pf 109	69G	69G
7 dgl. Pf 125	96,25G	96,25G
7 dgl. Pf 128	88G	88G
8 dgl. Pf 177	103,75G	103,75G
9 dgl. Pf 167	100G	100G
6 dgl. KS 77	78G	78G
6½ dgl. KS 80/1	99,85G	99,85G
8½ dgl. KS 110	101G	101G
Br 5 St. Kr. Ol-Br Pf 17	118,5G	118,5G
5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G
5 dgl. Pf 36	83,25G	83,25G
5½ dgl. Pf 43	83,1G	83,1G
6 dgl. Pf 56	77,75G	77,75G
7 dgl. Pf 61	85G	85G
8 dgl. Pf 70	100	100
9 dgl. Pf 68	101,85G	101,85G
H 6 Schiffshyp. Pf 23	98,2G	98,2G
7½ dgl. Pf 45	100,5G	100,5G
M 6 Südboden Pf 41	88G	88G
5½ dgl. Pf 57	75G	75G
6½ dgl. Pf 143	93,4G	93,4bG
7 dgl. Pf 87	93G	93G
7½ dgl. Pf 104	94G	94G
7 dgl. KS 49	92G	92G
7½ dgl. KS 81	99,5G	99,5G
8 dgl. KS 133	97TG	97G
8½ dgl. KS 132	101,4G	101,4G
9 dgl. KS 185	101,75G	101,75G
9½ dgl. KS 171	103,75G	103,75G
M 5 Verbank Nbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 95	77G	77,bG
7 dgl. Pf 100	99,3G	99,3G
D 8 WestLB Pf 350	100,4G	100,55G
6¾ dgl. Pf 403	95,85G	96,1G
9½ dgl. Pf 1007	104,8G	104,85G
8 dgl. Pf 1015	97,5G	97,95G
7 dgl. KO 556	99,5T	99,7G
6¼ dgl. KS 420	94,2G	94,45G
9¼ dgl. KO 1301	103,55	103,8G
8½ dgl. KS 1278	101,25G	101,5G
8 dgl. IS 1512	99T	99,3G
9¾ dgl. IS 1520	101,85G	102,2G
6½ dgl. IS 679	92,75G	93,1G
7½ dgl. IS 1503	100,2G	100,35G
D 4 Westf. Land. Pf 4	99G	99G
6 dgl. Pf 16	94G	94G
6½ dgl. Pf 19	84G	84G
7 dgl. Pf 20	88,5G	88,5G
D 8¼ Westf.Hypo. Pf 550	100,3G	100,3G
9¼ dgl. Pf 564	102,8bG	102,8G
9¾ dgl. KS 294	102,7G	102,7G
9½ dgl. KS 324	106,1G	106,1G
S 6 Wür. Hypo. Pf 84	78G	78G
7 dgl. KS 58	100G	100G
S 6½ Wür. KoLa Pf 1	87,6G	87,6G
7 dgl. Pf 5	99,9G	100G

Sonderinstitute

	11. 1.	10. 1.
D 6 DSLB Pf 28	84G	84G
6 dgl. Pf 47	80G	80G
7 dgl. Pf 83	88G	88G
7½ dgl. Pf 99	92G	92G
8 dgl. Pf 104	97G	97G
8 dgl. Pf 185	99G	99G
5½ dgl. RS 45	97,75G	97,75G
6 dgl. RS 73	96G	96G
8 dgl. RS 120	100,25G	100,25G
8½ dgl. RS 153	101,5G	101,5G
7 dgl. RS 182	95,25bG	95,25G
9½ dgl. RS 172	103,75G	103,75G
9 dgl. RS 186	103G	103G
10 dgl. RS 193	104,5G	104,5G
11¼ dgl. RS 195	108G	108G
D 6½ IKB 69	100G	100G
F 7½ KfW 70	100,5G	100,55G
8 dgl. 70	101	101
8 dgl. 76	100G	100G
7¼ dgl. 79	97,9	98,05
10 Kredit 81	108,2	108,3
F 8½ Kfd.Wied.aufb. 82	100,3	100,3G
F 6 Lawi.Rentbk. RS 14	99,25G	99,25G
6 dgl. RS 15	95,75G	95,75
8 dgl. RS 16	95,75G	95,75G
6 dgl. RS 19	96G	96G
8 dgl. RS 20	99,6G	99,6G
6 dgl. RS 21	98,9G	98,9
6 dgl. RS 26	99G	99
7½ dgl. RS 27	100G	100
6½ dgl. RS 60	95,5G	95,5G
7 dgl. 94	95G	95G
7 dgl. 99	99,6G	99,6
8 dgl. 101	99,25T	99,25T
7½ dgl. 102	96,75G	96,75G
9½ dgl. 126	104,5G	104,5G
D 7¾ LAG TS 76	100G	100
8 dgl. TS 76	100,9	100,9
6½ dgl. TS 77	95,5G	95,5
5½ dgl. 78	93G	93bG
7 dgl. 79	97,1G	97,1bG

Industrieanleihen

	11. 1.	10. 1.
F 6 Badenwerk 64	99,5G	99,5G
6 dgl. 78	94	94
5 BASF 59	98,75G	98,75G
5 Bayernw. 59	98,25G	98,25G
F 8 Chem. Hüls 71	99,85G	99,85bG
7¾ Cont. Gum. 71	99,3T	99,3T
6 Dt. Texaco 64	99,4G	99,4G
5¾ HEW 62	96,25G	96,25
7½ dgl. 71	99,5G	99,5G
4½ Harpen 59	1810G	1810G
6 Hoechst 64	99,6G	99,6
6 Hoesch 64	98,9T	98,9T
7½ dgl. 71	99T	99T
7½ Karstadt 71	99G	99G
7½ Kaufhof 71	99	99
7¾ dgl. 71	99,25T	99,25T
7½ dgl. 78	98	98,25T
7½ Klöckner W. 71	98,25T	98,25T
8 dgl. 72	98,25T	98,25T
F 6 Krupp 64	99,6G	99,5
6 Linde 64	99,3G	99,3G
5 Mannesmann 59	98,5bG	98,5G
6 NWK 61	98,25G	98,5bG
5 dgl. 62	96,25G	96,25G
6 ObDon. Krwk. 64	94,3T	94,3T
F 6 Rh.Braw. 63	95G	95G
6 dgl. 65	94,5G	94,5G
5½ RWE 59	99,8T	99,8G
6 dgl. 63	95,6G	95,6
6 dgl. 65	94,75T	95T
7¾ dgl. 71	99,7G	99,8T
7 dgl. 72	97,75T	98
6 Rh.-M.-Don. 62	96,75G	96,75G
6½ dgl. 68	98,5G	98,5G
8 Schleswag 71	100T	100G
5 STEAG 59	98G	98G
7½ Thyssen 71	-Ztg.	-Ztg.
8 dgl. 72	99,85G	99,85
7¼ dgl. 77	95,25G	95,25G
5 Veba 59	98,75G	98,25G
8 VEW 71	99,85G	99,85G
6¾ dgl. 77	95T	95T
7 VW 72	97,75	97,75G

Optionsscheine

	11. 1.	10. 1.
F 11 BASF Dver Zee 82	71	70,5
7¼ Bayer Fin. 79	78,5	77,5
10½ Bayer Fin. 82	86,8	85,2
7½ BHF Bk. Int. 83	107,5	109
6¾ Ciba-Geigy 75	1285	1260
3½ Commerzbk. 78	50	51
7 Combk. Int. Lux. 83	75	75,6
4½ Dt. Bk. Comp. 77	137,1	136
3½ Dt. Bk. Int. 83	125,9	125,5
8¼ Degussa 83	151,5	150
4 Dresdner Bk. Int. 83	63,7	62,8
4 dgl. 83 II	69,5	69
10 Hoechst 75	396	395
6¾ dgl. 79	92,3	90,5
8 Hoechst 83	107	108
7½ Jap.Syn.Rubber 82	1936	1945
5¾ Jusco 83	3550	3600
Mitsui 82	290	290
7¾ Siemens 83	186,2	185,2
6,875 Schering 83	121,8	121,1
4 Veba 83	53,85	53
6½ Wells F. 73	355	360

Optionsanleihen

	11. 1.	10. 1.
F 8½ BASF 74 m O	157,5	158,3
8½ BASF 74 oO	100,5	100,5
M 3½ Stumpf 88 mO	160G	160G
M 3½ Stumpf oO	82,5G	80bG

Währungsanleihen

	11. 1.	10. 1.
F 8 Brasilien 72	97,75G	97,75G
6¾ Kopenhagen 72	96,25G	96,25G
9½ Norwegen 79	99G	99G

Optionsanleihen

	11. 1.	10. 1.
F 7½ BHF Bk.Int.83 mO	110,5	110,5
7½ dgl. 83 oO	78,5	78,5
3½ ComBk. Int. 78 mO DM	114,5G	114,5G
F 3½ dgl. 78 oO DM	89,35	89,35
4½ C F DT. Bk. 77 mO $	126,25G	126,25G
4½ dgl. 77 oO $	81,25	81,9
3¾ Dt. Bk. 83 mO	118bG	118,5
3¾ dgl. 83 oO	80,9	80,75
6¼ Dt. Bk. 83 mO	101,5	102,5bG
6¼ dgl. 83 oO	71	71,5G
4 Dresd. Bk. 83 mO	108,25	108,1
4 dgl. oO	84	84,25
7½ Jap. Synth. 82	172,5G	172G
7½ dgl. 82 oO	99,45	99,45G
5¾ Jusco 83 mO	152,25	154,5G
5¾ dgl. 83 oO	93	92,9
F 6½ Wells F. 73 mO DM	132G	132
6½ dgl. 73 oO DM	97,5G	97,5G

Optionsscheine

	11. 1.	10. 1.
F 8½ BASF 74	78,5	78,1
Stumpf 78	86G	79,9

Wandelanleihen

	11. 1.	10. 1.
F 5 Bayer 69	100,75	100,25bG
H 8 Beiersdorf 82	170	172
D 8 Girmes 74	379	379,5
6½ KSB 83	131,1	131,5

Anmerkungen:
- Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Ha = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Wandelanleihen

	11. 1.	10. 1.
F 4¾ AKZO 69	88G	88G
F 5 Asics Corp. 83	119,5	119,75G
F 3½ All Nippon 78	100	99
F 3½ Asahi Opt. 78	135G	135bG
F 4¾ Canon Inc. 77	480G	470B
F 3½ Cas. Comp. 78	285G	288G
F 5¾ Daiei Inc. 80	129	130
F 4¼ Fujitsu Lim. 78	670G	670G
F 5 dgl. 79	450G	456G
F 5¾ Hoogovens 58	88G	88G
F 3½ Izumiya Co 78	121	122,5G
F 3½ Jusco Co. 78	109	110,5
F 4 Kansai El. 79	119	116,5
F 6 Komatsu 76	179	182G
F 6 Konishiroku Pho. 81	133G	134,25G
F 6¾ dgl. 82	125,5	125,5
F 3½ Korakuen 78	98,75	97T
F 7½ Kraft Inc. 70	114,5G	114,5G
F 3½ Marudai F 78	104,5G	103
F 6 Michelin Int. 70	94G	94G
F 5¾ Minolta 77	238G	230G
F 4 dgl. 79	183	177G
F 6¾ Mitsub. Ch. 76	258G	258G
F 6,75 Mitsub. H 81	164G	164bG
F 5 dgl. 81	121,55	122,25
F 6 Michii Co Ltd 80	130bG	130bG
F 7 Nippon Sh. Gl. 82	195,5	197G
F 3¾ Nippon Sh. 78	174G	178G
F 3½ Nissan Mot. 78	95,56G	95,5bG
F 4 Nisshin Steel 78	196T	196T
F 6½ Océ v. d. Gr. 69	100G	100G
F 3½ Olympus 78	276T	276T
F 3¾ Omron Tat 79	430G	430G
F 4¾ Orient Fin 79	235T	235T
F 3½ Ricoh Comp. 78	221G	219G
F 6¾ Rothm. Int. 72	95	94,75bG
F 3¾ SankyoElec. 78	144,5	137,5
F 3½ Sanyo Elec. 78	224G	224G
F 3¾ Seiyu Stores 78	100,5	100,5bG
F 6¾ Sekisui 76	152	150,5
F 3½ Stanley 78	155	155G
F 6 Taiyo Yuden 82	134	136,5
F 5 Texaco Int. 66	96,4	96,25
F 3½ Tok. Elec. 78	485G	470G
F 4 Tokyo Land 79	109,25G	109,25
F 3½ Trio Kenw. 78	110G	110G
F 6½ Uny Ltd. 79	220G	230T

Ausländische Aktien

	11. 1.	10. 1.
F L'Air Liquide	180	180
D Alco	89,5	92,3
F Alcan	113	113,2
F Alcoa	133	134
F Alg.Bk.Nedrl.	355	351
F All Nippon Air	4,4T	4,16
F Amax	69,5	71
F Am. Cyanamid	146G	147G
D American Expr.	94,5	96
D Am Motors	22,5	22,8
F Am. T & T	54,9	55,9
F Amro Bank	61,5	61,5
F Anglo Am. Corp	44	44
M Anglo Am. Gold	291	291,4
F Arbed	63G	62
F Asahi Chem.	5,5	5,45bB
M Atl. Richfield	116,2	119,1
H Atlas Copco	42G	42G
M Avon	73,4	72,9
D Baker Int.	53	54,1
F Ball Canada	24,9	25,15bB
F Banco de Bilbao	22,7	22
F Banco Central	25,7	25,4
F Banco Hisp. Americ.	18,9	18,9
F Banco de Santander	19,5	18,7
F Banco de Vizcaya	28,5	27,8
F Barlow Rand	31G	32
M Baxter Trav. Lab.	68,3	68,5
D Beatrice Foods	93G	93,5G
D Bell Canada	72G	73G
F Black & Decker	76,5	75G
F Boeing	133,8	136,2
M Bougainville Copper	6,7	6,65
F Bowater	10,35T	10,4bB
D BP	15,9	15,9
M Broken Hill	35,7	35,8
F Bull	12,1T	12,7T
F Cdn. Pacific	117,5	118,5
F Canon	18,5	18,2
F Casio Comp.	17,5	17,8
F Caterpillar	138,1	139,9
D Ch. Manhattan	137,5	136,9
F Chrysler	82,1	83,5
M Citicorp.	108,1	108
F City Investing	115	115
F Coca-Cola	152,5	151
D Colgate	62,5	62G
M Comm. Satellite	92	93,5
F Cons. Gold F.	20,1	19,8
D Cont. Group	151G	154G
F Control Data	132,5	132,2
H Courtaulds	5,05	4,9G
M CRA	14,8	14,9
M CSR	10,8B	10,65
F Dana	7,7T	7,5T
F Dart & Kraft	188	190
M De Beers Cons.	20,9	20,7
F Deere Comp.	112	111,9
F Dana. Stamrock	57	57,5
M Digital Equipm.	210	213,1
M Disney Prod.	144,8	150B
H Distillers	9,5	9G
M Dome Petroleum	8,65	8,1
D Dow Chemical	94,5	95,5
D Dresser	59,3	60,5
M Driefontain Cons.	84,9B	83,4
D DuPont	144G	147
H Dunlop	2G	1,7G
D Eastern Air Lines	20,3	20,3
F Eastman Kodak	212,8	215,5
F Elf Aquitaine	58,5	59,7
F Emhart	94,5	96,5
D Ericsson	135G	135G
D Esmark	129	129T
D Exxon	103,5	104
D Fiat St.	5,6	5,2T
D dgl. Vz.	4,3	4,1T
F Finsider	–	–
D Fisons	28	28G
M Fluor	49,2	50,9
D Ford	129,5	129,5
F Foseco Minsep	6,4T	6,5
F Fujitsu	16,1	16,3
F General Electric	161,5	164,5
F General Mining	60	59T
D General Motors	221T	225
D Gen. Shopping	486G	488G
M Getty Oil	325,5	333,5
D Gevaert	145T	148G
F Goodyear	86,9	87,9
H Grace	130B	130B
D GKN	7,1T	7,3TG
F Gulf	137	137
D Halliburton	108	112,5
M Hewlett Packard	120	118,4
D Highveld Steel	11,9	–
D dgl. o.O.	11,9	–
F Hitachi	1029	1029
M Holiday Inns	144	142,3
F Homestake	79,5	80,2
M Hongk. & Shanghai Bank.	2,8	2,76
D Hoogovens	47	47,3
D Hughes Tool	57	58
F IBM	343,5	347
F ICI	25,9	25,5T
M Impala Plat. Hold.	34,7	35
M Imperial Oil	82,3	83,5
F Inco	42	41,9
F Int. T & T	129,7	131
D Istituto Fin. Ind.	8,2G	8,2G
F Italcementi	70,45	68
F Izumiya	9,8T	9,8T
F Japan Line	1,95	1,95
D Jusco	10,5T	10,5T
F Kawasaki Kisen	1,9	1,75T
F Kawasaki Steel	2,35	2,35
M Kloof Gold Min.	120,5	118,1
F Komatsu	6,6	6,45
D KLM	186,5	187,9
F Konishiroku Photo	7,65T	7,65T
F Kubota	4,1	4,1
D Lafarge	96,5G	96,5G
D Litton Ind.	196	197
F Lone Star	78	79,5
D LTV	52,3	52,5
M M.I.M. Hold.	18,8	19,2
F Magneti Marelli	–	–
D Marubeni	3,5T	3,5T
F Marudai Food	8,5	8,6
D Matsushita El.	23,9bB	23,9
M McDonald's	195B	196
M Merril Lynch	99,3	101B
F McDonnell D.	168,5	168
M Minerals & Res.	28,8	28,7
D Minnesota M.	235T	234
D Minolta Camera	8,3T	8,3T
F Mitsubishi Chem.	3,8	3,85
F Mitsubishi El.	5,15	5,3
F Mitsui Bk.	6,5T	6,2T
F Misawa & Co.	4,6G	4,7
F Mitsui Engin.	1,95T	1,9T
F Mitsui O. S. K.	2,7T	26
F Mitsumi El.	11	11,4
H Mobil Corp.	81,5	80
F Monsanto	296	303
F Montedison	0,37	0,37
F Murata	35T	35T
M Nat. Semicond.	50,7	50
D Nat. Westminster	24G	24T
F NEC Corp.	18,3	18,4
F Nestlé	6395	6390
F Nestlé Tz.	640G	644
D Nikko Sec.	5G	5,2bB
F Nippon Kokan	1,9	1,9
F Nippon Shinpan	9,3	9,2
F Nippon Yusen	3,25bG	3,25
F Nissan Motor	9,4	9,5
F Nisshin Steel	2,4	2,4
F Nissho - Iwai	3,36	3,26
D NL Industries	45G	46,5
F Norsk Hydro	184,5	183,5
H Occ. Petroleum	70	69,5
D Océ v. d. Grint	–	–
F Olivetti St.	6,55	6,55
F Olivetti Vz.	6,25	6,2
F Olympus Optical	13T	13,5
H v. Ommeren	27,8	28,5
F Omron Tateisi	25G	25,5
F Pakhoed	54,5	55
F Pakhoed Z.	49	50,5
M PanAm	24,5B	24,7
D Parker Drilling	24,6	25,5
F Peko Wallsend	15	15,4
M Pepsi	105,3	105,5
F Pernod-Ricard	263T	257T
F Peugeot	73	74
F Philip Morris	205,5	206
H Philips	42,8	43,9
D Phoenix Ass.	14,9T	14,9G
F Pirelli	2,75	2,7
M Polaroid	93	93,9
M Prime Computer	52,3	52,3
F Procter & G.	83	156,8
D Ramada Inns	29,2	30,9
M Ranger Oil	30	29,4
F Rank Org.	7,5	7,5
F Ricoh	12,5	12,9
F Rio Tinto NA-St.	24,5T	25,2T
F Rio Tinto Namen.	24,5T	24,5T
H Robeco	308,5	312
F Rockwell	92,1	93
H Rolinco	297	297
F Rorento	180G	182
F Rothmans Int.	4,3G	4,3
D Rowan Cos.	32,7	32,5
H Royal Dutch	129	131
M Rustenburg Plat. Hold	29G	28,6
F Sanko Steamship	2,5T	2,5
F Sanden Corp.	8,8	9,1
M Santos	19,9	19,8
F Sanyo Elec.	6,75	7
F Sanwa Bk.	6,45	6,15G
M SASOL	9,8	9,8G
F Schlumberger	132,3	141
F Schw. Alum.	1135	1185
F Schw. Bankverein PS	366	365
F Schw. Bankverein OR	8,55	8,6
M Sears, Roebuck	110,5	112,8
F Seiyu Stores	86	86
F Sekisui House	7,3T	7,3
F Selected Risk	41,5G	41,5G
H Shell T & T	23B	23B
D Singer	79,5	78,5
F Snia Viscosa	2,18	2,18
D Solvay	175B	175B
D Sony Corp.	43,5	44
D Sperry Corp.	132	137
F Squibb	126G	130G
F Stanley Elec.	9,36	9,36
F Steyr-Daimler-P.	22,7	22,9
F Sumitomo	6,3	6,25
F Sumitomo Heavy	2,4G	2,4G
D Sumitomo Metal	1,85T	1,85T
D Sun	142T	140T
M Sunshine Mining	33,2	32,5
F Swissair	1250	1235G
F Taisei Kens.	2,6	2,7G
M Tandy	107,7	111,3
F Taiyo Yuden	15,3G	16G
F Tenneco	114	112,5
D Texaco	105,5	103,5
D Thomson-CSF	75bG	74G
D Thorn Emi	24G	24G
F Tokyo El.	18,2	18
D Tokyo Pac	340G	330G
F Tokyo Sanyo El.	8,5	8,5
D Toray	5,45	5,25
D Toshiba	5T	5,25
F TRIO Kenwood	8T	8T
F TRW	226G	226G
D UAL	109,5G	108,5
H Unilever	238	239,5
F Union Carbide	180,1	184
D Uniroyal	43	50G
F United Techn.	200	205bB
F US Steel	92,2	91
M Vaal Reefs Expl.	288	282,9
D Ver.-Stork	104	106
D Volvo A	150T	150T
D dgl. Nam B	150T	150T
F Warner Commun.	74,9	75,1
F Warner Lambert	85	84,5
F Wells Fargo	114	115
M Western Deep L.	134,9	132,3
M Western Mining	10,75	10,8
M Westinghouse El.	157,5	158,8
F Westl.-Utrecht H.	112,5	113
D Xerox Corp.	140,5	144



Die Käufer wählen sorgfältig aus

Aktienkurse tendierten trotz großer Umsätze uneinheitlich

DW. – Der Dollar-Kurs beeinflußte auch am Mittwoch die Aktienmärkte stark. So wie die Dollar-Notierungen ohne einheitlichen Trend auf hohem Niveau erheblich schwankten, bildete sich auch an den Aktienmärkten kein einheitlicher Trend heraus. Daß es bei einigen Papieren dennoch deutlich aufwärts ging, lag daran, daß sich die vergleichsweise großen in- und ausländischen Käufe auf diese Werte konzentrierten. Damit bewahrheiten sich zumindest vorerst die Prognosen vom Jahresanfang, daß die Anleger im Neuen Jahr stärker als bisher auswählen würden.

Am Chemiemarkt blieben die Notierungen *so gut wie unverändert.* Gewinnmitnahmen und neue Anlagekäufe hielten sich bei lebhaften Umsätzen etwa die Waage. *Uneinheitlich die Elektropapiere.* Während der Spitzenreiter Siemens um 1 DM nachgab, konnten PKI und AEG bis 3 DM gewinnen. *Auffällig die Kurssteigerungen am* Markt der Stromversorger, vor allem bei HEW zeitweise um 5 DM auf 110 DM.

Düsseldorf: AEG Kabel Rheydt erhöhten sich um 6,50 DM auf 247 DM, Audi NSU befestigten sich um 4 DM auf 276 DM, Leffers zogen um 10 DM auf 430 DM an und Stinnes konnten sich ebenfalls um 10 DM auf 650 DM verbessern. Balcke Dürr verminderten sich um 5 DM auf 168 DM, Schiess sanken um 3 DM auf 126 DM und Aachener Münchener Vers. schlossen mit einem Minus von 15 DM auf 335 DM ab.

Frankfurt: Nach den Einbußen vom Dienstag war die Mittwoch-*Börse etwas freundlicher. Das Gros* der Standardwerte war im variablen Handel bis zu 2 Mark verbessert. Bei Hoechst verstimmte das *Firmendementi über weitere Auf*käufe von Kuwait, ansonsten waren Farben knapp behauptet. Von Chemienebenwerten waren Chemieverwaltung *313 DM plus 10 DM*, Pegulan-Vorzüge 251 DM plus 11 DM. Weitere Lokalwerte, Steigenberger 1380 DM plus 20 DM, MAB-*Stämme 270 DM plus 10 DM.*

Hamburg: HEW gingen mit 105 DM bis 108 DM plus 3 DM um. NWK-Vz. wurden mit 177 DM bis 179 DM plus 2 DM und die Stämme mit 197 DM plus 2 DM gehandelt. Phoenix Gummi begannen mit 158 DM und kamen später bis auf 160,50 DM plus 2 DM. Triton kamen auf 150,50 DM plus 4,50 DM.

München: Agrob St. ermäßigten *sich um 1,80 DM auf 323 DM, Etien*ne Aigner sanken um 2 DM auf 308 DM, Diamalt AG verminderten sich um 5 DM auf 175 DM und *Flachglas* gaben um 1 DM auf 293 DM nach.

Berlin: Berliner Kindl lagen um 2,50 DM und Bekula um 1,20 DM freundlicher. Berthold schwächten sich um 9,10 DM ab. Orenstein gaben um 3 DM, Herlitz Stämme um 2,80 DM, DeTeWe um 2 DM, Herlitz Vorzüge um 1,80 DM und Schering um 1,50 DM nach.

Nachbörse: abwartend

WELT-Aktienindex vom 11. 1.: 154,5 (154,9); WELT-Umsatzindex vom 11. 1.: 2888 (1985)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf – Frankfurt – Hamburg – München – Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausländische DM-Anleihen

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Toronto

Amsterdam

Mailand

London

Wien

Kopenhagen

Tokio

Zürich

Brüssel

Madrid

Paris

Hongkong

Singapur

Sydney

Optionshandel

Frankfurt: 11. 1.: 1160 Optionen = 80470 (69000) Aktien, davon 289 Verkaufsoptionen = 13800 Aktien. Kaufoptionen: AEG 4-85/9, 4-90/5,4, 7-90/9,2, 7-95/5,5, 10-85/13, BASF 4-159,3/18,6, 4-180/5,6, 4-200/3, 7-180/10,3, 7-190/5,6, 7-200/4,5, Bayer 4-180/7, 4-190/3,6, 7-150/35, 7-180/11,9, 7-190/7, 7-200/4,95, *10-180/16, 10-190/10,* BBC 4-220/24, *BEKULA* 4-100/2,3, BMW 7-460/24, Bay. Vereinsbk. 4-330/27, 4-340/10, Commerzbk. 4-160/20,2, 4-170/12, 4-180/7, 7-180/26,2, 7-170/18,4, 7-180/10,1, 7-190/8, 10-190/13,15, Conti 4-110/28,35, 4-120/16, 4-130/12, 4-140/8, 4-150/4,5, 7-130/15, 7-140/10,1, *7-150/5,6, 10-120/30, 10-150/7,4, Daimler* 7-720/18,3, Dt. Babcock St 4-200/8, 10-210/18, Deutsche Bk. 4-320/30, 4-330/28, 4-340/19,4, 4-360/10, 4-370/8, 7-340/30, 7-370/15,8-15, 7-380/10, 10-350/38, 10-370/23, 10-400/10, Dresdner Bk. 4-170/14, 4-180/8,4, 7-170/19, 7-190/7,9, GHH St 4-160/10, GHH VZ *7-150/7,1, Hoechst* 4-150/41,5, 4-180/32, 4-180/15,9, 4-190/11,6, 4-200/5,1, 7-180/24,2, 7-190/14,8, 7-200/9, 10-210/11, Hoesch 4-90/26, 4-100/17, 4-110/10,1, 4-120/5, 7-90/28, 7-100/19, 7-110/12,7, 7-120/8,6, 10-120/11,6, Karstadt 4-300/6, KHD 7-280/15, Klöckner 4-45/7,6, 4-50/3,8, 4-55/2,2, 7-50/7, 7-55/5, 10-50/8,6, Lufthansa St 4-140/20,2, 7-160/12, Lufthansa VZ 7-140/25,6, Mannesmann 4-150/8,2, 4-160/4, 7-140/19,6, 7-160/7,6, 10-160/17, Preussag 10-280/22, RWE St 7-180/15, Kali + Salz 4-210/16, Siemens 4-370/25,6, 4-380/15, 4-400/10,6, 4-410/7,4, 7-400/17,9, 7-410/11,1, 10-420/13,2, Thyssen 4-70/18, 4-80/11, 4-85/4,9, 7-90/5,6, 10-90/8,4, 10-95/7,1, Veba 4-170/13,5, 4-180/5,9, 7-180/8, 7-190/5, 10-170/20,8, 10-180/12, 10-190/7,4, 10-200/5, VEW 4-120/9, VW 4-210/23,2, 4-220/19,4, 4-280/4,5, 7-220/28,2, 7-30/20,7, 7-240/17,4, 7-270/4,3, 10-240/27,1, Alcan 4-100/16, Chrysler 4-70/12,5, 4-85/5, 7-85/11,65, 7-80/8,6, *Elf* 4-80/4, General Motors 7-210/12,4, Norsk Hydro 7-180/17, 7-190/5,4, Philips 4-29, 5/12,9, 4-45/2,5, 7-45/4,55 Royal Dutch 4-120/8,1, 4-120/7,5, 4-140/4,6, 7-120/17,9, 7-140/9, Sperry 7-120/25, Xerox 4-140/9, 10-150/13. Verkaufsoptionen: AEG 7-80/1,4, 10-80/2, 10-85/3,6, BASF 4-170/2,5, 7-160/1,3, 7-170/3,9, Bayer 4-170/2,5, 7-170/3,2, Bay. Hypo 7-300/23, BMW 4-420/7,9, 7-420/10, Commerzbk. 4-180/9, 7-170/3,5, 10-170/4, Conti 4-120/3,6, 7-120/1,8, 7-130/5, 10-130/6, Daimler 4-680/26, 7-630/12, 7-680/28,5, 10-620/14,4, Dt. Babcock St 7-190/10,8, Dt. Babcock VZ 4-180/16,5, 7-180/5,85, Deutsche Bk. 7-340/6, 10-340/10,5, Dresdner Bk. 4-170/2,2, 4-180/8,6, 7-170/2,6, Harpener 7-280/8, Hoechst 4-180/1,1, 4-190/3,5, 7-190/4,05, Hoesch 4-110/3,1, 7-110/4, Karstadt 4-280/5, Klöckner 4-45/1,9, 4-50/5, Lufthansa St 7-150/5, 10-160/8,1, Metallges. 4-230/7,8, Mannesmann 4-140/1,6, 4-150/3,5, 7-140/2,4, 7-150/5,5, 10-140/13,5, RWE St 10-180/5, Schering 4-380/11, Thyssen 7-65/3,5, Veba 4-170/4,4, 7-180/10,5, VW 4-210/1,4, 4-220/3,5, 4-230/6,4, 7-200/1,6, 7-210/2,5, 7-220/4,5, 7-230/9, 10-220/5, Chrysler 10-75/3,9, Norsk Hydro 10-180/14, *Philip 4-45/3, Royal Dutch* 4-130/5, 7-130/5,8, Sperry 4-130/4,9. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 11. 1.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9½– 9¾	5¾–6	3½–3¾
3 Monate	9¾–10	6 –6¼	3¾–4
6 Monate	9⅞–10⅛	6¼–6½	4 –4¼
12 Monate	10¼–10½	6½–6¾	4⅛–4⅜

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 11. Januar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1515,00	1841,10
10 US-Dollar (Indian)**)	1218,00	1420,98
5 US-Dollar (Liberty)	465,00	631,30
1 £ Sovereign alt	241,00	297,54
1 £ Sovereign Elizabeth II	235,00	290,70
20 belgische Franken	184,00	230,40
10 Rubel Tscherwonez	251,00	313,50
2 südafrikanische Rand	238,00	290,70
Krüger Rand, neu	1060,00	1248,30
Maple Leaf	1060,00	1248,30
Platin Noble Man	1088,00	1280,22
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	261,00	324,90
20 schweiz. Franken „Vreneli"	198,00	247,38
20 franz. Franken „Napoléon"	193,00	245,10
100 österr. Kronen (Neuprägung)	979,00	1179,90
20 österr. Kronen (Neuprägung)	195,00	245,10
10 österr. Kronen (Neuprägung)	104,00	135,68
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	458,00	562,02
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	109,00	147,06

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

11. 1. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs4)	Ankauf	Verkauf
New York3)	2,8218	2,8298	2,7995	2,78	2,87
London1)	3,948	3,967	3,928	3,90	4,05
Dublin1)	3,095	3,109	3,087	3,03	3,18
Montreal3)	2,2583	2,2613	2,2358	2,21	2,30
Amsterd.	89,035	89,255	89,125	88,60	90,00
Zürich	126,040	126,240	126,14	124,75	127,50
Brüssel	4,897	4,917	4,847	4,71	4,93
Paris	32,630	32,790	32,14	32,00	33,75
Kopenh.	27,600	27,720	27,375	26,75	28,75
Oslo	35,600	35,720	35,05	34,75	36,50
Stockh.**)	34,300	34,460	33,93	33,60	35,25
Mailand2) **)	1,646	1,656	1,602	1,60	1,70
Wien	14,185	14,205	14,173	14,09	14,31
Madrid**)	1,747	1,767	1,698	1,69	1,77
Lissabon**)	2,06	2,08	1,982	1,66	2,40
Tokio	1,2085	1,2115	–	1,17	1,23
Helsinki	47,26	47,46	46,26	46,25	48,00
Buen. Air.	–	–	–	–	16,00
Rio	–	–	–	0,05	0,45
Athen*) **)	2,7180	2,7720	–	1,90	2,70
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,5540	2,5730	–	2,32	2,63
Johannesbg.*)	2,2310	2,2500	–	2,00	2,25

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Bei erneut hektischem Geschäft konnte sich der US-Dollar am 11. 1. unter Schwankungen behaupten. Die Schlußkurse von New York um 2,83 wurden zu Beginn deutlich überboten und mit 2,8480 das Vortagshoch des Fernen Osten nochmals erreicht. Ohne Mitwirkung der Bundesbank fiel der Kurs im Tagesverlauf auf 2,8200, konnte sich gegen Geschäftsschluß jedoch wieder auf 2,8310–20 erholen. Der Verlauf der letzten beiden Tage könnte daraufhinweisen, daß die weiteren Kursaussichten des Dollar inzwischen etwas differenzierter beurteilt werden. Der schweizer Franken unterschritt erstmals in diesem Jahr mit 126,14 die Marke von 126 und der japanische Yen konnte mit einem Gewinn von 70 Punkten die Hälfte seines gestrigen Verlustes egalisieren. Durchwegs höher lagen auch die Notizen der übrigen Währungen. Dollar in: Amsterdam 3,1705; Brüssel 57,58; Paris 8,6400; Mailand 1712,25; Wien 1992,50; Zürich 2,2402; Ir. Pfund/DM 3,102; Pfund/Dollar 1,4014; Pfund/DM 3,960.

Ostmarkkurs am 11. 1. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Auf Grund *etwas festerer DM-Zinssätze* wurden die Dollar-DM-Deports am 11. Januar niedriger gehandelt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,98/0,88	2,86/2,56	5,07/4,87
Pfund/Dollar	0,02/0,04	0,12/0,14	0,26/0,30
Pfund/DM	1,80/0,40	3,90/2,50	6,80/5,40
FF/DM	26/10	63/47	121/105

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 11. 1.: Tagesgeld 5,55–5,6 Prozent; Monatsgeld 5,95–6,1 Prozent; Dreimonatsgeld 6,05–6,2 Prozent.

Privatdiskontsätze am 11. 1.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 11. 1.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. *Januar 1984 an*) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/1 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 8,00 (6,94) – 8,25 (7,24) – 8,25 (7,41) – 9,50 (7,69). Ausgabe 1984/2 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,98) – 8,25 (7,31) – 8,25 (7,49) – 9,50 (7,83) – 9,50 (8,06) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,98, 2 Jahre 7,21. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,00, Rendite 8,00.

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Mittwoch die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Schwächer ging dagegen Kupfer aus dem Markt. Während Kaffee deutliche Abschläge hinnehmen mußte, konnte Kakao in allen Sichten zulegen.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	11. 1.	10. 1.
März	360,25	361,25
Mai	356,25	355,50
Juli	344,75	344,50

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	11. 1.	10. 1.
St. Lawrence 1 CW	252,45	251,75
Amber Durum	224,98	259,30

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	145,80	143,90
Mai	149,00	147,00
Juli	151,00	149,50

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
März	131,40	129,10
Mai	127,80	127,30
Juli	127,00	127,00

Hafer Chicago (c/bush)	11. 1.	10. 1.
März	183,00	184,00
Mai	185,50	186,25
Juli	183,75	184,00

Mais Chicago (c/bush)		
März	334,50	333,75
Mai	336,75	336,25
Juli	337,00	336,50

Gerste Winnipeg (can. $/t)	11. 1.	10. 1.
März	137,80	136,30
Mai	136,70	135,30
Juli	137,80	137,40

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	11. 1.	10. 1.
März	139,70	140,80
Mai	136,15	137,25
Juli	139,70	134,85

Kakao New York ($/t)	11. 1.	10. 1.
Terminkontr. März	2527	2481
Mai	2504	2485
Juli	2494	2445
Umsatz	5010	5987

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 März	7,88	7,68
Mai	8,02	8,01
Juli	8,34	8,29
Sept.	8,54	8,54
Okt.	8,72	8,70
Umsatz	5825	6950

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	11. 1.	10. 1.
	6,82	6,78

Kaffee London (£/t) Robusta-Kontrakt	11. 1.	10. 1.
Jan.	1993–2002	1998–2000
März	1976–1977	1985–1987
Mai	1888–1889	1891–1893
Umsatz	3325	3258

Kakao London (£/t) Terminkontrakt		
März	1885–1886	1866–1867
Mai	1872–1873	1855–1856
Juli	1853–1855	1835–1837
Umsatz	3750	7903

Zucker London (£/t)		
März	139,70	139,75–139,90
Mai	145,50–145,75	145,95–146,00
Umsatz	1872	–

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	11. 1.	10. 1.
schw. Sarawak spez.	438,00	438,00
weißer Sarawak	682,50	682,50
weißer Muntok	690,00	690,00

Orangensaft New York (c/lb)	11. 1.	10. 1.
Jan.	143,00	142,00
März	145,80	145,10
Mai	149,10	147,90
Juli	149,10	149,15
Sept.	150,20	150,25
Umsatz	1200	1400

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	11. 1.	10. 1.
Südstaaten fob Werk	47,50	47,50

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	27,00	27,00

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Jan.	29,80	28,98
März	30,15	29,52
Mai	30,42	29,85
Juli	30,45	30,00
Aug.	30,05	29,80
Sept.	28,85	28,75
Okt.	27,85	27,70

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	30,00	30,00

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	23,50	23,50
Choice white hog 4% fr. F.	18,50	18,50

Talg New York (c/lb)		
top white	18,25	18,25
fancy	17,75	17,75
bleichfähig	17,50	17,50
yellow max. 10% fr. F.	16,00	16,00

Schweine Chicago (c/lb)		
Febr.	52,50	53,35
Apr.	48,72	49,60
Juni	53,75	54,40

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	63,40	66,05
März	63,70	64,90
Mai	65,20	66,40

Häute Chicago (c/lb)	11. 1.	10. 1.
Ochsen einh. schwere River Northern	54,50	54,00
Kühe einh. schwere River Northern	57,00	57,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Jan.	771,00	769,00
März	785,50	785,50
Mai	803,00	800,00
Juli	811,50	806,00
Aug.	802,00	796,00
Sept.	758,00	756,00
Nov.	725,50	723,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Jan.	206,00	206,50
März	206,50	207,30
Mai	208,00	208,80
Juli	209,00	210,00
Aug.	207,50	209,00
Sept.	201,00	203,00
Okt.	191,50	193,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	11. 1.	10. 1.
März	381,00	380,80
Juli	384,50	384,00
Mai	387,00	387,50

Kokosöl New York (c/lb)	11. 1.	10. 1.
Westküste fob Werk	48,00	48,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	11. 1.	10. 1.
jegl. Herk. cif	985,00	955,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	525,00	515,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	872,50	820,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	224,50	217,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1080,00	1075,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	314,00	306,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	11. 1.	10. 1.
März	74,30	73,90
Mai	75,30	75,10
Juli	76,05	76,05
Okt.	72,80	73,00
Dez.	71,85	72,00
März	73,00	73,30

Kautschuk New York (c/lb): Händlerpreis		
loco RSS-1:	57,25	57,25

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	11. 1.	10. 1.
Jan.	408–410	408–410
März	421–425	421–423
Mai	436–439	436–437
Umsatz	45	85

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	11. 1.	10. 1.
März	47,50	47,30
Mai	47,90	47,70
Juli	48,30	48,10
Okt.	48,60	48,40
Umsatz	0	2250
Tendenz: stetig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	11. 1.	10. 1.
März	567,1–569,0	565,0–567,0
Mai	584,5–585,0	583,0–583,5
Juli	598,0–598,5	593,0–594,0
Umsatz	74	26

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	11. 1.	10. 1.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	11. 1.	10. 1.
Jan.	13 950	13 950
Febr.	13 946	13 936

Kautschuk London (p/kg)	11. 1.	10. 1.
Nr. 1 RSS loco	85,00–86,00	85,50–87,50
Febr.	85,50–87,50	85,00–87,00
März	86,70–88,00	86,00–87,00
April/Juni	87,50–87,60	86,60–86,70
Tendenz: stetig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	11. 1.	10. 1.
Jan.	264,75–265,00	265,50–265,75
Febr.	268,50–269,25	270,25–271,00
Nr. 2 RSS Jan.	254,50–255,50	255,50–256,50
Nr. 3 RSS Jan.	251,00–252,00	252,00–253,00
Nr. 4 RSS Jan.	244,50–245,50	245,50–246,50
Tendenz: ruhig		

Jute London (£/lgt)	11. 1.	10. 1.
BWC	500,00	500,00
BWD	495,00	495,00
BTC	500,00	500,00
BTD	495,00	495,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	11. 1.	10. 12.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	114,84–114,94	113,77–113,97
drittfolg. Monat	118,81–119,09	117,14–117,33
Zink: Basis London		
laufend. Monat	268,76–268,96	263,41–263,80
drittfolg. Monat	269,15–269,36	264,80–264,99
Produz.-Preis	277,32	277,10
Reinzinn 99,9%	3870–3908	3868–3906

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	11. 1.	10. 1.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	392,34–394,32	395,61–397,59
Blei in Kabeln	122,50–123,50	121,50–122,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	430,50–452,00	430,50–452,00
Vorziehdraht	439,50–464,00	439,50–464,00

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	11. 1.	10. 1.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	372–385	372–383
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	419–420	422
MS 63	414–419	417–422

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt	11. 1.	10. 1.
(Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	11. 1.	10. 1.
Leg. 225	458–462	448–452
Leg. 226	460–464	450–464
Leg. 231	490–494	480–494
Leg. 233	500–504	490–504

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	11. 1.	10. 1.
Platin (DM je g)	36,20	36,05
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	33 950	33 850
Rücknahmepr.	33 200	33 200
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	33 900	33 900
Rücknahmepr.	32 880	32 880
verarbeitet	35 580	35 580
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 665	33 600
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	740,60	748,30
Rücknahmepr.	714,70	722,10
verarbeitet	773,40	781,50

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	11. 1.	10. 1.
10.30	369,00	367,50
15.00	367,75	371,25
Zürich mittags	368,30–368,80	372,25–372,75
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	102 200	102 900
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	572,25	576,80
3 Monate	585,10	589,80
6 Monate	599,70	605,50
12 Monate	630,50	636,00

Platin (£-Feinunze) London	11. 1.	10. 1.
fr. Markt	264,60	265,30
Palladium (£-Feinunze) London		
f. Händlerpr.	106,85	105,60

New Yorker Preise	11. 1.	10. 1.
Gold H & H Ankauf	367,75	371,25
Silber H & H Ankauf	790,00	798,00
Platin fr. Händlerpr.	375,00–378,50	375,00–378,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	149,00–151,00	147,00–149,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Jan.	805,00	799,70
Febr.	808,00	803,00
März	814,00	808,00
Mai	830,00	822,00
Juli	844,00	835,00
Sept.	857,70	852,30
Dez.	881,00	874,00
Umsatz	4000	33 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	11. 1.	10. 1.
Jan.	61,40	61,75
Febr.	61,70	62,10
März	62,25	62,65
Mai	63,45	63,90
Juli	65,00	65,35
Sept.	66,10	66,70
Dez.	68,30	68,75
Umsatz:	10 000	16 000

Londoner Metallbörse

	11. 1.	10. 1.
Aluminium (£/t) Kasse	1121,0–1122,0	1109,0–1110,0
3 Monate	1150,5–1151,0	1138,5–1139,0
Blei (£/t) Kasse	286,00–287,00	288,50–289,00
3 Monate	296,00–296,50	298,00–298,50
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	976,50–977,00	985,50–986,00
3 Monate	1001,5–1002,0	1010,5–1011,0
abends Kasse	969,00–969,50	979,00–980,00
3 Monate	995,0–996,0	1004,0–1004,5
(Kupfer-Standard) Kasse	956,00–958,00	964,00–966,00
3 Monate	979,00–981,00	988,00–989,00
Zink (£/t) Kasse	678,00–679,00	671,50–672,50
3 Monate	678,00–678,50	672,50–673,00
Zinn (£/t) Kasse	8620–8630	8660–8665
3 Monate	8805–8810	8835–8840
Quecksilber $/Fl.)	305,00–315,00	305,00–315,00
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	74,00–75,00	72,00–77,00

Am 6. Januar 1984 verstarb nach längerer Krankheit im 80. Lebensjahr der frühere kaufmännische Leiter unseres Vliesstoffbereichs, Herr

Günther Schiller

Während zwanzig Jahren hat er mit Weitblick und Konsequenz eine neuartige Verkaufs- und Service-Strategie für die Bekleidungseinlagen unserer Firma entwickelt und verwirklicht. Dank dieser unternehmerischen Leistung wurde „Vlieseline" zu einem weltweit bekannten Begriff in der Bekleidungsindustrie.

Wir trauern um einen besonders verdienten und klugen Mitarbeiter, dem wir stets ein ehrendes Andenken bewahren werden.

CARL FREUDENBERG
Unternehmensleitung und Mitarbeiter

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 12. Januar 1984, 14.00 Uhr, auf dem Friedhof in 6983 Kreuzwertheim statt.

Am 6. Januar 1984 verstarb Herr

Generalmajor im BGS a. D.

Detlev von Platen

– Inhaber des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland –

im Alter von 72 Jahren.

Herr von Platen trat 1931 in den öffentlichen Dienst ein und war von 1968 bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand im Jahre 1971 als Inspekteur des Bundesgrenzschutzes im Bundesministerium des Innern tätig.

Der Verstorbene hat durch sein hohes Pflichtbewußtsein und seinen großen persönlichen Einsatz vor allem in seiner letzten Verwendung entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung des Bundesgrenzschutzes genommen.

Der Bundesgrenzschutz wird das Andenken des engagierten und stets fürsorglichen Grenzschutzoffiziers, der aufgrund seiner starken Persönlichkeit und seiner Zivilcourage auch weiterhin ein Vorbild sein wird, stets in Ehren halten.

Der Bundesminister des Innern
Dr. Friedrich Zimmermann

Am 8. Januar 1984 verstarb im 64. Lebensjahr unerwartet der langjährige Leiter unseres Werkes Hamburg

Herr Dipl.-Ing.

Harald Petersen

Direktor i. R.

Der Verstorbene hat während seiner langjährigen und verantwortungsvollen Tätigkeit seine umfangreichen Kenntnisse und reichen Erfahrungen uneingeschränkt in den Dienst unseres Unternehmens gestellt. Er hat wesentlich zum Ansehen unserer Firma beigetragen.

Ganz besondere Verdienste erwarb sich Herr Petersen als Leiter unseres Werkes Hamburg. Durch seine hohe fachliche Qualifikation und seine menschliche Wärme erwarb er sich innerhalb als auch außerhalb der M.A.N. viel Sympathie und Vertrauen.

In Trauer nehmen wir Abschied von einem verdienten Mitarbeiter, dessen Andenken wir in dankbarer Erinnerung behalten werden.

Trauerfeier: Freitag, den 13. Januar 1984, 17.30 Uhr, in der St.-Petri-und-Pauli-Kirche in Hamburg-Bergedorf.

M.A.N. MASCHINENFABRIK AUGSBURG–NÜRNBERG AKTIENGESELLSCHAFT

Der Vorstand

FINANZANZEIGE

AKTIEBOLAGET VOLVO
Göteborg

Einladung zu einer außerordentlichen Hauptversammlung

Eine außerordentliche Hauptversammlung der Aktiebolaget Volvo findet **am Mittwoch, dem 25. Januar 1984, um 17.00 Uhr** in Göteborg, Götaplatsen, Konserthuset, statt.

Tagesordnung

Beschlußfassung über den Vorschlag der Verwaltung,
- das Aktienkapital um maximal skr 28 545 000 durch Ausgabe von bis zu 570 900 freien Aktien Serie B im Nennbetrag von je skr 50,– mit voller Dividendenberechtigung für das Geschäftsjahr 1984 zum Preis von skr 415,45 je Aktie zu erhöhen.
- Die neuen Aktien Serie B können in der Zeit vom 25. bis 31. Januar 1984 nur von Frederic C. Hamilton, Denver, Jane M. Hamilton, Denver, und FCH Resources Ltd. gezeichnet werden.

Durch die Kapitalerhöhung soll der AB Volvo ermöglicht werden, ihre Position in der US-amerikanischen Hamilton-Gruppe weiter auszubauen.

Aktionäre, die an der Hauptversammlung teilnehmen wollen, müssen spätestens am Freitag, dem 13. Januar 1984, in das von der Wertpapier-Registrierungs-Zentrale (Vaerdepapperscentralen VPC AB) geführte Aktionärsregister der Gesellschaft eingetragen sein und sich entsprechend der Satzung spätestens bis Freitag, den 20. Januar 1984, 12.00 Uhr, bei der Aktiebolaget Volvo, Göteborg, Schweden, anmelden.

Aktionäre, deren Aktienbesitz von der Wertpapierabteilung einer Bank oder einem Wertpapiermakler treuhänderisch verwaltet wird, müssen ihre Aktien rechtzeitig vorübergehend unter ihrem eigenen Namen registrieren lassen, um berechtigt zu sein, an der Hauptversammlung teilzunehmen.

Aktionäre können sich in der Hauptversammlung durch Bevollmächtigte vertreten lassen.

Bekanntmachung an die Miteigentümer am Sammelbestand des Deutschen Auslandskassenvereins AG (AKV)

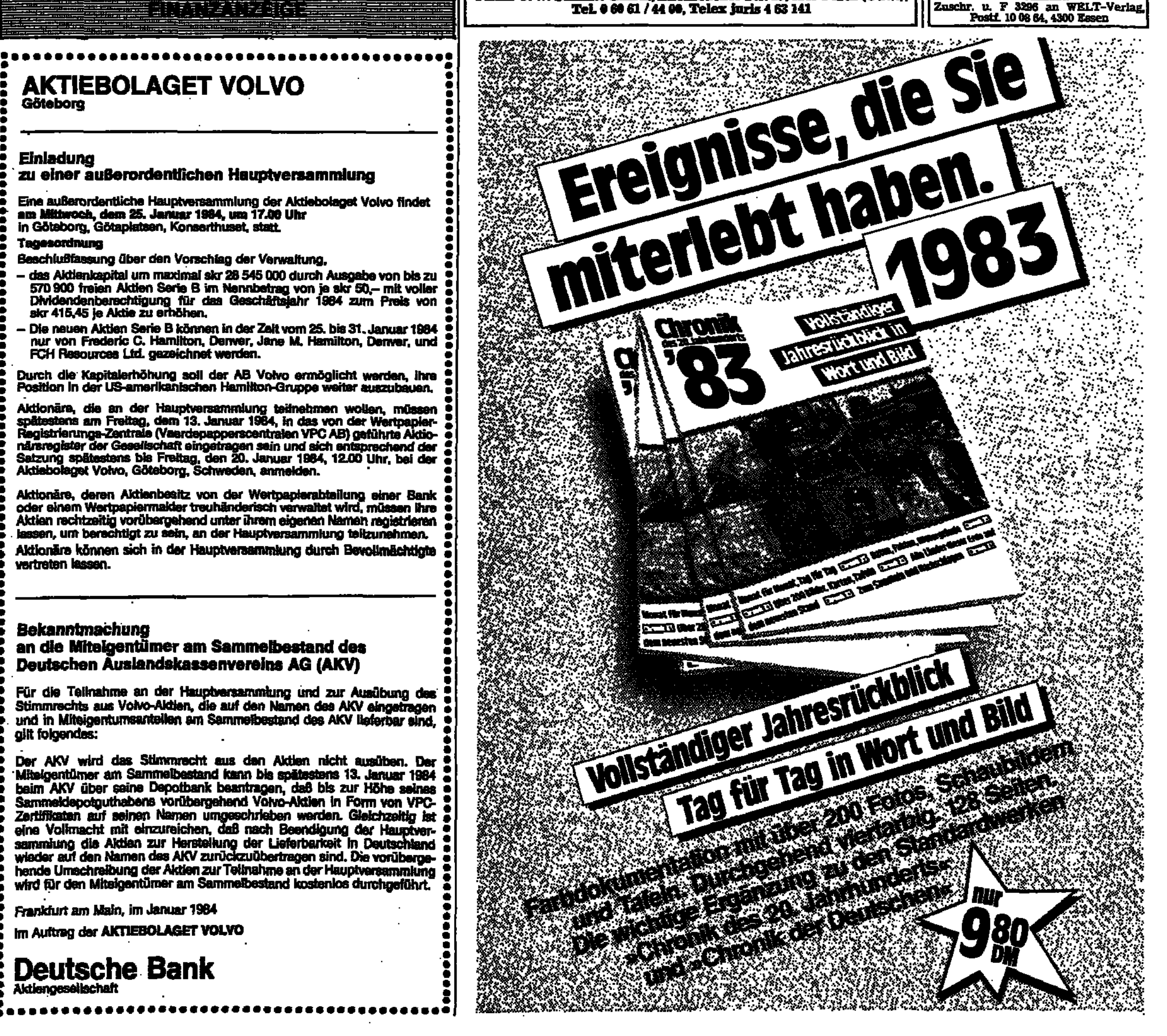
Für die Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts aus Volvo-Aktien, die auf den Namen des AKV eingetragen und in Miteigentumsanteilen am Sammelbestand des AKV lieferbar sind, gilt folgendes:

Der AKV wird das Stimmrecht aus den Aktien nicht ausüben. Der Miteigentümer am Sammelbestand kann bis spätestens 13. Januar 1984 beim AKV über seine Depotbank beantragen, daß bis zur Höhe seines Sammeldepotguthabens vorübergehend Volvo-Aktien in Form von VPC-Zertifikaten auf seinen Namen umgeschrieben werden. Gleichzeitig ist eine Vollmacht mit einzureichen, daß nach Beendigung der Hauptversammlung die Aktien zur Herstellung der Lieferbarkeit in Deutschland wieder auf den Namen des AKV zurückzuübertragen sind. Die vorübergehende Umschreibung der Aktien zur Teilnahme an der Hauptversammlung wird für den Miteigentümer am Sammelbestand kostenlos durchgeführt.

Frankfurt am Main, im Januar 1984

Im Auftrag der **AKTIEBOLAGET VOLVO**

Deutsche Bank
Aktiengesellschaft



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten, Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer: (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11–13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

NACHRICHTEN

Heimspiel gegen Schweden

Frankfurt (sid) – Mit einem Heimspiel gegen Schweden beginnt die deutsche Fußball-Nationalmannschaft am 17. Oktober die Qualifikation für die Weltmeisterschaft 1986 in Mexiko. Die weiteren Termine: 16. Dezember auf Malta, 24. Februar 1985 in Portugal, 27. März gegen Malta, 1. Mai in der Tschechoslowakei, 25. September in Schweden, 16. Oktober gegen Portugal, 16./17. November gegen die CSSR.

Besserung eingetreten

Salzburg (dpa) – Die 17 Jahre alte ungarische Skiläuferin Csilla Apjok, die am 21. Dezember beim Training für die Weltcup-Abfahrt in Haus bei einem Sturz einen offenen Schädeldekkenbruch und eine Hirnprellung erlitt, soll in ein Rehabilitationszentrum nach Budapest gebracht werden. Nach Angaben der Ärzte der Universitätsklinik in Salzburg leidet sie noch an Sprachstörungen.

Maria Epple Zweite

Kleinarl (dpa) – Bei einem nicht zum Weltcup zählenden Riesenslalom um die Annemarie-Moser-Trophäe belegte Maria Epple (Seeg) in Kleinarl (Österreich) den zweiten Platz. Den Pokal gewann die Salzburgerin *Rosmarie Dreier.*

Thomas Kempe operiert

Karlsruhe (dpa) – Mittelfeldspieler Thomas Kempe vom Fußball-Bundesligaklub VfB Stuttgart wurde in Basel am Meniskus operiert. Kempe wird voraussichtlich zwischen zehn bis *zwölf Wochen pausieren müssen.*

Niederlage für Saturn

Köln (dpa) – Der deutsche Basketball-Pokalsieger Saturn Köln verlor das zweite Viertelfinal-Gruppenspiel im Europapokal gegen Olimpia Mailand mit 80:90 (51:52). Überragender Kölner war der Amerikaner Bob Fronk, der 24 Punkte erzielte.

Vorzeitig Turniersieger

Leningrad (dpa) – Die Jugend-Auswahl des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) steht schon vor den heutigen letzten Spielen als Sieger des 4. Granatkin-Turniers in *Leningrad fest.* Nach dem 1:0-Erfolg der von Berti Vogts betreuten Mannschaft (Spieler bis 18 Jahre) über die USA verlor die UdSSR 1:2 gegen das eigene B-Team und büßte damit alle Chancen ein, heute durch einen Sieg über die DFB-Auswahl den Turniersieg schaffen zu *können.*

Spengler auf Platz 27

Melbourne (sid) – Randy Smyth (USA), Weltmeister von 1981 und 1982, übernahm durch einen Tagessieg in der zweiten Wettfahrt die Führung im Gesamtklassement bei der Segel-Weltmeisterschaft der Tornado-Klasse vor Melbourne. Bernd Spengler (Nürnberg) kam in dem 60 Boote starken Teilnehmerfeld auf Platz 27. Sein Vater Jörg endete auf Rang 40.

ZAHLEN

EISKUNSTLAUF

Europameisterschaften *in Budapest.* Damen, Stand nach Pflicht und Kurzprogramm: 1. Witt („DDR"), 1,6 Punkte, 2. Kondraschowa (UdSSR) 3,8, 3. Ruben (Bundesrepublik Deutschland) 4,0, 4. Cariboni (Schweiz) 6,2, 5. Dubravcic (Jugoslawien) 6,8, 6. Iwanowa (UdSSR) 7,2, 7. Tesch (Bundesrepublik Deutschland) 7,6.

EISHOCKEY

Bundesliga, Nachholspiel: Landshut – Iserlohn 7:1.

FUSSBALL

Freundschaftsspiele: *Mechelen/Belgien* – Bayern München 1:2, Aachen – 1. FC Köln 1:3, Karlsruhe – Stuttgart 1:0, Nürnberg – Dozsja Ujpest Budapest 1:0, Saarbrücken – Sochaux 1:2, Maccabi Haifa – Offenbach 2:2, Velez Mostar – Braunschweig 1:1, Falke Steinfeld – Osnabrück 1:2.

TENNIS

14. **Masters-Turnier in New York**, erste Runde: Higueras (Spanien) – Clerc (Argentinien) 6:2, 6:3, Kriek – Arias (beide USA) 7:6, 6:4.

Damenturnier in Oakland, erste Runde: Navratilova – Horvath (beide USA) 6:2, 6:0, Jaeger – Teeguarden (beide USA) 6:3, 6:3.

EISKUNSTLAUF / Deutsche Meisterin nach Pflicht und Kurzkür auf Platz drei

Telegramm aus Moskau brachte für Manuela Ruben Medaillen-Hoffnungen

E. F. RAULF, Budapest

In der Nacht zum Mittwoch, bei der Kurzkür, war sie so sicher und selbstbewußt wie selten zuvor. Ihre Konzentration ließ nur einmal für Bruchteile von Sekunden nach – vor lauter Freude darüber, daß ihr die dreifache Kombination gut gelungen war. Da strauchelte sie beinahe bei der relativ einfachen eingesprungenen Sitzpirouette. *Aber Manuela Ruben aus* Mannheim blieb erst einmal vierte bei den Eiskunstlauf-Europameisterschaften in Budapest nach Pflicht und Kurzprogramm.

Gestern morgen beim Frühstück bekam die deutsche Meisterin dann frei Haus serviert, was sie sich erträumt hatte: eine Medaille. Aus welchem Metall sie sein wird, aus Silber oder Bronze, entscheidet sich heute abend bei der Kür. *Manuela Ruben:* „Jetzt will ich Silber!"

Was hinter Manuela Rubens unverhofftem Glück steckt, ist die Tragik einer anderen Läuferin – oder taktisches Kalkül der sowjetischen Sportfunktionäre.

Elena Wodorezowa, wie Manuela Ruben 20 Jahre alt, lag auf dem zweiten Platz. Gestern Morgen flog sie nach Moskau zurück. Direkt nach der *Kurzkür, so heißt es*, habe sie ein Telegramm erhalten. Ihre Mutter sei schwer erkrankt. Walentin Pisejew, Generalsekretär des sowjetischen Verbandes beeilte sich zu sagen, bei den Olympischen Spielen in Sarajevo sei sie wieder dabei.

Daran knüpfen sich nun *Vermutungen und Gerüchte. Familiäre* Gründe, selbst wenn sie so schwerwiegend sind, wie hier angegeben, waren für die Sowjets selten genug Anlaß dafür, auf sportliche Ehren zu verzichten. Da kommt eben Mißtrauen auf, und es gibt drei Gründe dafür.

● Elena Wodorozowa wurde schon im Alter von zwölf Jahren bei Europameisterschaften vorgeführt. Da zeigte sie in ihrer Kür, mit kindlich-lustig hüpfenden Pferdeschwänzen über beiden Ohren, 30 Sprünge, davon fünf verschiedene dreifach. Vier Jahre später, nur 1,51 m groß und 70 Pfund schwer, hieß es, sie müsse ihre Karriere beenden. Der Raubbau an ihrem Körper hatte zu Gelenk-Rheuma und Operationen geführt. Sie kam doch wieder, beherrscht aber die dreifachen Sprünge nicht mehr. In Dortmund, bei der Europameisterschaft des letzten Jahres, glich es schon einer skandalösen Fehleinschätzung, sie nach fünf Doppelaxeln *und zwei Doppelsalchows in der Kür* doch noch auf Platz zwei zu setzen. Soll das Telegramm aus Moskau jetzt den Ruf der Läuferin schützen, soll in Budapest nicht deutlich werden, daß sie für Sarajevo keine Medaillen-Kandidatin mehr ist?

● Jetzt liegt – nach dem Startverzicht *von Elena Wodorozowa* – ihre designierte Nachfolgerin Anna Kondraschewa hinter Katarina Witt aus der „DDR" und vor Manuela Ruben auf *Platz* zwei. Soll ihre mögliche Silbermedaille den Blick der Punktrichter auf dieses neue Talent richten, damit Anna auch in Sarajevo nicht vergessen wird?

● Der Trainer von Elena Wodorozowa ist Stanislaw Shuk. Der trinkfestwitzige, aber auch polternd-brutale Mann fiel im Frühjahr 1983 einer Säuberungsaktion im sowjetischen Sport zum Opfer. Zu dieser Zeit war Alexander Saizew noch Generalsekretär des *Eiskunstlauf*-Verbandes. Saizew hatte im Paarlaufen zwei olympische Goldmedaillen und sechs Weltmeistertitel gewonnen – an der Seite seiner Frau Irina Rodnina, die sich im Streit von Shuk getrennt hatte. Jetzt ist Saizew degradiert (zum Rodel-Obmann bei Dinamo Moskau) und Shuk steht in Budapest wieder an der Bande. Mußte Shuks Meisterschülerin Wodorozowa abreisen, weil der interne Machtkampf noch nicht beendet ist?

Manuela Ruben können diese Spekulationen erst einmal gleichgültig sein. Zumindest die Bronzemedaille scheint ihr sicher. Was denn auch zu einem Stoßseufzer des in letzter Zeit oft kritisierten Präsidenten der Deutschen Eislauf-Union, Wolf-Dieter Montag, führte: „So, jetzt ist mir wohler."

Und noch eine Läuferin ist über Kulissentheater jeder Art erhaben: Katarina Witt. Im Czardas-Kostüm tanzte und sprang sie zu einem ungarischen Czardas auch in Budapest an die Spitze. Sie war die einzige, die die Zuschauer in Stimmung bringen konnte, weil sie eine der wenigen ist, die dreifach springen können, ohne Anmut und Grazie zu verlieren.

Ihre stärkste Konkurrentin für Sarajevo saß auf der Tribüne und sah gelassen zu: die verletzte Claudia Leistner. Es gab auch keinen Grund, plötzlich vor der Konkurrenz Angst zu bekommen. Ihr Urteil, selbstbewußt, aber realistisch: „Das, was die alle heute gezeigt haben, bringe ich auch . . ."



Temperament im Czardas-Kostüm: Katarina Witt aus der „DDR" FOTO: DPA

Leben zwischen Furcht und Hoffnung: Berlin im Bombenhagel 1943/44

Der letzte Koffer war ihre Heimat

Der letzte Koffer, der war unsere Heimat", sagt eine Berlinerin, die über die Bombardierung Berlins berichtet. Und das wäre auch der richtige Titel für den erregenden Dokumentarfilm gewesen. Aber er heißt „Bomben auf Berlin" und weckt törichterweise Assoziationen zu dem Nazilied „Bomben auf Engelland" und zu der Filmhumoreske „Bomben auf Monte Carlo".

Vergessen wir diese Torheit, der Film verdient es trotz allem beachtet, betrachtet und befürwortet zu werden. Er zeigt nämlich nicht allein die Bomben und ihre Wirkung, er führt vor allem vor, wie die Menschen darauf reagierten, die Großen da oben und die Kleinen da unten in den Kellern. Die Großen: Es ist wie ein Feldversuch der Zynik und Heuchelei, aber auch, wenn man die Kleinen betrachtet, der Anfälligkeit für das *vollmundige Propagandawort.*



Josef Goebbels im Gespräch mit der Berliner Bevölkerung FOTO: TELEBUNK

Bomben auf Berlin – ARD, 20.18 Uhr

Der Film zeigt besonders die beiden großmäuligen Verführer Goebbels und Göring, die wie perfekte Instrumente der schieren Heuchelei und Menschenverachtung ihr Werk taten, die so leidenschaftlich Lüge artikulierten, daß man fast geneigt war, ihnen subjektive Ehrlichkeit zu attestieren, aber nur fast, denn der Pferdefuß kam immer wieder zum Vorschein, wenn etwa Goebbels seine geschickt modulierte Stimme ins Schmierenhafte abgleiten ließ, so daß der Betrug offenbar wurde.

Das Studium solcher Stimmen und der „Body language", der verräterischen Körpersprache, allein macht den Film notwendig und nützlich. Dabei sollte man den Major Remer nicht vergessen, der als Kommandeur der Berliner Wachtruppe die Reichshauptstadt vor der Anti-Hitler-Aktion der verzweifelten Patrioten vom 30. Juni 1944 „rettete". Er übertraf mit seiner keifenden Kasernenhofstimme sogar noch den unseligen Freisler, den Blutrichter des Volksgerichtshofs. Man wird sich diesen orgiastischen Klang, diese zynisch ausgekotzten Phrasen merken müssen, auch akustisch.

Das sind im Bösen die Höhepunkte des Films von Irmgard von zur Mühlen. Dazwischen liegen die Sequenzen, in denen sich weder Dämonie noch bombastisches Heldentum, weder Verruchtheit noch mythische Grausamkeit ereignen: Es ist buchstäblich *der letzte Koffer*, der den – einem gnadenlosen Bombenhagel ausgelieferten – Menschen zur Heimat wird. Man sieht herumirrende Menschen, tote Frauen, ein totes Kind dazwischen, die Straßen, die keine Straßen mehr sind. Man erfährt, *daß nach Beginn der* „Schlacht um Berlin" Ende 1943 bis zum Frühjahr 1944 29 Quadratkilometer der Stadt verwüstet waren, anderthalb Millionen ihr Heim verloren, mehr als 50 000 von Bomben zerrissen wurden, im Keller erstickten, im Feuersturm der Phosphorbomben verbrannten. Das alles ist der Film, der zum Glück einen richtigen Untertitel trägt: Leben zwischen Furcht und Hoffnung.

Aber er zeigt noch mehr, er läßt ahnen, wie leicht, mit wie wenig Ehrlichkeit und intellektueller Mühewaltung eine ganze Nation bewegt werden kann. Die Bilder von 1939 meinen es, scheint es, und wenn es eine Lehre gibt, die aus diesem Film zu ziehen wäre, dann ist es eben diese. Wenn man vom Rathaus kommt, so sagt ein gutes deutsches Sprichwort, ist man klüger. Der Film der Frau Mühlen könnte ein wichtiges Stückchen „Rathaus" sein.

VALENTIN POLCUCH

KRITIK

Zum Zittern und Bangen

Rainer Erler hat einen Thriller, zu deutsch einen zum Bersten spannenden Film („Das schöne Ende dieser Welt", ZDF) abgeliefert, und man staunt ob des „Drives" (zu deutsch: drängender Rhythmus), der nicht müde wird, höchste Beschleunigung vorzutäuschen, obwohl die Zeit ihren Gang geht. Die Fabel: Ein Jungmanager wird nach Australien geschickt, um dort die Produktion der anderswo verbotenen Giftpräparate für die Schädlingsbekämpfung vorzubereiten. Er gerät erstens in den Sog einer zärtlichen Australierin, *zweitens mitten* in die Auseinandersetzung zwischen knallharten Konkurrenten und eisern entschlossenen Grünen. Drittens: Der Obermotz der Grünen ist erstens der Bruder des geliebten Mädchens, zweitens von Götz George dargestellt, das heißt: Es geht rund.

Die Wüste verdorrt, das Auto verbrennt, aber es gibt noch Hubschrauber an diesem schönen Ende der Welt, und es gibt noch den Schimanski, wollte sagen Götz George, der die herzhafte Rauhbeinigkeit seiner Kommissarsrolle mühelos auf den fernen Kontinent übertragen konnte und dort immer dann auftaucht, wenn man zitternd und bangend das verliebte Paar in Lebensgefahr sieht: Claire Obermann und Robert Atzorn – Liebe auf australisch.

Ein schöner Film, ein amüsanter Film, bei dem man auf das ernsthafteste ins Nachdenken geschubst wird.

REGINA ROSTOW



STUDIO

Am 12. Februar wird der Norddeutsche Rundfunk im Ersten Programm die Zemlinsky-Oper „**Der Geburtstag der Infantin**" ausstrahlen, einen Mitschnitt der Aufführung vom 8. November 1983. (DW.)

Unter dem Titel „**Theodor Heuss – ein deutscher Demokrat**" würdigt das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) am 29. Januar, einem Sonntag, um 10.30 Uhr, den ersten Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland. Wie der Sender mitteilte, solle die Matinee auch jüngeren Staatsbürgern den ersten Bundespräsidenten in Erinnerung rufen und dazu beitragen, daß das Andenken an den leidenschaftlichen Demokraten unvergessen bleibt. (dpa)

OLYMPIA / Erst 51 Athleten nominiert

Willi Daume erwartet noch viel öffentliche Kritik

sid, Düsseldorf

Erst 51 von etwa 85 bis 90 Athleten hat das Nationale Olympische Komitee (NOK) für die Winterspiele in Sarajevo nominiert. Da weder Skispringern noch alpinen Herren oder Eisschnelläufern (zurückgestellt wurde die Nominierung im Eiskunstlauf und Biathlon) das Teilnahmerecht zugesprochen wurde, rechnet NOK-Präsident Willi Daume in den Tagen bis zum 18. Januar als zweitem und letztem Nominierungsdatum noch mit viel Kritik. Auch aus politischen Kreisen, weil in Sarajevo auf einen Athleten mindestens ein Betreuer kommt. Daume: „Es wird am 18. Januar auf der Sitzung in München sicherlich Probleme geben, wahrscheinlich sind Kompromisse die einzige Lösung."

Helmut Weinbuch, Direktor des Deutschen Skiverbandes (DSV), hat schon angekündigt: „Wir werden uns zu wehren wissen, sollten am 18. Januar keine Skirennläufer und keine Springer benannt werden. Wir machen aber jetzt schon deshalb nicht in Panik, weil uns vom NOK gesagt wurde, daß eine alpine Herren- und auch eine Springermannschaft nach Sarajevo reise."

Enttäuschung machte sich dagegen bei der Deutschen Eisschnelllauf-Gemeinschaft (DESG) breit, die auf der Liste bereits fünf bis sieben Kandidaten erwartet hatte. Sportwart Rainer Scharrelmann: „Wir sind von der Entscheidung arg überrascht." Für ihn hatten sieben Athleten bei der ersten Nominierung praktisch festgestanden, weitere hätten am 18. Januar folgen sollen. Der für nächste Woche für die Olympiateilnehmer vorgesehene Lehrgang wurde erst einmal abgesagt. Scharrelmann: „Es käme nur Unruhe auf, müßten wir die für Sarajevo nicht benannten Sportler wegschicken."

Ski alpin: *Damen:* Maria Epple, Irene Epple (beide Seeg), Kiehl (München), Wiesler (Staufen), Mösenlechner (Inzell).

Ski nordisch: Langlauf: Damen: Jäger (Willingen). – Herren: Behle (Willingen). – Nordische Kombination: Müller (Oberstdorf), Kramer (Willingen), Schwarz (Oberaudorf), Weinbuch (Berchtesgaden).

Bob: Fischer/Nießner/Eisenreich/Metzler (SV Ohlstadt), Weikenstorfer/Hartmann/Gerg/Geiger (BC Unterhaching), *Kopp/Neuburger/Oechsle/* Schuhmacher (BC Unterhaching).

Rodeln: Damen: Zeitz (Königssee), Hattle (Berchtesgaden). – Herren: Schettel (Bigge-Olsberg), Rzeznizok (Berchtesgaden). – Doppelsitzer: Stanggassinger/Wembacher, Schwab/Staudinger (alle Berchtesgaden).

Eishockey: Tor: Friesen (SB Rosenheim), Englbrecht (EV Landshut), Schlickenrieder (Mannheimer ERC). – Verteidiger: Kießling, Hiemer (beide Kölner EC), Kreis, Niederberger (beide Mannheimer ERC), Berndaner (SC Rießersee), Reil (ECD Iserlohn), Scharf (SB Rosenheim), Gandorfer (EV Landshut). – Stürmer: Steiger, Kühnhackl (beide EV Landshut), Betz, Höfner (beide SB Rosenheim), Truntschka, Kuhl (Kölner EC), Wolf, Roedger, Adams, Obresa (alle Mannheimer ERC), Reindl (SC Rießersee), Hegen (ESV Kaufbeuren). – Drei Spieler aus diesem Aufgebot werden noch gestrichen.

Und noch 'ne Veranstaltung

Ist es nun der mutige Sprung in eine Programmlücke, oder ist es der geschäftstüchtige Versuch, das Taschengeld aufzubessern? Dietmar Mögenburg und Carlo Thränhardt, die beiden besten deutschen Hochspringer, sind unter die Sportveranstalter *gegangen.* Am Freitag arbeiten sie im Eifel-Ort Simmerath als ihre eigenen Zirkusdirektoren bei einer reinen Hochsprungveranstaltung in der Halle, deren Stars sie (neben Ulrike Meyfarth) selbstverständlich auch sind. Mögenburg, ganz erfolgreicher

STAND ● PUNKT

Promotor, meldet zackig: „Die Werbung ist gelaufen, die Zusage der Teilnehmer liegt vor, die Kampfrichter sind bestellt, 400 der 700 Karten sind verkauft."

Top oder Flop – das ist hier die Frage. Noch einmal: Nichts gegen Tüchtigkeit im sportlichen Geschäft. Aber die Zukunft, die sich aus diesem Experiment entwickeln soll, ist fragwürdig. So etwas wie ein Hallenpokal des Hochsprungs soll daraus werden, an verschiedenen Orten, mit Punkten, Pokalen, Prämien. Und der eher skeptische Verband meldet: „Das Ganze könnte zu einer Art Pilot-Projekt für Cups in den anderen Disziplinen werden." Ja, muß das denn sein? Die Inflation der nationalen und *internationalen Wettkämpfe hält* ohnehin an. Sollen sie in der Eifel veranstalten, aber warum denn gleich immer mit diesem Anspruch? Dem deutschen Sport mag vieles fehlen, Veranstaltungen hat er mehr, als er ertragen kann . . . DW.

TENNIS / Bei Spitzenspielern besitzt das Masters-Finale keinen hohen Stellenwert mehr

Stars bereiteten sich nicht mal ernsthaft vor

H. J. POHMANN, Bonn

Die Hit-Liste der Punktbesten aller 70 Grand-Prix-Turniere von 1983 für das Masters-Turnier im New Yorker Madison Square Garden ist wieder einmal komplett. Lediglich Wimbledon und die US-Open können von sich behaupten, ein derart hochkarätiges Feld mit den Siegern der Grand-Slam-Turniere aufbieten zu können. Wimbledon-Sieger *John McEnroe,* Jannick Noah, Sieger in Paris, Jimmy Connors, US-Open-Gewinner, und Mats Wilander, der vor wenigen Wochen die Australian-Open gewann, sind neben acht weiteren Spielern dabei. Also gleich zu Beginn des Jahres ein Höhepunkt? *Auf den ersten Blick mag es so scheinen, beim* näheren Hinsehen kommen Zweifel auf.

Denn kaum einer der Stars hat sich wirklich ernsthaft auf dieses von den Veranstaltern zum „Hallen-Turnier des Jahres" bezeichnete Ereignis vorbereitet. Nach den Australian-Open Anfang Dezember fuhren sie erst einmal alle in ihren Jahresurlaub und spielten keine Turniere. Lediglich am vergangenen Wochenende traf man sich zu einem Show-Turnier in Chicago, bei dem Lendl, McEnroe, Wilander und Noah bereits frühzeitig ausschieden. Diese Art von Vorbereitung, vor wichtigen Turnieren ansonsten undenkbar, mag ein Beweis dafür sein, daß der Wert des Masters nachgelassen hat. Die alte Regel, daß der Masters-Sieger die wahre Nummer *eins in der Welt ist, scheint also* überholt und falsch. Nach wie vor zählt die Computer-Rangliste der Berufsspieler, die aus den erzielten Turnierergebnissen des ganzen Jahres *aufgestellt* wird.

So gelten für die Spitzenspieler in erster Linie die Grand-Slam-Titel oder Erfolge auf den Grand-Prix-Turnieren der „Super Series". Mitentscheidend für das Nachlassen des Interesses ist auch die Tatsache, daß im Madison Square Garden immer noch keine Punkte für die Weltrangliste vergeben werden. Bei dieser Betrachtung werden auch Erinnerungen an das Vorjahr wach, als sich Jimmy Connors und John McEnroe ohne jegliche Gegenwehr von Ivan Lendl schlagen ließen. Gerade von Lendl, der noch nie ein Grand-Slam-Turnier gewann, ist bekannt, daß er, wenn es wirklich darauf ankommt, nicht die besten Nerven besitzt.

Dennoch, nach wie vor ist das Masters ein lohnenswertes Spektakel, das nicht zuletzt auch von der Atmosphäre des Gardens lebt. Der 19jährige Mats Wilander aus Växsjö, mit acht Turniersiegen 1983 erfolgreichster Punktesammler und Gewinner des Bonus-Pools mit 600 000 Dollar (rund 1,8 Millionen Mark) ist an erster Stelle gesetzt. Gefolgt von Vorjahressieger Lendl, der sich in seiner Hälfte mit dem Liebling der New Yorker, Jimmy Connors, und Yannick Noah auseinandersetzen muß. Noah, neuerdings bemüht, seinen Wohnsitz nach New York zu verlegen, könnte in Bestform ein gefährlicher Außenseiter sein.

Doch es scheint, als ob er beim Feiern nach seinem Pariser Erfolg zu viel Kraft verloren hat. Lediglich physisch labile Franzose seitdem und verlor zuletzt in Basel im Oktober bereits in der ersten Runde gegen Victor Pecci.

Der erste Höhepunkt könnte das Aufeinandertreffen von Wilander im Halbfinale auf John McEnroe sein. McEnroe, 1983 21 Wochen Nummer eins der Computer-Rangliste und am Montag im New Yorker Hilton-Hotel zum Spieler des Jahres gewählt, hat hier die Gelegenheit, Revanche für Melbourne zu nehmen. Dort unterlag er Wilander, dem jüngsten Dollar-Millionär in der Geschichte des Profi-Tennis, in vier glatten Sätzen.

Sollten aber tatsächlich die sportlichen Leistungen nicht überzeugen, so haben die Manager und Drahtzieher im Hintergrund trotzdem für genügend Aufmerksamkeit gesorgt, um das Interesse anzuheizen. Wie durch einen Zufall wird das Urteil im „Fall Vilas", der verbotene Garantiezahlungen angenommen haben soll, an diesem Wochenende in New York verkündet werden. Zur Erinnerung: Rein zufällig wurde auch im Vorjahr zum gleichen Zeitpunkt am selben Ort der Rücktritt von Björn Borg bekannt . . .

ARD / ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sendung mit der Maus
10.00 Tagesschau
10.23 Aus Budapest: Eiskunstlauf-EM
11.30 Umschau
11.40 Mosaik
12.10 ZDF-Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau
13.15 Videotext

ARD

15.30 Programmvorschau
16.00 Tagesschau
16.10 Expeditionen ins Tierreich
Heinz Sielmann zeigt Haie
(Wh. von 1983)
16.55 Was ist Was
Mit Professor Heinz Haber
17.30 Alpha 5
Eine Computer-Spiel-Show
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschließend: Der 7. Sinn
20.18 Bomben auf Berlin
Leben zwischen Furcht und Hoffnung
Film von Irmgard von zur Mühlen
Die Bilanz der schweren Bombenangriffe auf Berlin sah Ende März 1944 so aus: über 50 000 Tote, 18 431 Schwerverletzte, 1,5 Millionen Obdachlose.

WELT ● Videotext

täglich von 16 Uhr bis Sendeschluß (ARD und ZDF) unter den Nummern 601, 602, 603

21.45 Café in Takt
Mit Peter Horton
Regie: Rainer Bertram
Gäste im „Café in Takt" sind diesmal – neben Jeanette Chéro und Georg Holzer – der Liedermacher und Schauspieler Klaus Hoffmann, der Holländer Benny Neymann, die Italienerin Fiorella Mannoia und die Gruppe Re. Diese Jazz-Band besteht schon seit über 10 Jahren in verschiedenen Besetzungen. In der jetzigen Formation wurde sie Sieger beim Wettbewerb der Deutschen Phonoakademie 1982 in der Sparte Jazz.
22.30 Tagesthemen
23.00 Tatort
Slalom (Wh. v. 1981)
00.30 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Aus meiner Aktenmappe
3. Folge: *Die enthemmte Bürokratie (Wh. von 1981)*
16.35 Kuschelbären
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: The Ace Cats
17.50 Flohmarkt
Besuch aus dem Jenseits oder die *Kunst, ein Verhältnis friedlich zu* lösen.
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mann, halt die Luft an!
Sand im Betriebe
18.57 Programm-Service
19.00 heute
19.30 Günther Pfitzmann:
Lach mal wieder
Szenen – Sketche – Witze
20.30 Slavko Avsenik und seine Original Oberkrainer
Sendung zum 30jährigen Bestehen der volkstümlichen Musikgruppe in Stereo
Durch die Sendung führt Elmar Gunsch
Regie: Ferry Olsen
21.00 Wie würden Sie entscheiden?
Rechtsfälle im Urteil des Bürgers
Wohnrecht für zwei
21.45 heute-journal
22.05 Sparen statt streiken
Amerikas Gewerkschaften zwischen Anpassung und Auflehnung
Bericht von Horst Kalbus
22.50 Sport aktuell – aus Budapest
Eiskunstlauf-EM
Kür der Damen
Reporter: W. Schneider
Ist die Mannheimerin Claudia Leistner fit, dürfte sie Elena Wodorezowa (UdSSR) *und Katarina Witt* („DDR") einen harten Kampf um die Medaillen liefern
23.50 heute

Günter Pfitzmann (l.) ist Star der neuen Reihe „Lach mal wieder", Paul Kuhn sein Partner in allen Folgen – Um 19.30 Uhr im ZDF FOTO: TELEPRESS

III.

WEST

18.00 Telekolleg
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Geliebte Geisel
Amerikanischer Spielfilm (1975)
21.45 Landesspiegel
22.15 König für einen Sommer
23.00 Chronik einer Volksschauspieler-Dynastie
23.45 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Schach für jedermann
18.45 Film als Hobby (Wh.)
19.15 Vom Rentier zum Schneeskooter
20.00 Tagesschau
20.15 Nur Pferden gibt man den Gnadenschuß
US-Spielfilm (1969)
Anschl. Nachrichtentelegramm
22.10 Bücherjournal
22.55 Jazz-Fest
Berlin 1983 (Etta James)
23.25 Nachrichtentelegramm

HESSEN

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Für Kinder
19.00 Ali Baba und die vierzig Räuber
US-Spielfilm (1944)
20.30 Bücher-Report
21.20 Das Bild der Woche
21.30 Drei aktuell
21.45 Blickpunkt Ausland
22.30 Janosik

SÜDWEST

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Telekolleg I
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Die Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Die Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Die Wand (2)
Französischer Fernsehfilm in drei Teilen von Gerard Herzog
20.55 Bilderbogen:
Die illustrierte Kurzgeschichte
21.00 Die umworbene Frau
Film von Renate Härtl
Nur für Baden-Württemberg
21.45 Treffpunkt Fernsehturm
Nur für Großraum Mannheim
21.45 Treffpunkt Alte Feuerwache
Nur für Rheinland-Pfalz
21.45 Guten Abend aus Mainz
Nur für das Saarland
21.45 Wir spielen auf

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Z. E. N.
19.05 Damals Tagesgespräch
Hurra, ein Junge!
20.15 Der junge Goethe
20.45 Wege des Glaubens
21.30 Rundschau
21.45 Und immer lockt das Weib
Französischer Spielfilm, 1956
23.10 Rundschau
23.15 Aktualitäten

Was Mr. Say einst aß . . .

ef – Wissenschaft ist vielfältig und wundervoll, verlangt aber bisweilen doch sehr abgehärtete Gelehrte – selbst dann, wenn es um Archäologisches geht. Jetzt eben konnten wir erfahren, wie sich im siebzehnten Jahrhundert der Vorsteher eines britischen College zu Oxford ernährt hat. Dem Robert Say, Vorsteher des Oriel College von 1653 bis 1691, kochte seine Gattin, die geborene Anne Zouch, reichhaltige Eintöpfe mit massiver Geschmacksnote. Senf- und Fenchelsamen nahm sie, auch schwarzen Pfeffer, importiert vom fernen Java her. Zum Ausgleich für so starke Kost aßen die Oriels eine Menge Obst: Nicht nur heimische Kirschen, Pflaumen, wilde Erdbeeren, Himbeeren und Stachelbeeren – auch Trauben schmauste der Akademiker und Feigen, herbeigeschifft aus Griechenland oder von der Levante. Mr. Robinson vom Oxforder Universitätsmuseum, dessen Forschung wir diese Informationen verdanken, meint dazu, es habe „ein erstaunlicher Gegensatz bestanden zwischen des Vorstehers luxuriöser Speisekarte und seinen armseligen Lebensbedingungen".

Das mag ja sein, und wir alle gönnen dem wackeren Robert Say dreihundert Jahre rückwirkend sein schönes Essen. Woher aber die plötzliche Kenntnis, der tiefe Blick in die Vorsteherküche? Ach, ein Blick war's wohl, doch nicht in die Küche, sondern ganz im Gegenteil: Freigelegt wurde bei Bauarbeiten im Oriel College eine unterirdische Kammer, und darin fanden sich „an die vier Tonnen eines feuchten, faserigen, braunen Stoffs, modernde Fäkalien aus dem siebzehnten Jahrhundert". Baupläne zeigten, daß zu Robert Says Zeiten für den Vorsteher und Frau Gemahlin über der Kammer ein Sitz mit Loch angebracht war. Nun ja, und aus der Erforschung des Funds ließ sich mancherlei über die Speisekarte ermitteln. Wissenschaft ist schön, Wissensdurst erhaben – aber *manchmal nimmt* die Sache doch peinliche Formen an.

Mailand: Christopher Marlowes „Doctor Faustus"

An des Trichters Rand

Wer mit verbundenen Augen in das Mailänder Teatro Pierlombardo tritt, muß zunächst meinen, hier spiele man eine Parodie auf Goethes Faust. Was sonst wäre dieser nervöse Gelehrte im engen Lederanzug, der da auf hohem Sessel in einem Holztrichter hockt und, unbefriedigt von all seinen Studien, nach der Magie verlangt? Das Gastspiel des Turiner Teatro Stabile heißt „Doctor Faustus" von Christopher Marlowe, der Shakespeares Zeitgenosse war. Samt dem 1587 in Frankfurt a. M. gedruckten Volksbuch „Historia von Doctor Johann Fausten, dem weitbeschreienen Zauberer und Schwartzkünstler", aus dem auch Marlowe seinen Stoff entnahm, hat es Goethe als Vorlage gedient.

Warum dieser Geniestreich des jung bei einer Messerstecherei umgekommenen Dichters fast nie und allenfalls als Puppenspiel aufgeführt wird, versteht man nach dieser glänzenden Inszenierung nicht mehr. Der Regisseur Flavio Ambrosini, dem man nach dieser ersten Arbeit für eine wichtige Bühne eine große Zukunft voraussagen kann, siedelt Marlowes Text zwischen dem grotesken Theater des Gombrowicz und dem absurden des Ionesco an und findet Atouts im Ärmel, es überzeugend zu machen. Sein erstes As ist die Szene von Benno Bessons Haus-Bühnenbildner *Ezio Toffoluti*. Der Holztrichter, in dessen glatten Wänden sich Türen und Fenster für die magischen Erscheinungen auftun, ist das Gefängnis für Fausts Unbehagen.

Robert Herlitzka (Faust) und Alessandro Haber sind scheue Bühnenvögel, die man bei ihren raren Auftritten jedesmal aufs neue als hochbegabte und ganz untypische Schauspieler entdeckt. Herlitzkas Faust ist ein gequälter Existenzialist, der sich kindisch an dem Preis für seine verkaufte Seele, den magischen Künsten, weidet. Mephisto im hellen Sakko ist ein freundlicher Bonvivant, der dem Gelehrten zwinkernd zu Diensten steht, der die Grenze zwischen Welt und Hölle verwischt und Fausts Tragödie zu einer Parabel des totgesagten Theaters macht.

Was immer der Übermensch erreicht, es sind nur Illusionen und Theatertricks. Aber welch großartige Tricks sind es, die da Karl V. und seinen Hofstaat mit Puppen und Menschen aus der Wand zaubern! Die den Papst samt Kardinälen zu einem Festmahl auf dem Bühnenrand beschwören und die schöne Helena und die nackte Schankwirtin in Auerbachs Keller im Trichtergrund. Man hat viel zu lachen, aber man friert dabei und das nicht erst bei Fausts großem Schlußmonolog, mit dem er sich vergeblich gegen die Verdammnis aufbäumt.

MONIKA von ZITZEWITZ

Zwiesprache mit Osteuropa – „Der Glockenkäufer", ein Film über die Deutschen in Siebenbürgen heute

Für Glocken gibt es doch keine Pässe!

Die letzte Klappe für den Spielfilm „Der Glockenkäufer" ist in Siebenbürgen gefallen. Das Thema: Ein westdeutscher Geschäftsmann (von „Tatort-Kommissar" Werner Schumacher gespielt) bereist siebenbürgische Dörfer, um alte Glocken aus den verlassenen Kirchenburgen aufzukaufen. Aber aus dem Geschäft seines Lebens wird nichts, unversehens sieht sich der negative Held in Ereignisse verstrickt, die ihn schließlich erkennen lassen: Heimat ist nicht käuflich, die Ereignisse der Geschichte lassen sich nicht zurückdrehen, für Glocken gibt es keine Pässe. Sie bleiben Teil eines Kulturguts, aus dem nachwachsende Generationen ihr Selbstbewußtsein speisen. Und so entsteht, wenn es nach dem Willen des alten Lehrers im Film geht, ein Kommunismus nicht nur mit Sirenen, sondern auch ein Kommunismus mit Glocken.

„Trauer ist menschlich, nicht revanchistisch!" Frieder Schuller, Jung-Produzent, Ideenlieferant und Regisseur in einem, beruft sich gern auf das Zitat von Volker Schlöndorff, wenn es um seine Fixierung auf die geliebte verlorene Heimat geht. Er will die schmerzlich vermißte Heimat dem Land begreifbar machen, für das sie *aufgegeben* wurde. *Diese Aufgabe* ist dem dreisprachig aufgewachsenen Sohn aus einem evangelischen Pfarrhaus in Hermannstadt, dem heutigen Sibiu, wie von selbst zuge*wachsen*.

Ein erster Drehbuchförderpreis war Anlaß für ein Künstlerporträt in der WELT. Der Leser Hans Kövel, Landvermesser aus dem Oldenburgi*schen, reagierte. Angerührt* von der Problematik des Untergangs der Siebenbürger Sachsen nach einer 800jährigen Geschichte, wollte er auf seine alten Tage „keine Villa im Tessin", sondern „*etwas* Vernünftiges aufbauen". Sprach's und gründete eine Film GmbH, die sich außer guten Kameras und einem geschäftsführenden Autor auch einen Vertrag mit der *staatlichen Romania Film-Kooperative* in Bukarest leistete.

Die Rumänen bestellten für (Co)-Regie und Kamera mit Alexander Tatos und Florin Michailscu international erprobte Spitzenkräfte und dazu all die deutschsprachigen Schauspieler aus Temesvar und Hermannstadt sowie Laienspieler vor Ort, die den authentischen Schauplätzen das *originale* Sprach- *und Erscheinungs*kolorit hinzufügen. Wenn es nach dem Eifer der Künstler hüben und drüben gegangen wäre, hätte sich das Vorhaben schnell realisieren lassen. Aber der *osteuropäische Amtsbüffel* gebärdete sich störrisch. Wo an allem Mangel herrscht, wird mit Zeit nicht gegeizt. Neun Reisen nach Bukarest glichen Pilgerfahrten, die dem hydraköpfigen Behördengott huldigten, bis sich die Bestie besänftigte, zum Devisenfutter bequemte.

Endlich ein Lockruf: Sofort kommen zum Vertragsabschluß! Sofort heißt auf rumänisch drei Wochen. Herumhängen, Schnapseln und immer wieder freundlich antworten: warum hier im Drehbuch ein Pfarrer und kein Parteisekretär, warum ein Zigeunerwagen und kein rumänischer Arbeiter, warum das verfallene Siebenbürger Sachsen-Haus und nicht rauchende Schlote, die den Fortschritt im Sozialismus so viel besser belegen. Ja, wenn es ein historischer Stoff wäre, von dem man weiß, wie er in die Weltgeschichte zu passen hat. Statt dessen diese vertrackte Gegenwart. Wer soll entscheiden, wie die zu interpretieren ist? Also wird nicht entschieden.

Drehen in Siebenbürgen. Das heißt auch Warten auf Filmrollen, die an den ungarisch-rumänischen Grenzen Schimmel ansetzen, weil sie ohne Grenzpapier nicht durch dürfen, und an der anderen Grenze ist das Papier auch nicht aufzutreiben, und der Fahrer will nicht verhaftet werden, weil er mit dem Durchreisevisum hin- und herkutscht, weil er doch im Film den Leichenwagen fährt, der die westlichen Toten nach Osten bringt, um das Begräbnisgeschäft zu beleben, das sich „lebendig gen Westen, tot gen Osten" nennt.

Drehen in Siebenbürgen heißt jeden nebelkalten Morgen hoffen, daß das Benzin vorhanden ist, um den nächsten Drehort zu erreichen. Immer wieder muß der Produzent Devisen für Benzingutscheine ausspukken, für die es dann doch noch Treibstoff gibt. Das dauert nur einen halben Drehtag. Nicht gemault, der Normalverbraucher im Lande kann sich tagelang für einen Tank voll in die Schlange stellen.

Filmen heißt hoffen, daß der Strom nicht zur Unzeit abgeschaltet wird. Zwei Stunden Heizung und Beleuchtung sind den Landeskindern im Winter 83/84 sicher. Schließlich war der Sommer trocken. Die Logik liegt auf der Hand. Oder? Jetzt ist die rumänische Kostümbildnerin doch ausgeflippt. Kein Wunder, wenn ihre Kreationen achtlos im Gepäcktross zerknüllen. Svetlana ist untröstlich. Und der tröstende Produzent? Der hockt hinter einem Hoftor bei dem Freund eines Freundes, der ihm eine Windschutzscheibe beschaffen muß, und wenn er sie selber gießt, bastelt, schnitzt, was auch immer. – Schon wieder! Ein Reifen des Mercedes, der wie ein exotisches Tier über Dorfstraßen hoppelt, die nur für Gänse gefahrlos passierbar sind, ist platt. Durchstochen von einem, der die Hoffnung aufgegeben hat, selbst einmal an solch einem Steuer zu sitzen.

Die westdeutschen Kollegen stöhnen über die vergeudete Zeit. Nicht so die sozialistischen Partner. Sie behalten die Ruhe, keine Gewerkschaft peitscht ihre Rechte durch. Eine Tasse Kaffee, und weiter geht die Arbeit ohne Murren bis in die Nacht hinein. Mit Menschen aus der freien Welt sprechen, mit ihnen arbeiten, mit ihnen filmen, ein lokales Ereignis erster Ordnung. Und da stehn sie schon wieder ungerufen aufgereiht am Rande des Dorfes, die Zigeuner aus den Katen am Rande, die Rumänen vor ihren knallbunten Häusern, die Siebenbürger Sachsen gravitätisch noch in abgewetzten Kleidern. Sie wollen hören und sehen und befühlen und bestaunen. Sie geben Zeichen: auf ein Schnäpschen, auf ein Wort, soviel Zeit wird doch sein.

Und zwischendurch bitter: warum nehmt ihr die Bilder von uns, nehmt uns nicht selbst mit!

INGRID ZAHN



Glockentransport mit zwölf Ochsengespannen: Szene von den Dreharbeiten zu Frieder Schullers Film „Der Glockenkäufer" FOTO: DIE WELT

Interdisziplinäres Forum der Bundesärztekammer

Nieren zum Festpreis?

Spitzenmedizin wird oft zwangsläufig zur Elitemedizin, an wenigen Universitäten angesiedelt und für den Kranken nicht ohne weiteres erreichbar. In dieser exklusiven Position befand sich lange die Transplantationsmedizin. Was etwa die Nierentransplanteure an therapeutischen Fortschritten zu bieten hatten, konnten nur wenige Patienten erleben. Seit aber die Überlebensraten von verpflanzten Organen sprunghaft besser geworden sind, bekommt dieses Spezialfach zunehmende Bedeutung für die breite Krankenversorgung. Auf dem 8. Interdisziplinären Forum „Fortschritt und Fortbildung in der Medizin", veranstaltet von der Bundesärztekammer, erklärte darum der Münchener Internisten-Ordinarius, Professor Eberhard Buchborn, die Transplantationsmedizin zu einem Fortbildungsthema für alle Ärzte, die sich für das Gesundheitswesen als Ganzes verantwortlich fühlen.

Organverpflanzungen sind inzwischen nicht nur zur humaneren Therapiealternative *geworden*, sondern auch zur wirtschaftlicheren: So werden Patienten mit völligem Nierenversagen unabhängig von der Dialysemaschine und entlasten zugleich die Krankenkassen. Der Kölner Nierenspezialist Professor Ekkehard Renner hat kürzlich errechnet, daß etwa eine halbe Milliarde DM an Behandlungskosten für Nierenkranke *jährlich* eingespart werden könnte, wenn die Hälfte der Dialysepatienten, die transplantationsfähig sind, *tatsächlich* ein neues funktionstüchtiges Organ eingepflanzt bekämen. Derzeit werden *rund tausend* Nieren pro Jahr verpflanzt. Um die Wartelisten abzubauen, müßten aber nach Berechnungen von Buchborn 1500 bis 1700 Nieren transplantiert werden. Dazu fehlen *freilich die* Spender-Organe. An mangelnder Spendebereitschaft in der Bevölkerung liegt es nicht, betonte Buchborn. Vielmehr lasse die Bereitschaft der Ärzte zur Organentnahme sehr zu wünschen übrig. Unfalltote wären eine ausreichende „Organbank".

In der Bundesrepublik stammen aus diesem Reservoir nur fünf Prozent der verpflanzten Organe. In den USA beispielsweise ist dieser Prozentsatz fünfmal höher. Die Motivation der Ärzte zur Organentnahme soll nun gestärkt werden: durch Honorierung und Kostendeckung, aber auch durch moralischen Druck. Buchborn setzte ein Signal: „Die Verweigerung zur Mitarbeit bei der Organgewinnung kann, wenn schon nicht juristisch, so doch moralisch eine Form der unterlassenen Hilfeleistung sein." *Also doch: Organspende* ist eine Sozialpflicht.

Als moralisch verwerflich empfindet Buchborn kommerzielle Transplantationskliniken, wie sie in Chicago und London bereits bestehen. *Für* den Festpreis von 57 000 DM erhält man beispielsweise in London innerhalb von ein bis zwei Wochen eine Leichenniere. Sollen die Reichen auf Kosten der Allgemeinheit so bevorteilt werden?

Buchborn erinnerte auch an das Procedere in Ländern mit nationalem Gesundheitsdienst. Um die Kosten in Grenzen zu halten, wird selektiert. So kommen Nierenkranke jenseits des 55. Lebensjahres gar nicht erst für eine Transplantation in Frage ebenso wie jüngere Kranke mit bestimmten Begleiterkrankungen. In Schweden und Großbritannien wird so verfahren.

Der Verteilungskampf hat längst auch in der Medizin eingesetzt, und zwar nicht nur unter den Ärzten, auch unter den Patienten. Der Zugang zur Organtransplantation, der möglichst günstige Platz auf der Warteliste nach einem begehrten Transplantat oder auch der *Zugang* zu kommerziellen Transplantationskliniken im Ausland, das sind Überlebensfragen für Nierenkranke.

JOCHEN AUMILLER

KULTURNOTIZEN

Der Filmpreis „Unifrance Film" ist für 1984 dem Streifen „Liberty Belle" des Franzosen Pascal Cane zuerkannt worden.

Grenzlandfilmtage veranstaltet die Stadt Selb vom 26. bis 29. April.

José Maria Collado, spanischer Dirigent, ist neuer Generalmusikdirektor am Staatstheater Karlsruhe.

Die 30. Westdeutschen Kurzfilmtage in Oberhausen finden vom 25. bis 30. März statt.

Fritz Steimle ist als neuer Rektor der Universität Essen nominiert worden.

Das Staatstheater Braunschweig wurde erstmals zu den Berliner Festwochen eingeladen.

Drei neue Schallplatten von Kiri Te Kanawa

Mozart ohne Herzschlag

Ihre Popularitätskurve steigt weiter steil an, vor allem die englischsprachige Welt ist ganz verrückt nach ihr. Der harte Kern der Opernfans hingegen scheint bereit, sie nach Zeiten bedingungsloser Gefolgschaft zur Absteigerin des vergangenen Jahres zu küren. Die Rede ist von der neuseeländischen Sopranistin Kiri Te Kanawa und ihren drei jüngsten Recital-Platten.

Beide Reaktionen sind sicher übertrieben. *Die Stimme der Te Kanawa* hat ja nicht gelitten. Es ist eine der schönsten Sopranstimmen unserer Zeit: blühend, samtweich, dabei von üppigem Volumen. Dazu ist die kürzlich geadelte Kiri Te Kanawa mit ihrem Schuß fürstlichen Maori-Blutes eine zum Malen schöne Frau, der man auf der Bühne wie im Fernsehen (weder die Met-Gala noch die Callas-Show kamen ohne sie aus), jede Rolle abnimmt.

Auf der anderen Seite sind jedoch die Hoffnungen derjenigen enttäuscht worden, die meinten, es sei nur eine Frage der Zeit, bis auch Kiri Te Kanawa zu einer ausdrucksvollen und dramatischen Gestaltung finden würde. Diese Entwicklung ist hörbar nicht eingetreten. Der Gesang Te Kanawas strebt immer deutlicher nach jener Makellosigkeit, die schon wieder den Keim der Langeweile in sich trägt.

Te Kanawas Hauptproblem ist dabei die völlig indifferente Behandlung der Texte, die sie zwar, egal ob deutsch, französisch oder italienisch, nahezu akzentlos artikuliert, aber doch selten nach Sinn und Inhalt ausleuchtet. Die musikalische Konsequenz daraus ist, daß ihr Gesang unterschiedliche Stimmfarben kaum kennt. Was immer sie singt, es klingt alles wie Dame Kiri, erst in zweiter Linie nach dem Komponisten und eigentlich gar nicht nach der Partie oder gar nach der spezifischen dramatischen Situation, in der eine Arie steht.

Ihre Platte mit Arien aus Opern Mozarts (Philips 6 514 319), begleitet vom London Symphony Orchestra unter Colin Davis, geht erfreulich eigene Wege in der Repertoireauswahl. Von den altbekannten Stücken kommen hier nur Paminas g-Moll-Arie aus der „Zauberflöte" und das Rondo aus „Cosi fan tutte" vor, dafür aber auch Zaides „Ruhe sanft, mein holdes Leben"! *Arien der Servilia aus* dem „Titus" und der Ilia aus dem „Idomeneo", ja sogar Auszüge aus kaum aufgeführten Mozart-Opern, wie „Die Gärtnerin aus Liebe", „Lucio Silla" und „Il Ré Pastore". Te Kanawa formt sie allemal zu hinreißend schönen musikalischen Gebilden, doch jener Herzschlag, ohne den Mozarts Musik nicht auskommt, der pocht nicht.

An der Grenze zur Kunstmusik stehen die von Marie-Joseph Canteloube de Malaret gesammelten und arrangierten „Chants d'Auvergne", französische Volkslieder im Gewand des Impressionismus. Wer diese Lieder in der 1930 entstandenen Aufnahme von Madeleine Grey kennt oder auch in der Einspielung von Victoria de los Angeles, der weiß, wieviel Erdgeruch und Landluft diese Musik atmet, wieviel Natürlichkeit die Interpretin einfließen lassen sollte. Bei Te Kanawa hingegen regiert das hochar*tifizielle stimmliche Raffinement: ei*ne Aristokratin auf der Landpartie (Decca 6 42749).

Verdi und Puccini ist Te Kanawas drittes Recital gewidmet (CBS D 37 298), mit dem London Philharmonic Orchestra unter John Pritchard. Weder die Attacke des Verdi-Gesangs, noch die veristischen Überziehungen Puccinis sind für Te Kanawa nachzuvollziehen. Aber mit schönerer Tongebung, perfekter auf dem Atem segelnder Phrasierung lassen sich diese Stücke kaum vorstellen. Wer von der Oper die schöne und nichts als die schöne Stimme erwartet, für den hat Te Kanawa heute keine Konkurrentin.

REINHARD BEUTH



Eine der schönsten Sopranstimmen unserer Zeit: Kiri Te Kanawa FOTO: ANNE KIRCHBACH

ZEITSCHRIFTENKRITIK: „Les Nouvelles"

Schicke Linke in Nöten

Wir haben unsere Leser im letzten Jahr über das Pariser Wochenmagazin „Les Nouvelles" unterrichtet, den Abkömmling einer der großen Kulturzeitschriften dieses Jahrhunderts: „Les Nouvelles Littéraires". Wir haben das Magazin vorgestellt, weil es das *Musterprodukt* eines unverbindlichen Linksliberalismus ist – so nach der Formel „ich bin rot, aber mach mich nicht naß".

Nun hat die Geschichte ihre politische *Pointe* aufgesetzt bekommen. Ein Lastwagen, der einen Teil der Auflage vom Heften abholte, ist überfallen worden. Die Redaktion der „Nouvelle" berichtet: „Es war eine *planmäßige Aktion im paramilitäri*schen Stil. Ein Wagen mit Funkanlage überwachte den Eingang der Firma. Etwa zwanzig (!) andere Wagen waren in der Gegend verteilt, um nicht aufzufallen. Am 28. Dezember, um 13.00 Uhr, verläßt unser Camion die Heftwerkstatt in Vitry-sur-Seine. Das Kommando sammelt sich schnell und drängt den Lastwagen in eine verlassene Straße ab. Dort werden die Zeitschriften aus den Paketen gerissen und am Boden zerstreut. 17 000 Exemplare werden mit Jauche und Druckerschwärze zerstört."

Scheußlich, was sich so ein faschistisches Rollkommando gegen harmlose Linke erlaubt, nicht wahr? Gleich nach dem Überfall meldete sich ein Funktionär des kommunistischen CGT-Gewerkschaftsbundes, und zwar aus der für ihren besonderen Radikalismus berüchtigten Buchdruckergewerkschaft, telefonisch bei den „Nouvelles": „Das waren wir! Es ist eine Warnung. Solange Sie nicht wieder einen Vertrag mit Montsouris machen, erscheint Ihr Magazin nicht . . ." „Montsouris" – damit ist eine Großdruckerei der CGT gemeint. Sie steht vor dem Konkurs, weil nicht nur die „Nouvelles", sondern auch eine große Zahl anderer Unternehmen sie zugunsten von Druckereien verlassen haben, wo *man, zu günstigeren Bedingungen*, besser behandelt wird.

Man sieht: Im Volksfrontfrankreich erweitert sich der Freiraum derer, die kriminell sein dürfen, ohne von der Staatsgewalt auch nur das Geringste zu befürchten zu haben. Aber es ist neckisch, daß es im Falle der „Nouvelles" ausgerechnet ein Organ betrifft, das immer noch Mitterrand beweihräuchert.

Die Nummer der „Nouvelles", die über das Kommandounternehmen berichtet, führt im übrigen instruktiv vor, über welchen Reichtum an gut formulierenden, die Sache genau treffenden Kritikern Frankreich heute verfügt. Beispielhaft ist dafür der Bericht über die erste authentische, nicht frisierte Ausgabe der Tagebücher von Virginia Woolf. Er ist gezeichnet „Dominique Conil" – das kann bei diesem Vornamen so gut eine Frau wie ein Mann sein. Auf jeden Fall ist erstaunlich, was da auf einer halben Seite in einer modisch *linken Zeitschrift über die englische* Schriftstellerin gesagt wird, die zu einer Kultfigur der Frauenbewegung geworden ist. Wie gegen so viele Geister der 30er Jahre ist auch gegen Virginia Woolf der Vorwurf des „Faschismus", der Xenophobie erhoben worden.

Dazu Conil: „Meinetwegen, zu gegebener Zeit und dann auf recht englische Art: In Form eines der Menschenverachtung entsprungenen Liberalismus, der sich mit einem ausgeprägten Kastengeist verband. Eine Mondäne also? Schlimmer: Eine frustrierte Mondäne – frustriert durch den bloß halbherzigen Bruch mit ihrem Herkunftsmilieu. Die immer noch viktorianische gute Gesellschaft von damals hatte der Reihe nach nicht verdauen können, daß die Woolf in einer Wohnkommune lebte, sich ums Haar mit einem bekannten Homosexuellen verlobte und dann einen Juden heiratete." War Virginia Woolf oberflächlich? Conil: „Gewiß. Aber die Anekdote ist bei ihr eine jähe Welle, die das Unbewußte streift." Und was ihren Kontakt zu anderen Menschen, auch den nächsten, betrifft: „Was sich wie menschliches Interesse ausnimmt, nähert sich nur zu oft einiger eisiger Indifferenz." Das alles habe der Witwer Leonard Woolf in seiner ersten Auswahl (1953) aus den sechsundzwanzig erhaltenen Tagebüchern sorgfältig ausgemerzt.

Damit habe er aber gerade das getilgt, was den Charme dieser „hastigen Ansammlung von Notizen" aus*mache*: „*Ein Durcheinander von* Mängeln, zufälligen Impressionen, von Garderobe-Sorgen und sturem Willen zum Schreiben. Unsere Sympathie gilt gerade dieser kalten Frau, die sich mehr in dem preisgibt, was sie verschweigt, als in dem, was sie bekennt. Das ganze Tagebuch oszilliert, wie ihr Leben, am Rande jener Schattenzone, aus der sich ihr Schreiben speist: der Geisteskrankheit." Uns scheint, daß „Dominique" eine Frau sein muß.

ANTON MADLER

JOURNAL

Iva Prochazka in den Westen geflohen

DW. **München**

Iva Prochazka, die dreißigjährige tschechoslowakische Autorin, ist in den Westen geflohen. Das wurde durch einen Beitrag des Fernseh-Magazins „Report" bekannt. Die Tochter von Jan Prochazka, einem der führenden Schriftsteller des Prager Frühlings hat ihre Heimat bereits vor zehn Tagen verlassen. Den Behörden der CSSR war das bislang nicht bekannt. Deshalb fand am vergangenen Sonnabend in Eger noch die Uraufführung ihres Theaterstücks „Das allerletzte Leben" statt. Darin schildert Iva Prochazka „die Aussichtslosigkeit und die psychologische Situation der einfachen Menschen in der Tschechoslowakei". Als Grund für die Flucht gibt sie an, daß sie in der CSSR keine Publikationsmöglichkeiten hatte und ihr die Ausreise, als sie von der Bayerischen Akademie der Schönen Künste eingeladen wurde, verweigert worden war, da sie nicht Mitglied des Schriftstellerverbandes und darum keine Künstlerin, sondern nur „eine gewöhnliche Putzfrau" sei. Im Früh*jahr wird das Kinderbuch* „Der Sommer hat Eselsohren" von Iva Prochazka in Deutsch erscheinen.

Die Bayerischen Filmpreise 1983

R. M. B. **München**

In einem Festakt im Münchner Cuvilliés-Theater verleiht am 13. Januar der bayerische Ministerpräsi*dent Franz Josef Strauß die Bayeri*schen Filmpreise 1983. Der Darstellerpreis geht an Gustl Bayrhammer in seiner Rolle als Meister Eder in der Pumuckl-Serie. Die Darstellerpreise für Nachwuchs erhalten Anja Jaenicke, Lena Stolze, Susanne Herlet und Joachim Bernhard. Die jungen Darsteller werden ausgezeichnet für ihre Leistungen in Percy Adlons Annette-Kolb-Verfilmung „Die Schaukel". Den Regiepreis bekommt der Münchner Regisseur Peter Schamoni für den Film „Frühlingssinfonie", die historische Liebesgeschichte zwischen Clara Wieck und Robert Schumann. Der Produzentenpreis wird an Karel Dirka vom Oko-Film verliehen für den Dokumentarfilm „Marlene", eine Dokumentation über Marlene Dietrich.

Direktor für das Kupferstichkabinett

PHG. **Berlin**

Der Stiftung Preußischer Kulturbesitz ist es in Verhandlungen mit Bund und Ländern gelungen, die bereits angeordnete Streichung einer „A 16-Stelle" zumindest zum jetzigen Zeitpunkt noch einmal abzuwenden. Dadurch wird es möglich, durch Stellenausschreibung einen Nachfolger für Professor Fedja Anzelewski zu suchen. Der derzeitige Direktor des Dahlemer Kupferstichkabinetts Preußischer Kulturbesitz geht Ende März in den Ruhestand.

Kunst und Sport im Museum von Mons

J. B. **Brüssel**

Die Stadt Mons im belgischen Hennegau bereitet eine Ausstellung „Kunst und Sport" vor. Vom 23. März bis zum 3. Juni werden im „Musée des Beaux-Arts" fast 300 Gemälde, Skulpturen, Fotografien und Plakate gezeigt, die den Sport zum Thema haben – ähnlich einer Ausstellung in Rom anläßlich der Olympischen Spiele in Italien 1960. Die Ausstellung in Mons soll der künstlerische Auftakt für die Spiele in Los Angeles sein. Die Exponate kommen aus Museen in Europa und Amerika und aus privaten Sammlungen, darunter Picasso, Magritte und Léger.

Ausstellung über Thomas und Heinrich Mann

AP, **Berlin**

Ein handgeschriebenes Kochbuch aus dem Haushalt der Familie Mann aus dem Jahre 1870 gehört zu den Raritäten einer jetzt in der Ost-Berliner Staatsbibliothek eröffneten Ausstellung, die dem Leben und Wirken der Brüder Thomas und Heinrich Mann gewidmet ist. Außerdem werden Auszüge aus der „Biebel" des Johann Siegmund Mann (1728 bis 1799) aus Rostock sowie Zeichnungen von Heinrich Mann gezeigt. *Eine weitere Besonderheit* sind die „Familienpapiere der Manns", die das jüngste der fünf Geschwister, Volker Mann, gesammelt hat.

Wettbewerb um Max-Ophüls-Preis

dpa, **Saarbrücken**

Während des Wettbewerbs um den mit 20 000 Mark dotierten Max-Ophüls-Filmpreis 1984 der Stadt Saarbrücken werden vom 18. Januar an 14 deutsche Erstaufführungen an den Start gehen. *28 Filme insgesamt* sollen von Nachwuchsregisseuren aus dem deutschsprachigen Raum gezeigt werden. Zu den Bewerbern um den fünften Max-Ophüls-Preis gehören der Theaterregisseur Hans Neuenfels mit „Die Reise in ein verborgenes Leben" und der Schweizer Filmemacher Johannes Fluetsch mit „Chapiteau". Die „DDR" ist mit der Erstaufführung des Kinderfilms „Das Eismeer ruft" von Jörg Foth vertreten.

„Muskelmacher" könnte Pille für den Mann sein

Max-Planck-Forscher: Anabolikum stoppt Samenzellen-Produktion

PETER SCHMALZ, München

Die „Pille für den Mann" ist in Sicht. Wissenschaftler der Max-Planck-Gesellschaft sind auf eine Substanz gestoßen, die gezielt die Produktion von Samenzellen unterbindet, ohne Libido und Potenz zu beeinträchtigen. Der erste klinische Test an fünf Männern zwischen 21 und 25 Jahren bezeichnet Professor Eberhard Nieschlag, Leiter der Klinischen Forschungsgruppe für Reproduktionsmedizin in Münster, als „insgesamt vielversprechend".

Bei der Substanz handelt es sich um den Wirkstoff „19-Nortestosteron", der Medizinern längst bekannt ist: Seit mehr als zwei Jahrzehnten wird er *als Anabolikum zur Förderung* des Muskelaufbaus bei Rekonvaleszenten und Leistungssportlern verwendet. Bei Blutarmut fördert der Stoff die Bildung roter Blutkörperchen. Die Max-Planck-Forscher haben somit eigentlich nur eine bisher unerkannte Nebenwirkung entdeckt.

Im Prinzip ähnelt die medikamentöse Empfängnisverhütung beim Mann der der Frau: Die beiden Hormone LH und FSH, die beim Mann *gemeinsam mit dem männlichen* Sexualhormon Testosteron die Reifung von Spermien in den Samenkanälen des Hoden steuern und bei der Frau für die Eireifung und die Bildung der weiblichen Sexualhormone Östrogen und Gestagen verantwortlich sind, *müssen unterdrückt werden.* Die „Pille für die Frau" nutzt dafür die Tatsache, daß bei steigendem Östrogen-Gestagen-Spiegel im Blut die Bildung der beiden Hormone FSH und LH unterbunden wird und somit auch kein Ei reifen kann.

Grundsätzlich könnte man beim Mann nach dem gleichen Prinzip verfahren, indem man vermehrt das männliche Sexualhormon Testosteron gibt. Versuche haben jedoch gezeigt: Während Östrogen von sich aus keine Eireifung hervorrufen kann, kann das männliche Gegenhormon bei höherer Dosierung durchaus selbständig die Produktion von Samenfäden anregen.

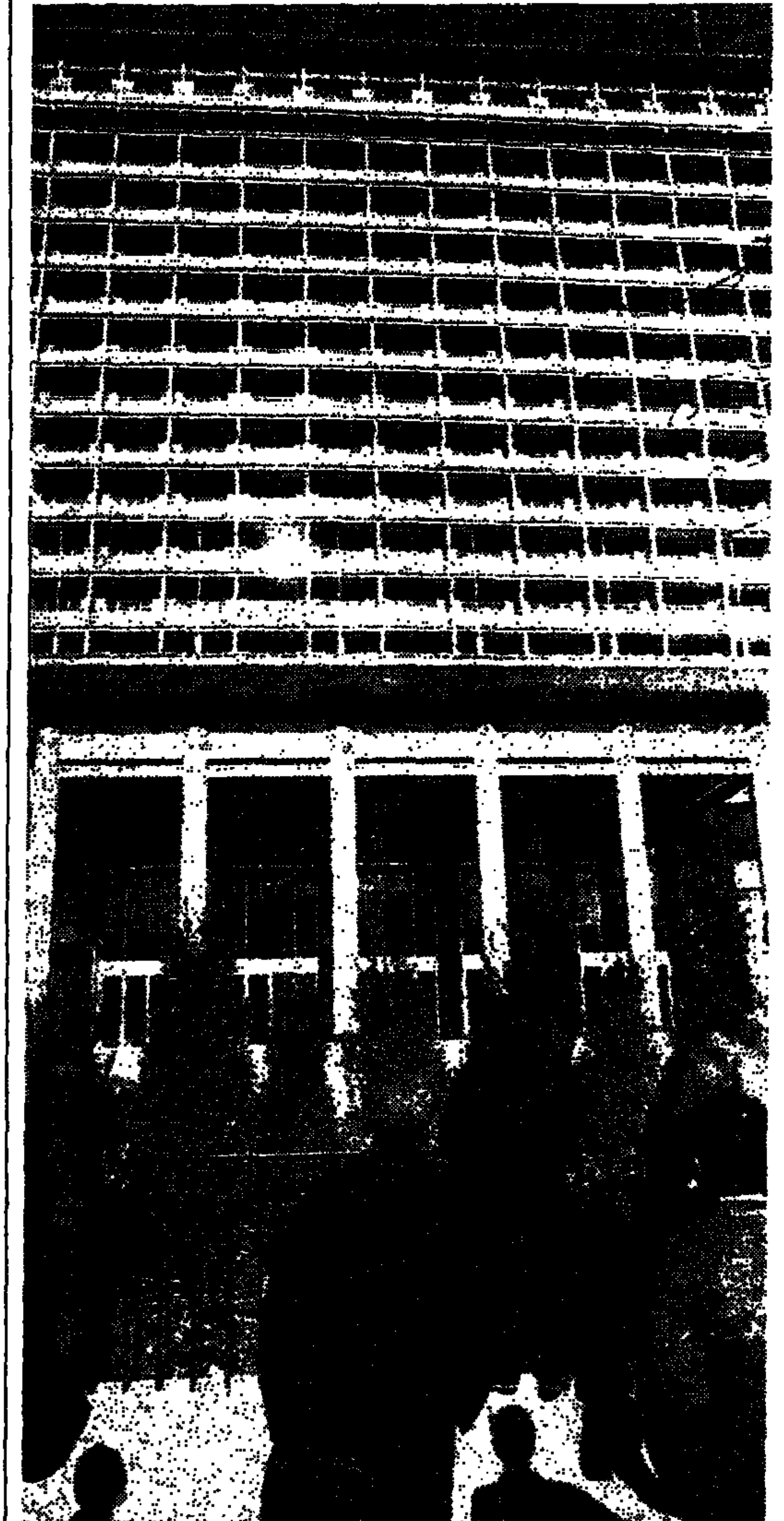
Die nächste Überlegung, Testosteron überhaupt auszuschalten, führte auch nicht zum gewünschten Erfolg. Professor Nieschlag: „Der Wirkungskreis dieses Hormons umschließt alle im engeren und weiteren Sinn als ‚typisch männlich' geltenden Körper- und Wesensmerkmale." Es ist unter anderem verantwortlich für den Muskelaufbau, das Wachstum der Barthaare und der Steuerung von Libido und Potenz.

Professor Nieschlag suchte deshalb nach einer Substanz, die gezielt nur die auf die Samenproduktion anregende Wirkung des Testosterons aufhebt, die sonstigen Funktionen dieses Hormons aber ersetzt. Mit seiner Forschungsgruppe wurde er nun bei dem 19-Nortestosteron fündig.

Die bisher nicht erkannte *fruchtbarkeitshemmende Wirkung konnte* die Forschungsgruppe aus Münster in einem ersten mehrwöchigen Test beweisen. Den fünf Versuchspersonen wurde über 13 Wochen hinweg wöchentlich eine Dosis 19-Nortestosteron injiziert, die noch in dem auch bei Leistungssportlern üblichen Rahmen lag. Schon nach kurzer Zeit sanken die Spiegel der Hormone FSH *und LH sowie des Testosterons* drastisch und die Zahl der Samenzellen nahm ab. Bei einem Teilnehmer wurden bereits nach sechs Wochen keine Spermien mehr festgestellt, die anderen erreichten die sichere Unfrucht*barkeit nach spätestens zwölf* Wochen.

Unerwünschte Nebenwirkungen *wurden nicht registriert,* Libido und Potenz blieben unbeeinträchtigt, ebenso Bartwuchs, Ejakulat-Volumen und das allgemeine körperliche Befinden. Das gestiegene Körpergewicht wurde auf das intensive Muskeltraining während der Versuchsphase zurückgeführt. 18 Wochen nach der letzten Spritze waren alle Teilnehmer wieder fruchtbar.

Die Forscher warnen jedoch vor übereilter Freude. „Gegenwärtig arbeiten wir noch ganz im Vorfeld", meint Professor Nieschlag. Außerdem wird nach einer besseren Einnahmemethode gesucht: Bei längerem Gebrauch gilt die wöchentliche Spritze als unzumutbar. Annehmbare Alternativen wären Depot-Implantate oder Pflaster, die den Wirkstoff über längere Zeit hinweg abgeben.



Das Peking-Hotel war das erste Luxushotel der chinesischen Hauptstadt, das diesen Namen verdiente. Auch heute noch sammeln sich täglich Scharen von Chinesen vor dem riesigen Bau, die dieses Wunder aus einer anderen Welt bestaunen. FOTO: SVEN SIMON

Bröckelnder Luxus im Reich der Mitte

JOHNNY ERLING, Bonn

Fast jede Woche in den vergangenen Monaten feierte die chinesische Presse die Einweihung eines neuen Superhotels. In *ganzseitigen* Anzeigen des englischsprachigen „China Daily" konkurrierten im Dezember die Eröffnung des 22stöckigen Great-Wall-Hotels, „Chinas zweite große Mauer", mit der des 19stöckigen China-*Hotels* in Kanton – „eine neue Ära in Chinas Gastlichkeit" jubelte das Blatt. Eher versteckt wurde dagegen die kritische *Meldung* über das am Jahresanfang erst eingeweihte Xiangshan-Hotel, bei dem im wörtli*chen Sinne* bereits *der Putz* bröckelte.

Das malerisch in die „Duftenden Berge" *im Westen Pekings eingebet*tete Luxushotel gleichen Namens war offensichtlich trotz eines berühmten ausländischen Architekten mehr schlecht als recht zusammengezimmert worden. Als die ersten Gäste auch noch mit unwirscher Bedienung, endlosen Wartezeiten für ihr Essen und nicht funktionierenden Toiletten konfrontiert wurden, suchten sie das Weite. „Schlechte ökonomische Ergebnisse", kritisierte die Pekinger „Volkszeitung" vornehm *zurückhaltend.*

Seit der Öffnung *Chinas 1978* und dem Überschwappen der Touristenwelle *häuften sich* Klagen dieser Art. Für Hotelpreise auf internationalem Niveau erhielten die Gäste wenig vergleichbaren Service. Sie mußten froh sein, überhaupt ein Zimmer zu erhalten. In Shanghai etwa, wo die Hotelnot am krassesten ist, mußten 3000 Touristen in der vergangenen Herbstsaison in mehr als 200 Kilometer entfernten Hotels untergebracht werden.

Mit Riesenschritten aber eben auch häufig, wie im Fall der „Duftenden Berge", mit viel Pfusch, geht der Hotelbau voran. 58 neue Luxushotels sind in den laufenden Fünfjahresplan bis 1985 geschrieben. Das eingangs erwähnte Great-Wall-Hotel war bereits das sechste Luxushotel Pekings innerhalb von fünf Jahren.

Dadurch gelangt nun aber auch erstmals ein Schuß Wunder wirkende Konkurrenz in das Hotelwesen. Die wachsende Beteiligung ausländi*schen Kapitals an den Neubauten* (in Peking bereits eine Milliarde Mark), sichert zudem amerikanischen, *Schweizer und Hongkonger* Geldgebern Einfluß *auf* den Betrieb. Personalschulung und der Beginn differen*zierterer Entlohnung wecken* beim Hotelpersonal ein neues Selbstverständnis im Beruf, auch wenn Trinkgelder *offiziell weiterhin* geächtet bleiben.

Zugleich aber scheinen vom aufblühenden *Luxustourismus nicht* nur harte Devisen abzufallen, auch Wünsche werden geweckt. „Ihr dürft *nicht nur an die Ausländer denken*", schimpfte nun erstmals die Pekinger Tageszeitung und machte auf die noch katastrophalere Lage im chinesischen Gastgewerbe aufmerksam.

Denn die 19 Pekinger Luxushotels mit ihren *mittlerweile* 11 000 Betten stehen nur Ausländern *offen.* 250 000 täglich in die Hauptstadt kommende Chinesen finden dagegen nur 600 Herbergen vor, gerade 60 mehr als es in den fünfziger Jahren waren. Ihre insgesamt 60 000 Betten werden von Zimmervermittlungsstellen *verteilt,* vor denen sich täglich große Schlangen bilden. An Sonderwünsche, wie *frische Bettlaken, aber auch nur den* Luxus eines Doppelzimmers, ist dabei kaum zu denken.

Wer eine Schlafstatt ergattert hat, muß sich dazu noch auf einen beschwerlichen Weg machen, denn ein *Fünftel aller Herbergen liegt kilome*terweit außerhalb Pekings.

Dies förderte offensichtlich die *Korruption im chinesischen* Gastgewerbe. Öffentlich wurde jetzt ein Hotelskandal, bei dem der Manager des Pekinger Chongwen-Hotels um elf Uhr abends die zur Industriemesse angereiste Delegation Shanghais kurzerhand auf die Straße setzte. Sie hatte für ihre Zimmer die im Gegenzug vereinbarten Einkaufsgutscheine nicht beibringen können.

Die Ausnahme, so fand nun die „Volkszeitung" heraus, war „zur Schande Pekings" vielfach die Regel. Die Herbergsväter (alle staatliche Angestellte) pflegten den Brauch der „offenen Hand", und das hatte sich herumgesprochen.

Richter: Die Hälfte aller Zeugen lügt

AP, Stuttgart

Mindestens die Hälfte aller Zeugen, die vor deutsche Gerichte treten, sagen nach Auffassung des Stuttgarter Richters Rolf Bender die Unwahrheit. In einer Arbeit, die der Vorsitzende Richter am Oberlandesgericht und Präsident des Institutes für Rechtstatsachenforschung der Universität Konstanz in Stuttgart vorlegte, heißt es weiter, daß in 95 Prozent aller Straf- und bei 70 Prozent aller Zivilprozesse die Zeugenaussagen bei der Urteilssprechung dominierten. Viele Richter allerdings neigten dazu, „allzu leicht einer bestimmten Zeugenaussage zu glauben, ohne die Möglichkeit des Irrtums einzukalkulieren oder die Tatsache zu berücksichtigen, daß nirgends soviel gelogen wird wie vor Gericht". Bender kritisierte in diesem Zusammenhang die Ausbildung von Richtern. Es sei unverständlich, weshalb nicht mehr Wert auf Aussagepsychologie und Vernehmungslehre gelegt werde.

Zwei Kinder verbrannt

dpa, Staig

Zwei Kinder sind bei einem Wohn*hausbrand am Dienstagabend in* Staig-Steinberg ums Leben gekommen. Den Eltern gelang es nur, drei ihrer fünf Kinder in Sicherheit zu bringen. Für die beiden Geschwister im Alter von 13 und acht Jahren kam jede Hilfe zu spät. Die Brandursache ist noch nicht bekannt.

Massen-Karambolage

dpa, Mantua

Im dichten Nebel ist es am Dienstag abend auf der Brenner-Autobahn in der Provinz Mantua zu einer Serie von schweren Auffahrunfällen gekommen, bei denen fünf Menschen, darunter ein Bürger aus der Bundesrepublik Deutschland, ums Leben gekommen sind. An der Massenkarambolage waren *mehr als 30 Fahrzeuge beteiligt.*

Neue Bibelversion

SAD, Jerusalem

Eine neue, weltliche Bibelauslegung, die das religiöse Element entfernt, aber die Gefühle *religiöser* Menschen nicht verletzt – dies ist das Ziel, das sich eine Gruppe von Professoren an der hebräischen Universität von Jerusalem gesetzt hat. Die Professoren haben die „israelische Gesellschaft für ein humanistisch-säkuläres Judentum" gegründet.

Blutbad im Gericht

dpa, New York

Ein 34 Jahre alter Mann, der sich vor einem Gericht in Orlando im US-Bundesstaat Florida wegen Widerstands bei einer Festnahme verantworten sollte, hat aus mehreren Waffen wahllos in den Gerichtssaal gefeuert. Ein Gerichtsdiener wurde getötet, zwei weitere erlitten schwere Verletzungen.

Auf Foggs Spuren

SAD, London

Gekleidet in einen weißen Tropenanzug und Panamahut hat sich ein junger englischer Reporter diese Woche vor dem vornehmen Londoner Reform-Klub von einer Gruppe von Freunden verabschiedet: *Nicholas* Coleridge von der Abendzeitung Standard will versuchen, nach dem Vorbild des *Jules-Verne-Helden Phileas* Fogg in 80 Tagen oder weniger um die Welt zu reisen – nur mit Verkehrsmitteln aus dem 19. Jahrhundert.

Auf der „Intershow" geht's rund

Schausteller-Messe in Hamburg: Deutsche Karussells in aller Welt gefragt

PETER ZERBE, Hamburg

„Wer nicht mit der Zeit geht, geht mit der Zeit, denn das Publikum ist grausam." Wie für kaum eine andere Branche gilt dieser Satz eines Schaustellers, der seit Jahrzehnten zwischen Hamburg und Stuttgart oder München auf den Kirmes- oder Volksfestplätzen um die Gunst eben dieses „grausamen" Publikums ringt. Und für Neuigkeiten auf den rund 6000 Festplätzen in der Bundesrepublik Deutschland sorgt die internationale Fachausstellung für Schausteller und Freizeittechnik, die heute auf dem Hamburger Messegelände beginnt.

Viele Familienunternehmen

Nach Angaben von Messesprecher Hans-Joachim Hoerenz repräsentieren alle Schaustellergeschäfte in deutschen Landen zusammen einen Wert zwischen zwei und drei Milliarden Mark. Die etwa 5000 Unternehmen, überwiegend in Familienbesitz, geben jährlich 40 bis 50 Millionen Mark für neue Geschäfte aus. Entsprechend vielseitig ist das Angebot der „Intershow '84", die bis zum Dienstag täglich von 11 bis 19 Uhr einen Blick hinter die Kulissen eines Volksfestes ermöglicht. 171 Aussteller aus 14 Ländern präsentieren auf rund 21 000 Quadratmetern in sechs Hallen und auf dem Freigelände Neues und Weiterentwickeltes.

*Als Weltneuheit bietet der schwäbi*sche Hersteller Anton Schwarzkopf aus Münsterhausen seine „Flugbahn" an. Die Flugbahn funktioniert ähnlich wie eine Achterbahn, nur daß die Fahrgäste hier in Gondeln sitzen. 103 Stützen tragen die 900 Meter lange Schienenstrecke. Beim Herabstürzen aus 20 Meter Höhe wird die Bahn bis zu 85 Stundenkilometer schnell. Die erste Anlage dieser Art wird gegenwärtig in einem Freizeitpark in Williamsburg im US-Bundesstaat Virginia aufgebaut.

Der Mini-Dom auf dem Hamburger *Messegelände zeigt als weitere* Attraktionen die Fahrgeschäfte „Rainbow" und den „Fliegenden Teppich". Beide Geräte wurden bereits auf dem Hamburger Winter-Dom getestet und vom Publikum begeistert angenommen. Die beiden Bremer Hersteller erhoffen sich von der Messe weitere Nachbestellungen dieser Publikums-Renner, die vor allem wegen ihrer riesigen Dimensionen beeindruckten.

Vor *dem Zweiten Weltkrieg* bezogen Europas Schausteller die großen Attraktionen aus den USA. Heute hat sich Europa auf diesem Gebiet selbständig gemacht. Europäische Unternehmen, und nun vor allem deutsche, bedienen als Spezialisten im Karussell- und Vergnügungsgeschäft den Weltmarkt. Das Programm reicht von *der einfachen Imbißbude bis hin zur* automatischen Loopingbahn. Technik und Ideen wurden immer ausgefeilter und damit die Geschäfte teurer. Trotzdem erfreuen sich die deutschen Produkte, nicht zuletzt wegen des hohen Sicherheitsstandards, in aller Welt reger Nachfrage.

Für ein modernes Karussell, das keineswegs zu den „großen" Fahrgeschäften gehört, sind Investitionsmittel von rund 1,4 Millionen Mark notwendig. Runde fünf Millionen Mark sind für ein großes Riesenrad fällig.

Nostalgie aus Trotz

Noch immer in Betrieb ist Deutschlands ältestes Prunk-Karussell. Die Schausteller-Familie Vespermann zieht damit seit 91 Jahren über die Jahrmärkte Europas. „Nur mit den Ersatzteilen haben wir Schwierigkeiten", sagt einer der drei Vespermann-Brüder. Doch allen neuen Trends *und Widrigkeiten zum Trotz,* wollen sie weiter auf Nostalgie setzen.

Parallel zur Schausteller-Messe *treffen sich vom 12. bis 15. Januar die* Delegierten des Deutschen Schaustellerbundes und vom 15. bis 17. Januar tagt der XXV. Kongreß der Europäischen Schausteller-Union im Congreß-Centrum. Insgesamt werden rund 5000 Schausteller aus aller Welt zur Messe und den Tagungen erwartet.

Wieder Herstatt-Prozeß ohne Herstatt?

Streit um Verhandlungsfähigkeit / Gericht will Angeklagten notfalls vorführen lassen

KNUT TESKE, Köln

Mit dieser Zähigkeit der Kölner Staatsanwaltschaft dürfte Iwan D. Herstatt, der der mit 1,2 Milliarden Mark größten Bankpleite der Nachkriegsgeschichte den Namen gibt, auch nicht mehr gerechnet haben: daß er, der wegen seines schlechten Gesundheitszustandes schon vor Jahren endgültig und ohne Urteil aus dem Verfahren ausgeschieden war, nun doch noch kurz vor Toresschluß – das heißt, wenige Monate vor der Verjährung *aller Anklagepunkte* – zur Verantwortung gezogen werden soll.

Gestern – zur Eröffnung des zweiten Prozesses vor der 6. Großen Wirtschaftsstrafkammer des Kölner Landgerichts – erschien er zwar nicht. Doch die Kammer war nicht bereit, dem Attest des Kölner Chefarztes Professor W. Kaufmann blind zu folgen und behielt sich vor, den 70jährigen Angeklagten notfalls per Vorführungsbefehl aus dem Krankenhaus holen zu lassen.

Der Patient, hieß es in dem Attest Kaufmanns, sei verhandlungsunfähig und müsse in stationärer Behandlung bleiben. Er leide an Blutdrucklabilität, Kopfschmerzen, an Schwindelzuständen und Herzrhythmusstörungen und *supraventrikulären, mo*notopen Extrasystolen, so daß die Gefahr eines Schlaganfalles und/oder Herzinfarktes jederzeit gegeben sei – ein Befund, den das Gericht mit demonstrativer Skepsis *zur* Kenntnis *nahm.* Der Gerichtsvorsitzende: *„Das* medizinische Vokabular zwingt einen geradezu, innerlich strammzustehen."

Wenige Wochen vorher hatte nämlich der Bonner Professor Adalbert Schaede, auf dessen Gutachten Herstatt übrigens seit 1979 vom Verfahren verschont wurde, worauf es '81 endgültig eingestellt worden war, *dem Angeklagten einen derartig gut* erholten Gesundheitszustand attestiert, daß die Staatsanwaltschaft prompt mit einer neuen Klage reagierte.



Iwan D. Herstatt: Der gleiche Gutachter, der ihn einst verhandlungsunfähig schrieb, ist heute überzeugt, daß der Banker inzwischen einem Verfahren wieder gewachsen ist. FOTO: D-E-W

Die Anklagepunkte sind denn mehr oder weniger auch die alten: Als persönlich haftender Gesellschafter soll Herstatt zu einem *Zeitpunkt,* als seine Bank schon hoch verschuldet war, 200 000 DM beiseite geschafft haben, um „Gläubiger zu benachteiligen". Ferner soll er die Bilanz verfälscht und als Folge dessen Dividenden und Tantiemen in Millionenhöhe ausgezahlt haben – Untreue in den Augen der Ankläger.

Offenbar, resümierte der Bonner Gutachter Schaede, hat die neue Ladung Herstatt psychisch schwer zu schaffen gemacht. Schaede: „Der Mann hat eine unheimliche Angst davor und hat ein kindliches Gemüt." Diesen zunehmenden Termindruck will Schaede *denn auch unschwer als* das „Agens" ausgemacht haben, von dem Kaufmann vage gesprochen hatte: Terminangst also, als Grund für die „akute hypertensive Blutdruck-Krise" (Kaufmann), die den Patienten seit dem 8. 1.'84 schüttelt.

Kaufmann freilich ist für das Gericht nicht länger der maßgebende Arzt. Gutachter bleibt Schaede, der sich erneut des schwergewichtigen Angeklagten annehmen soll. Das Gericht allerdings kann den Termin*druck nicht nehmen.* Es *muß zur* Eile drängen, denn nach zehn Jahren verjähren alle Herstatt zur Last gelegten Taten – die letzte, die Beseitigung von Vermögenswerten, Mitte Juni dieses Jahres.

WETTER: Wechselhaft

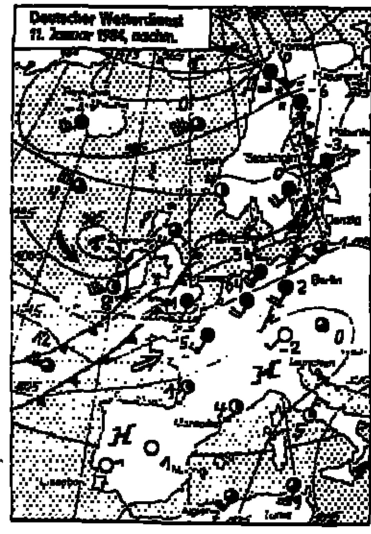
Wetterlage: Ein Tiefausläufer überquert das südliche Deutschland. Auf seiner Rückseite fließt in den Norden und Westen vorübergehend kühlere Meeresluft.

Vorhersage für Donnerstag:

Süddeutschland: Stark bewölkt bis bedeckt und zeitweise Regen oder Schauer, zum Teil am Boden gefrierend mit Glatteis. Tagestemperaturen 0 bis plus 3 Grad.

Nord- und Westdeutschland: Rasch wechselnde, vormittags zeitweise auflockernde Bewölkung. In der zweiten Tageshälfte Regen-, Schneeregen- oder Graupelschauer, örtlich auch kurze Gewitter. Tagestemperaturen bei 4, im Bergland um 0 Grad, hier Schneeschauer.

Weitere Aussichten:
Nach kurzer Wetterberuhigung erneut unbeständig, verhältnismäßig mild.



Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Ort	Temp.	Ort	Temp.
Berlin	2°	Kairo	18°
Bonn	5°	Kopenh.	4°
Dresden	1°	Las Palmas	18°
Essen	4°	London	11°
Frankfurt	1°	Madrid	1°
Hamburg	5°	Mailand	3°
List/Sylt	6°	Mallorca	12°
München	–2°	Moskau	–5°
Stuttgart	–1°	Nizza	7°
Algier	7°	Oslo	2°
Amsterdam	8°	Paris	5°
Athen	16°	Prag	–1°
Barcelona	5°	Rom	5°
Brüssel	6°	Stockholm	0°
Budapest	0°	Tel Aviv	20°
Bukarest	3°	Tunis	9°
Helsinki	–3°	Wien	0°
Istanbul	7°	Zürich	–2°

* **Sonnenaufgang am Freitag:** 8.23 Uhr, Untergang: 16.39 Uhr; **Mondaufgang:** 12.38 Uhr, Untergang: 2.35 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Die Frequenz 1030 kann Katastrophen verhindern

A. BÄRWOLF, Hamburg

Die beiden Jumbos der PanAmerican World Airways rasten auf Kollisionskurs über den Atlantik. Insgesamt 496 Menschen saßen in den Riesenjets. Die Boeing 747 des Fluges 99 war mit 166 Menschen an Bord auf dem Weg von London nach Miami. Die Douglas DC-10 des Fluges 8113 *brachte 317 Urlauber von* New York auf die Jungferninseln in der Karibik. 13 Besatzungsmitglieder waren an Bord dieses Großraumjets.

Den Kapitänen beider Maschinen war im Raum über dem Atlantik vor der amerikanischen Ostküste als letzte Flughöhe 37 000 Fuß (11 277 Meter) *zugeteilt* worden. Bei beiden *Maschinen* zeigten die Höhenmesser exakt 37 000 Fuß. Und die Autopiloten beider Maschinen hielten diese Höhe genau ein. Die Piloten konnten nicht ahnen, wie groß die Gefahr im Schnittpunkt der Bahnen 200 Meilen vor der US-Ostküste war. Sie verließen sich blind auf die Zuverlässigkeit der Fluglotsen in der Flugsicherungszentrale Miami.

Da sah der Kapitän der DC-10 zufällig nach links durch sein Cockpitfenster. Der Riesenleib der 747 aus der PanAm-Flotte schoß mit einer Geschwindigkeit von tausend Stundenkilometern auf ihn zu. Blitzschnell reagierte der DC-10-Kapitän und drückte die schwere Maschine nach unten. Die beiden Mammut-Airliner schossen in einer Entfernung von nur 15 Metern aneinander vorbei. Das war der haarigste Beinahe-Zusammenstoß in der Geschichte der Zivilluftfahrt.

*Die Beinahe-Katastrophe im Luft*raum von Florida am Sonntag vor einer Woche geht deutlich auf einen *Flugsicherungsfehler* zurück. Sie erinnert mahnend daran, daß die Jets der großen internationalen Fluggesellschaften, die Düsenjäger des Militärs und die kleinen Privatflugzeuge weiter ohne Kollisionsschutz durch die Lüfte ziehen. Nach bald 30 Jahren Gerede und rund 1000 Kollisionstoten in der Luft, setzt sich langsam auch bei den Verantwortlichen die Überzeugung durch, daß etwas ge*schehen muß.* Das technische Problem ist längst gelöst, und die amerikanische Bundesluftfahrtbehörde *FAA hat nach jahrzehntelangem* Experimentieren die notwendigen Schritte eingeleitet. 1990 könnte jedes Flugzeug ein Anti-Kollisionsgerät an Bord haben. Es kommt jetzt darauf an, daß aus der Bürokratie keine Querschüsse kommen.

Vor 30 Jahren war die Kollisionsge*fahr noch bagatellisiert* worden. Doch dann schreckte die Öffentlichkeit auf: Im Sommer 1956 stießen zwei Verkehrsflugzeuge der damaligen Propellergeneration über dem Grand Canyon zusammen: 128 Tote. Zur Weihnachtszeit 1960 kollidierten eine DC-8 und eine Superconstellation über New York: 134 Tote. Im Sommer 1967 krachten eine Boeing 727 und ein Privatflugzeug ebenfalls über Amerika zusammen: 82 Tote. Im Juli 1971 raste über Japan ein Jäger in eine dreimotorige Boeing: 162 Tote. Im Jahre 1978 rasselten über San Diego ein Airliner und eine Sportmaschine ineinander: 150 Tote. 1979 stießen zwei Jets der sowjetischen Aeroflot zusammen: 173 Tote.

Die bei immer stärker werdenden Luftverkehr zunehmende Kollisionsgefahr soll in den nächsten Jahren durch ein bordeigenes Anti-Kollisionssystem gebannt werden. Es ist völlig unabhängig von Bodenstationen und sendet ständig Impulse auf der Frequenz 1030 Megahertz aus. Treffen diese Signale auf eine andere Maschine, die, wie schon heute alle Jets, einen sogenannten Transponder (Radarrückstrahlverstärker) an Bord hat, dann antwortet die elektronisch angesprochene Maschine auf der Frequenz 1090 Megahertz. Der Transponder meldet Position und Höhe, und ein Computer der abfragenden Maschine rechnet blitzschnell aus, ob Kollisionsgefahr besteht. Bei Gefahr eines Zusammenstoßes werden den Piloten optisch die Ausweichmanöver angezeigt.

Die Anlage, die auch in Lufträumen mit großer Flugdichte funktionieren muß, ist teuer. Sie kostet pro Stück rund 50 000 Dollar und kann deswegen nur von den Fluggesellschaften und Militärs angeschafft werden. Für Sport- und Reiseflugzeuge werden einfachere Geräte entwik*kelt, die nur Gefahr anzeigen,* aber keine Ausweichmanöver diktieren. Die Anti-Kollisionsgeräte, das ist sicher, sind *nur dann sinnvoll,* wenn der Einbau Pflicht wird.

ZU GUTER LETZT

„Der in München tobende Zuhälterkrieg dürfte durch die bürokratischen Fingerübungen an den erogenen Zonen der Millionenstadt herausgekitzelt worden sein." Aus einem dpa-Bericht